



HESSISCHER LANDTAG

06. 02. 2024

3. Sitzung

Wiesbaden, den 6. Februar 2024

Inhalt

Amtliche Mitteilungen	63	Frage 4	69
<i>Entgegengenommen</i>	64	Dr. Stefan Naas	69, 70, 71
Präsidentin Astrid Wallmann	63	Staatssekretär Benedikt Kuhn	70, 70, 70, 70, 71
Ingo Schon	64	Klaus Gagel	70
1. Fragestunde		Felix Martin	70
– Drucks. 21/29 –.....	64	Frage 5	71
<i>Abgehalten</i>	78	Marcus Bocklet	71, 71, 72
Frage 1	64	Ministerin Heike Hofmann	71, 71, 71, 72, 72
Daniel May	64, 65, 66	Jürgen Frömmrich	71
Minister Armin Schwarz	64, 65, 65, 66, 66	Dirk Gaw	72
Sabine Bächle-Scholz	65	Frage 6	72
Stephan Grüger	66	Yanki Pürsün	72, 73, 74
Frage 2	66	Ministerin Diana Stolz	72, 73, 73, 73, 74
Daniel May	66, 67, 67	Max Schad	73
Minister Armin Schwarz	66, 67, 67, 68	Dirk Bamberger	73
Moritz Promny	68	Frage 7	74
Frage 3	68	Daniel May	74, 75, 75
Yanki Pürsün	68, 69, 69	Minister Timon Gremmels	74, 74, 75, 75, 75
Ministerin Diana Stolz	68, 69, 69, 69, 69	Bijan Kaffenberger	74
Sabine Bächle-Scholz	68	Dr. Stefan Naas	75
Claudia Ravensburg	69		

Frage 8	75	33. Dringlicher Antrag	
Felix Martin	75, 76,	Fraktion der Freien Demokraten	
	76	Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist	
Ministerin Heike Hofmann	75, 76,	wesentlicher Standortfaktor	
	76, 76, 76	– Drucks. 21/114 –	86
Cirsten Kunz	76	<i>Abgelehnt</i>	94
Jürgen Frömmrich	76	Präsidentin Astrid Wallmann	81
		Katy Walther	86, 93
Frage 9	77	Maximilian Ziegler (Vogelsberg)	87
Felix Martin	77, 77,	Olaf Schwaier	88
	78	J. Michael Müller (Lahn-Dill)	89, 93
Ministerin Heike Hofmann	77, 77,	Dr. Stefan Naas	90, 92
	77, 78, 78	Minister Kaweh Mansoori	91
Robert Lambrou	77	Robert Lambrou	92
Jürgen Frömmrich	77	Dr. Frank Grobe	93
<i>Anlage</i>	118	22. Antrag Aktuelle Stunde	
<i>Die Frage 14 und die Antwort der Landesregierung sind als Anlage beigelegt. Die Fragen 10 bis 13 und 15 bis 21 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.</i>		Fraktion der AfD	
		Ist die Fortsetzung des bekenntnisorientierten Islamunterrichtes mit DITIB im Sinne der hessischen Schüler?	
		– Drucks. 21/68 –	94
		<i>Abgehalten</i>	99
11. Erste Lesung		27. Dringlicher Antrag	
Gesetzentwurf		Fraktion der AfD	
Fraktion der Freien Demokraten		Rechtskonforme Beendigung der Kooperation des Hessischen Kultusministeriums mit DITIB bei der Erteilung des bekenntnisorientierten Religionsunterrichtes	
Gesetz zum durchgängigen Betrieb voll automatisierter Verkaufsmodule (Minimarkt-Gesetz)		– Drucks. 21/106 –	94
– Drucks. 21/36 –	78	<i>Abgelehnt</i>	99
<i>Nach erster Lesung dem Arbeits- und Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.</i>	86	Heiko Scholz	94, 98
Dr. Stefan Naas	78	Christian Wendel	95
Sascha Meier	79	Katrin Schleenbecker	95
Volker Richter	81	Moritz Promny	96
Heiko Kasseckert	83	Nina Heidt-Sommer	97
Matthias Körner	84	Minister Armin Schwarz	97
Ministerin Heike Hofmann	85	23. Antrag Aktuelle Stunde	
21. Antrag Aktuelle Stunde		Fraktion der CDU	
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Unerlässlicher Einsatz der hessischen Polizei im Kampf gegen Kinderpornografie. Moderne Methoden erhöhen Ermittlungserfolge.	
Hessen braucht keine zehnspurigen Los-Angeles-Highways – welche Position vertritt eigentlich die Landesregierung?		– Drucks. 21/69 –	99
– Drucks. 21/67 –	86	<i>Abgehalten</i>	105
<i>Abgehalten</i>	93	Alexander Bauer	99
28. Dringlicher Antrag		Sandra Weegels	100
Fraktion der AfD		Vanessa Gronemann	101
30 Autobahnprojekte jetzt umsetzen: 10 Jahre Stillstand im Straßenneubau sind genug!		Lisa Gnadt	102
– Drucks. 21/107 –	86	Moritz Promny	103
<i>Abgelehnt</i>	93	Minister Prof. Dr. Roman Poseck	104
		24. Antrag Aktuelle Stunde	
		Fraktion der SPD	
		Stärkung der sozialen Berufe – Hessen auf dem Weg zur Fachkräftesicherung	
		– Drucks. 21/70 –	105
		<i>Abgehalten</i>	110

Nadine Gersberg	105	Dr. Stefan Naas	111
Yanki Pürsün	106	Elke Barth	111
Volker Richter	106	Martina Feldmayer	112
Felix Martin	107	Dimitri Schulz	113
Max Schad	109	Heiko Kasseckert	114
Ministerin Heike Hofmann	109	Minister Kaweh Mansoori	115

25. Antrag Aktuelle Stunde

Fraktion der Freien Demokraten

Krise im hessischen Wohnungsbau – die Wohnungswirtschaft von staatlichen Fesseln befreien!

– Drucks. 21/71 –..... 110

Abgehalten

Anwesenheit

Im Präsidium:

Präsidentin Astrid Wallmann
 Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer
 Vizepräsidentin Angela Dorn

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Boris Rhein
 Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum Kaweh Mansoori
 Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund Manfred Pentz
 Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz Prof. Dr. Roman Poseck
 Minister der Finanzen Prof. Dr. R. Alexander Lorz
 Minister der Justiz und für den Rechtsstaat Christian Heinz
 Minister für Kultus, Bildung und Chancen Armin Schwarz
 Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur Timon Gremmels
 Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat Ingmar Jung
 Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege Diana Stolz
 Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales Heike Hofmann
 Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei Benedikt Kuhn
 Staatssekretär Tobias Rösmann
 Staatssekretärin Prof. Dr. Lamia Messari-Becker
 Staatssekretär Umut Sönmez
 Staatssekretärin Karin Müller
 Staatssekretär Martin Rößler
 Staatssekretär Uwe Becker
 Staatssekretärin Tanja Eichner
 Staatssekretär Dr. Manuel Lösel
 Staatssekretär Christoph Degen
 Staatssekretär Stefan Sauer
 Staatssekretär Michael Ruhl
 Staatssekretärin Dr. Sonja Optendrenk
 Staatssekretärin Katrin Hechler
 Staatssekretärin Manuela Strube

Abwesende Abgeordnete:

Nina Eisenhardt
 Sascha Herr
 Jan-Wilhelm Pohlmann

(Beginn: 14:07 Uhr)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 3. Plenarsitzung des Hessischen Landtages und stelle die Beschlussfähigkeit fest.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Wir wollen heute des ehemaligen Landtagsabgeordneten Helmut Peuser gedenken, der am 30. Januar 2024 im Alter von 83 Jahren verstorben ist.

Er wurde am 27. April 1940 in Erbach im Taunus geboren. Herr Peuser durchlief eine Schreinerlehre und legte 1963 in diesem Handwerk die Meisterprüfung ab. In den darauffolgenden vier Jahren war er als selbstständiger Schreinermeister tätig, bevor er 1967 in die Politik eintrat und Kreisgeschäftsführer des CDU-Kreisverbandes Limburg-Weilburg wurde. 1990 wurde er stellvertretender CDU-Landesgeschäftsführer und gleichzeitig Landesgeschäftsführer der Kommunalpolitischen Vereinigung.

Im Jahr 1995 wurde Herr Peuser Abgeordneter des Hessischen Landtages, dem er bis Januar 2014 als Mitglied der CDU-Fraktion angehörte. Während dieser Zeit war er als Mitglied im Ausschuss für Informationsverarbeitung, Datenschutz und Verwaltungsreform, im Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz, im Petitionsausschuss, im Unterausschuss für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung, im Europaausschuss, im Innenausschuss und im Hauptausschuss tätig. Zudem war er Schriftführer im Ältestenrat.

Überdies engagierte sich Herr Peuser viele Jahre in der Kommunalpolitik: als Gemeindevertreter in seiner Heimatgemeinde Erbach, als Mitglied im Kreistag Limburg-Weilburg und als ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter des Landkreises Limburg-Weilburg.

Wir werden Herrn Peuser ein ehrendes Andenken bewahren. Unser tief empfundenes Mitgefühl gilt in dieser schweren Zeit dem Sohn des Verstorbenen.

(Schweigeminute)

Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hinsichtlich der Tagesordnung darf ich auf Folgendes hinweisen. Die Tagesordnung vom 29. Januar 2024 sowie der Nachtrag vom heutigen Tag liegen Ihnen vor.

Wie Sie dem Nachtrag der Tagesordnung zu den Tagesordnungspunkten 21 bis 25 entnehmen können, sind fünf Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde eingegangen. Nach § 32 Absatz 6 der Geschäftsordnung beträgt die Aussprache für jeden zulässigen Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde fünf Minuten je Fraktion. Die Aktuellen Stunden werden heute nach Tagesordnungspunkt 11 abgehalten.

Eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der AfD betreffend „Demokrat ist, wer demokratisch handelt – Hessens Politik muss

Glaubwürdigkeit bewahren und Vertrauen der Bürger zurückgewinnen“, Drucks. 21/105. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 26 und kann, wenn niemand widerspricht, zusammen mit Tagesordnungspunkt 17, dem Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Freien Demokraten, am Mittwoch um 9 Uhr aufgerufen werden.

Weiter eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der AfD betreffend „Rechtskonforme Beendigung der Kooperation des Hessischen Kultusministeriums mit DITIB bei der Erteilung des bekenntnisorientierten Religionsunterrichtes“, Drucks. 21/106. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 27 und kann, wenn niemand widerspricht, zusammen mit Tagesordnungspunkt 22, der Aktuellen Stunde der AfD, aufgerufen und danach direkt abgestimmt werden.

Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der AfD betreffend „30 Autobahnprojekte jetzt umsetzen: 10 Jahre Stillstand im Straßenneubau sind genug!“, Drucks. 21/107. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 28 und kann, wenn niemand widerspricht, zusammen mit Tagesordnungspunkt 21, der Aktuellen Stunde von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, aufgerufen und danach ebenfalls direkt abgestimmt werden.

Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der AfD betreffend „Die Landwirtschaft ist für Hessen existenziell – Landwirte müssen entlastet werden!“, Drucks. 21/108. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 29 und kann, wenn niemand widerspricht, zusammen mit Tagesordnungspunkt 19, dem Setzpunkt der Fraktion der CDU, aufgerufen werden.

Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend „Friedliche Bauernproteste ernst nehmen – bäuerliche Landwirtschaft stärken“, Drucks. 21/109. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 30 und kann ebenfalls, wenn niemand widerspricht, zusammen mit Tagesordnungspunkt 19, dem Setzpunkt der Fraktion der CDU, aufgerufen werden.

Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend „Für eine generationengerechte und zukunftsfeste Weiterentwicklung der Schuldenbremse“, Drucks. 21/110. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 31 und kann, wenn niemand widerspricht, zusammen mit Tagesordnungspunkt 20, dem Setzpunkt der Freien Demokraten, aufgerufen werden.

Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD betreffend „Die Schuldenbremse ist Basis einer verantwortungsvollen Finanzpolitik“, Drucks. 21/111. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Entschließungsantrag Tagesordnungspunkt 32 und kann, wenn niemand widerspricht,

zusammen mit Tagesordnungspunkt 20, dem Setzpunkt der Freien Demokraten, aufgerufen werden.

Damit kommen wir zur Feststellung der Tagesordnung für die 3. und 4. Sitzung mit den eben besprochenen Änderungen und Ergänzungen. Gibt es Einwände? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Tagesordnung so genehmigt.

Im Ältestenrat haben wir vereinbart, dass der Termin der Wahl der nicht richterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofs nach § 2 Absatz 2 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof am Plenardienstag, 12. März 2024, stattfindet. Die Vereidigungen können dann am Donnerstag, 14. März 2024, erfolgen.

Nach dem vorliegenden Ablaufplan tagen wir heute voraussichtlich bis ca. 18:30 Uhr. Wir beginnen, wie immer, im Anschluss an die amtlichen Mitteilungen mit Tagesordnungspunkt 1, der Fragestunde, Drucks. 21/29.

Ich darf ganz herzlich die Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne begrüßen. Ich wünsche Ihnen einen interessanten und spannenden Tag im Hessischen Landtag. Schön, dass Sie da sind.

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf unter den Gästen auf der Besuchertribüne den ehemaligen Abgeordneten und ehemaligen Staatsminister Stefan Grüttner begrüßen. Schön, dass Sie ebenfalls hier sind.

(Allgemeiner Beifall)

Ganztägig fehlen heute die Abgeordneten Herr Sascha Herr, fraktionslos, Frau Nina Eisenhardt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Frau Staatsministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus. Ich darf fragen, ob es weitere Entschuldigungen gibt. – Ich sehe eine Wortmeldung beim parlamentarischen Geschäftsführer der CDU-Fraktion, bei Herrn Schon.

Ingo Schon (CDU):

Frau Präsidentin, ich möchte für die CDU-Fraktion Herrn Jan-Wilhelm Pohlmann für heute entschuldigen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. Das haben wir notiert. – Ich darf fragen, ob es weitere Entschuldigungen gibt. – Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich Sie darauf hinweisen, dass im Anschluss an die heutige Plenarsitzung eine Sitzung des Ältestenrates in Raum 501 A und ab 19.30 Uhr der parlamentarische Abend der Arbeitsgemeinschaft der Wohnungs- und Immobilienverbände Hessen im Restaurant des Landtages stattfindet.

Wir kommen nun zu **Tagesordnungspunkt 1:**

Fragestunde

– **Drucks. 21/29** –

Ich darf darauf hinweisen, weil es die erste Fragestunde ist, die wir in dieser Legislaturperiode abhalten, dass der Fragesteller bzw. die Fragestellerin jeweils bis zu zwei Zusatzfragen stellen kann. Darüber hinaus können insgesamt zwei weitere Zusatzfragen von Abgeordneten anderer Fraktionen gestellt werden.

Ich rufe **Frage 1** auf und darf Herrn Daniel May das Wort geben.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

Wie viele der 40 Plätze der neu geschaffenen Quereinstiegsmaßnahme zum Erwerb einer dem Lehramt an Haupt- und Realschulen gleichgestellten Qualifikation (QuiSHR) konnten bis zum 01.02.2024 besetzt werden?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Sehr geehrter Kollege May, bevor ich zur eigentlichen Beantwortung der Frage komme, gestatten Sie mir bitte eine kurze Vorbemerkung. Vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden erhöhten Personalbedarfs bei den Haupt- und Realschulen wird mit der neuen Qualifizierungsmaßnahme vorausschauend die Möglichkeit für den Quereinstieg zum Erwerb einer dem Lehramt an Haupt- und Realschulen gleichgestellten Qualifikation angeboten.

Die Maßnahme richtet sich an Personen mit dem Diplom einer Fachhochschule oder Universität, einem Magister oder einem akkreditierten Bachelor bzw. Master, woraus mindestens eines der Unterrichtsfächer Englisch, Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Musik oder Kunst an Haupt- und Realschulen abgeleitet werden kann, sofern sie zudem über mindestens fünf Jahre Berufserfahrung im studierten Berufsfeld nach dem Erwerben des Abschlusses verfügen. Die Maßnahme dauert drei bzw. dreieinhalb Jahre. In dieser Zeit werden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern pädagogische, fachwissenschaftliche und fachdidaktische Inhalte vermittelt, sofern die Qualifikation für das Zweitfach Mathematik oder Arbeitslehre erworben wurde.

Die Möglichkeit des Neuerwerbs der Fächer Mathematik und Arbeitslehre orientiert sich an den Bedarfen der Haupt- und Realschulen. Zudem bietet der Neuerwerb des Faches Mathematik den Vorteil, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Qualifizierungsmaßnahme nach dem Abschluss mit einem erworbenen Hauptfach als Klassenlehrkraft eingesetzt werden können, sofern es sich bei dem anderen Unterrichtsfach nicht bereits um ein Hauptfach handelt.

Jetzt komme ich zu Ihrer eigentlichen Frage, sehr geehrter Herr May. Die Nachfrage nach der Maßnahme war erfreulich groß. Insgesamt stellten 221 Personen einen Antrag auf Zulassung zur Maßnahme, von denen 157 Personen die formalen Kriterien erfüllten, die sich auf die von den Schulen ausgeschriebenen Stellen bewerben konnten. Zum Einstellungstermin am 1. Februar 2024 konnten mit Stand 1. Februar 2024 38 Verträge abgeschlossen werden. Ende Januar sagten zudem vier Personen kurzfristig ab. Die zuständigen Staatlichen Schulämter befinden sich gegenwärtig im Austausch mit geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern, denen wir ursprünglich kein Einstellungsangebot

unterbreiten konnten, um die Stellen kurzfristig besetzen zu können.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Mir liegt eine Nachfrage der Abgeordneten Bächle-Scholz, CDU-Fraktion, vor. Sie haben das Wort.

Sabine Bächle-Scholz (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich habe insgesamt zwei Nachfragen.

(Widerspruch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum einen: Wie ist die Quereinsteigsmaßnahme –

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Bächle-Scholz, ich möchte Sie bitten, eine Frage zu stellen.

(Zuruf SPD: Sind Sie noch neu?)

Sabine Bächle-Scholz (CDU):

Wie ist die Quereinsteigsmaßnahme inhaltlich aufgebaut?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, vielen Dank für die Nachfrage. – Die Konzeption für den Quereinstieg zum Erwerb einer dem Lehramt an Haupt- und Realschulen gleichgestellten Qualifikation sieht vor, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die Möglichkeit des gleitenden Einstiegs im ersten Halbjahr der Weiterbildungsmaßnahme einen hohen Anteil von Hospitationen bzw. angeleitetem Unterricht durchführen, sodass sie sich mit erfahrenen Lehrkräften austauschen können. Mit Beginn des zweiten Halbjahres der Maßnahme übernehmen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eigenständig Unterricht im Umfang von elf Unterrichtsstunden pro Woche. Im sechsten Halbjahr beträgt die Anzahl der wöchentlichen eigenständigen Unterrichtsverpflichtung 22,5 Stunden und im siebten Halbjahr 25,5 Stunden.

Darüber hinaus wird der ausbildenden Schule je Teilnehmerin bzw. je Teilnehmer an der Qualifizierungsmaßnahme eine Stunde zusätzlich zugewiesen, die zu deren Unterstützung durch eine Mentorin bzw. einen Mentor zu verwenden ist. Die Qualifizierungsmaßnahme umfasst eine berufspraktische Ausbildung an den Studienseminaren in den Unterrichtsfächern sowie im allgemeinpädagogischen Ausbildungsbereich.

Darüber hinaus werden durch die Hessische Lehrkräfteakademie Studieninhalte aus den Bereichen Bildungswissenschaft und Inklusion sowie fachdidaktische und fachwissenschaftliche Inhalte vermittelt, die der universitären Lehramtsausbildung entsprechen. Die hierbei zu vermittelnden Inhalten bauen auf den bereits erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen der Teilnehmerinnen und Teilneh-

mer auf und werden auch mit den für den Quereinstieg relevanten Fragestellungen der Fachdidaktik, der Unterrichtspraxis und der Inklusion verknüpft.

Durch die beschriebene Konzeption der Qualifizierungsmaßnahme wird sichergestellt, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die für eine Unterrichtstätigkeit erforderlichen pädagogischen, fachdidaktischen sowie fachwissenschaftlichen Kompetenzen erwerben.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Mir liegt eine weitere Nachfrage des Abgeordneten May von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Staatsminister, angesichts des sich abzeichnenden Fachkräftemangels im Bereich Haupt- und Realschullehramt: Haben Sie denn vor, die Anzahl der Plätze in QuiSHR, in diesem Bereich zu erhöhen? Wie schaffen wir es, dass dann von den Interessenten auch tatsächlich mehr in der Maßnahme landen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Herr Abgeordneter, der Quereinstieg zum Erwerb einer dem Lehramt an Haupt- und Realschulen gleichgestellten Qualifikation ist eine von mehreren kurz-, mittel- und langfristig wirkenden Maßnahmen zur Lehrkräfteversorgung, die seitens der Hessischen Landesregierung auf den Weg gebracht wurden.

Zu den kurzfristig wirkenden Maßnahmen zählen zum Beispiel Abordnungen von Lehrkräften von weiterführenden Schulen an Grundschulen, die Beschäftigung von erst kürzlich in den Ruhestand getretenen Lehrkräften, die Verlängerung der Dienstzeit oder auch die Aufstockung der Arbeitszeit von in Teilzeit befindlichen Lehrkräften.

Auf mittlere Sicht bietet das Hessische Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen verschiedene Möglichkeiten des Quereinsteigs in den Schuldienst, zum Beispiel den Quereinstieg in den Vorbereitungsdienst, die Quereinsteigsmaßnahme für den Grundschulbereich oder die neu geschaffene Möglichkeit der Quereinsteigsmaßnahme für den Haupt- und Realschulbereich. Zusätzlich können befristet eingestellte Lehrkräfte mit dem Lehramt an Gymnasien oder dem Lehramt an Haupt- und Realschulen an der Sondermaßnahme zur Befähigung des Lehramts für Förderpädagogik oder für die Grundschule teilnehmen.

Zu den langfristig wirkenden Maßnahmen gehört ebenfalls die Ausweitung der Ausbildungskapazitäten an hessischen Universitäten für die Lehramter an Grundschulen um 230 Studienplätze auf insgesamt 930 und um 211 Studienplätze für das Förderschullehramt auf insgesamt 436. Darüber hinaus wirbt mein Haus für den Lehrerberuf mit der Kampagne „Lehrer werden in Hessen“ sowie mit digitalen Informationsveranstaltungen, in denen ein zeitgerechtes Bild des Berufs vermittelt wird und die helfen, die Attraktivität

und die Wertschätzung des Lehrerberufs in Summe in der Gesellschaft zu erhöhen.

(Moritz Promny (Freie Demokraten): Schon fertig?)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Mir liegt eine weitere Nachfrage des Abgeordneten Grüger von der SPD-Fraktion vor. Sie haben das Wort.

Stephan Grüger (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Staatsminister, können Sie uns sagen, wie hoch das Durchschnittsalter der Teilnehmenden in der Qualifizierungsmaßnahme ist?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Herr Abgeordneter, diese Information reiche ich nach. Dazu kann ich Ihnen leider derzeit keine Auskunft erteilen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Für eine letztmögliche Nachfrage hat sich nun noch einmal der Abgeordnete May von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Vielen Dank, Herr Staatsminister, für die Beantwortung der Frage, die ich gar nicht gestellt habe. Den Sprechzettel hatte ich auch selbst noch im Ohr. Ich hatte den im letzten Herbst des Öfteren auch verwendet.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und vereinzelt Freie Demokraten)

Aber gefragt hatte ich eigentlich nach der Zukunft, wie die Perspektive für QuiSHR ist.

Wie schaffen wir es, dass tatsächlich all diejenigen, die Interesse daran haben, die Maßnahme auch ergreifen können? Das Interesse ist größer, sodass tatsächlich alle Plätze besetzt werden könnten. Denken Sie darüber nach, die Maßnahme zu vergrößern, weil wir im Bereich Haupt- und Realschule doch einen sehr deutlichen Fachkräftebedarf haben?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Herr Kollege, Herr Abgeordneter May, die Landesregierung hat die Situation sehr genau im Blick.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Textbaustein!)

Die Maßnahme ist sehr erfolgreich. Wir werden nach Bedarf nachsteuern.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank.

Damit rufe ich **Frage 2** auf. Ich darf erneut Herrn Abgeordneten May von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich frage die Landesregierung:

In wie vielen Deutsch-Intensivklassen der Sekundarstufe I werden im Schuljahr 2023/24 mehr als 16 Schülerinnen und Schüler beschult?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Erneut hat der Herr Staatsminister das Wort.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter May, auch hier gestatten Sie mir zunächst einige Erläuterungen, um die Rahmenbedingungen Ihrer Frage ein Stück weit auszuleuchten und einzuordnen.

(Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind die für Sie oder für uns? – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für uns beide!)

Als eine Auswirkung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine werden aktuell 20.000 Schutz suchende ukrainische Kinder und Jugendliche in hessischen Schulen in Intensiv-Sprachfördermaßnahmen und Regelklassen beschult. Zusammengenommen mit den zugewanderten und geflüchteten Seiteneinsteigern aus anderen Herkunftsländern werden zum Stichtag 1. Januar 2024 rund 36.000 Kinder und Jugendliche in Intensivmaßnahmen unterrichtet, was einen historischen Höchststand darstellt.

Trotz der sehr hohen Zahl der Zugewanderten ohne Deutschkenntnisse und der damit verbundenen Herausforderungen für alle Beteiligten ist es in Hessen bisher gelungen, diese Kinder und Jugendlichen in der Regel geordnet und zeitnah in den Schulen aufzunehmen und sie gezielt zu fördern. Das ist aufgrund der Masse im Übrigen nicht in allen Ländern der Fall.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch den Schulträgern danken, mit denen wir uns verständigen, die vor allem durch die Bereitstellung der notwendigen Unterrichtsräume stark gefordert sind, was vor Ort teilweise auch die Möglichkeiten zur Einrichtung von Intensivklassen einschränken kann.

Mit dem schulischen Gesamtsprachförderkonzept und seinen einzelnen Bausteinen sowie gezielten Maßnahmen in allen Bildungsetappen ermöglicht die Hessische Landesregierung eine intensive Deutschförderung, um gerade Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger beim Übergang in die Regelklasse erfolgreich zu unterstützen und ihnen ei-

nen gelingenden und begabungsgerechten Schulabschluss zu ermöglichen oder ihnen berufsvorbereitende Maßnahmen bzw. eine duale Ausbildung zu eröffnen. Zudem erfahren gerade diese Kinder und Jugendlichen im Unterricht von kompetenten Lehrkräften, die sich ihrer besonderen Verantwortung bewusst sind, Sicherheit und Halt in dem für sie neuen Umfeld, was von elementarer Bedeutung ist.

Intensivklassen vermitteln Deutsch als Zweitsprache und streben in Abhängigkeit von der individuellen Begabung und Situation der Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger eine Teilintegration in bestimmten Fächern der Regelklasse an. Ein Übergang in die Regelklasse soll schnellstmöglich erfolgen, jedoch erst dann, wenn die Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Die Übergangsentscheidung wird sorgfältig in der jeweiligen Klassenkonferenz abgewogen. Bei Bedarf erfahren die Schülerinnen und Schüler eine weitere Unterstützung in einem Deutsch-Förderkurs. Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger werden bei der Aufnahme in eine Intensivklasse bewusst keinem Bildungsgang zugeordnet, um einen begabungsgerechten Übergang in die jeweilige Schulform zu ermöglichen.

Als flankierende Anpassungsmaßnahme in dieser sehr herausfordernden Situation wurde – das ist Ihnen aus der vergangenen Wahlperiode bestens bekannt, sehr geehrter Herr May – bis auf Weiteres eine Erhöhung des Klassenteilers um drei Schülerinnen und Schüler in den Intensivklassen der weiterführenden Schulen, der allgemeinbildenden und der beruflichen Schulen notwendig. Diese Regelung ermöglicht einen flexiblen und in der Sache angemessenen Rahmen, um in einem kurzen Zeitfenster einem starken Zustrom von geflüchteten Kindern und Jugendlichen gerecht zu werden.

Die notwendigen Anpassungen wurden mit Bedacht und unter Berücksichtigung pädagogischer Aspekte festgelegt und auf das Allernotwendigste begrenzt. Trotz dieser Erhöhung des Klassenteilers für Intensivklassen im Bereich Sekundarstufe I wird der zulässige Rahmen vielerorts nicht ausgeschöpft. Die durchschnittliche Klassengröße im Bereich Sekundarstufe I liegt in Hessen, Stand 1. November 2023, bei 16,5 Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern. Zugleich zeigt die durchschnittliche Klassengröße von Intensivklassen im Bereich Sekundarstufe I, dass die Möglichkeit zur Beschulung von bis zu 19 Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern die notwendige Flexibilität schafft, für alle Kinder und Jugendlichen eine qualitativ hochwertige Bildung vorzuhalten.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Sind wir schon bei der Frage?)

Dies vorweggeschickt, kann ich Ihnen mitteilen, dass zum amtlichen Statistiktag 1. November 2023 in 490 von insgesamt 907 Intensivklassen im Bereich Sekundarstufe I an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen mehr als 16 Schülerinnen und Schüler beschult wurden.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre fast untergegangen!)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Schwarz. – Für eine Nachfrage hat sich Herr Abgeordneter May gemeldet.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Staatsminister, vielen Dank. – Plant die Landesregierung, die zwischenzeitlich vorgenommene Erhöhung des Klassenteilers von 16 auf 19 Schülerinnen und Schüler in den Intensivklassen der Sekundarstufe I zeitnah wieder zurückzunehmen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister Schwarz, Sie haben das Wort.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Die Landesregierung plant derzeit keine Rücknahme. Außerdem kann ich Ihnen mitteilen, Herr Abgeordneter May, dass wir die Klassengrößen in Hessen auf einem Niveau haben, das sich auch im Vergleich zu vielen anderen Bundesländern sehr gut sehen lassen kann. In der vergangenen Woche konnte ich mir selbst einen Eindruck davon verschaffen, wie gut dort vor Ort gearbeitet wird.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Für eine erneute Nachfrage hat Herr May das Wort.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Wenn es so ist, dass aufgrund des Fachkräftemangels der Klassenteiler nicht wieder reduziert werden kann, mit welchen Fachkräften plant dann die Landesregierung die im Koalitionsvertrag angekündigten verpflichtenden Deutschkurse für alle Menschen, die nach Hessen kommen, umzusetzen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Herr Kollege May, ich möchte auf eines hinweisen. Die Umsetzung, nach der Sie fragen, ist in Hessen in vollem Gang. Ich möchte noch einmal Folgendes unterstreichen. Was ist der richtige Klassenteiler? Sie hatten vorhin nachgefasst, inwiefern die Entscheidung richtig war, den Klassenteiler so weit zu erhöhen.

Aufgrund der dargestellten Herausforderungen, die ich vorhin skizziert habe, bundesweit mit mehr oder fast 220.000 zusätzlichen Schülerinnen und Schülern, waren alle Länder gezwungen, anzupassen. Vorbereitungsklassen in Baden-Württemberg – so heißen dort die Intensivklassen – haben beispielsweise einen Klassenteiler von 24. Schleswig-Holstein musste jüngst den Klassenteiler von 16 auf 18 auch für die Grundschule erhöhen.

Die Alternative zu unserem Vorgehen wäre doch – insofern wundere ich mich angesichts der Rahmenbedingungen schon ein wenig über Ihre Nachfrage –, dass wir, wie es teilweise in Nordrhein-Westfalen der Fall ist, Wartelisten führen müssten. Hiermit würden wir aus meiner Sicht nur wertvolle Zeit verlieren, Zeit, die die betroffenen Kinder und Jugendlichen nicht haben. Wir sichern mit un-

serem System eine zügige Beschulung in unseren Intensivklassen, dies trotz aller Herausforderungen reibungslos.

Sie sehen anhand unseres Landesschnitts, dass wir trotz der temporären Erhöhung des Klassenteilers diesen bei Weitem nicht ausschöpfen.

Abschließend darf ich Ihnen eines sagen. Die Lehrkräfte, die dort aktiv sind, leisten hervorragende Arbeit. Dafür danke ich ihnen herzlich. Außerdem sind wir im engsten Austausch mit dem Hessischen Landkreistag, also mit den Schulträgern. Es ist nicht nur eine Frage des Personals, das vor der Klasse steht, sondern es ist auch eine Frage von räumlichen Kapazitäten.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Nun liegt mir eine Nachfrage des Abgeordneten Moritz Promny von den Freien Demokraten vor. Herr Promny, Sie haben das Wort.

Moritz Promny (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Staatsminister, Sie haben vorhin wunderbar die Situation allgemein ausgeleuchtet. Insofern wurde deutlich, dass über 16.000 geflohene Kinder und Jugendliche aus der Ukraine in Hessen sind. Zur Unterstützung hat das Land Hessen mittlerweile rund 300 ukrainische Lehrkräfte eingestellt.

Inwieweit gedenkt die Hessische Landesregierung, gedenken Sie, an dieser Stelle noch weiter aktiv zu werden, vor dem Hintergrund, dass wir so viele Kinder und Jugendliche aus der Ukraine haben? – Vielen Dank.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Herr Staatsminister Schwarz, Sie haben das Wort.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Herr Abgeordneter Promny, vielen Dank auch für diese Nachfrage. – Auch hier konnte ich mir einen Eindruck davon verschaffen, welche hervorragende Arbeit ukrainische Lehrkräfte an hessischen Schulen gerade in diesem Bereich leisten. Sehr beeindruckend, sehr empathisch, sehr zielgerichtet. Natürlich sind wir in vielen Bereichen sehr engagiert und versuchen, genau so qualifiziertes Personal zu gewinnen. Die 300 Lehrkräfte, die Sie genannt hatten, sind ein erster Schritt. Wenn nötig und wenn möglich, steuern wir auch hier nach.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So genau wollten wir es gar nicht wissen!)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Mir liegen nun keine weiteren Nachfragen mehr vor.

Damit rufe ich **Frage 3** auf und darf Herrn Abgeordneten Pürsün von den Freien Demokraten das Wort erteilen.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

Aus welchen Gründen ist es ihr bisher nicht gelungen, im Hinblick auf Bewerber mit ausländischen Berufsqualifikationen bei dem insoweit zuständigen Hessischen Landesamt für Gesundheit und Pflege die Bearbeitungszeiten von bis zu zwei Jahren für die Erteilung einer gültigen Approbation (Zulassung) oder befristeten Berufserlaubnis in reglementierten akademischen Gesundheitsberufen deutlich zu senken?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Das Wort hat die zuständige Staatsministerin Stolz.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Abgeordneter Pürsün, die Bearbeitung entsprechender Approbationsanträge aus Drittstaaten außerhalb der EU ist aufgrund der bundesgesetzlichen Vorgaben ein kompliziertes und zeitaufwendiges Verfahren, das aber letztlich dem Patientenschutz dient. Es ist in unser aller Interesse, von Ärztinnen und Ärzten behandelt zu werden, die einen in Deutschland üblichen Standard gewährleisten können. Dies setzt eine entsprechende umfassende Prüfung der ausländischen Berufsabschlüsse, der Sprachkenntnisse sowie ein Gesundheitszeugnis voraus.

Es kommt auch vor, dass die Antragstellerinnen und Antragsteller versäumen, die erforderlichen Unterlagen ihrem Antrag von Beginn an beizufügen. Diese Dokumente müssen dann vom Landesamt für Gesundheit und Pflege nachgefordert werden, was oftmals zu Verzögerungen führt.

Um das Verfahren insgesamt beschleunigen zu können, steht mein Haus gemeinsam mit den übrigen Landesgesundheitsministerien auf der Arbeitsebene aktuell in engem Austausch mit dem Bundesgesundheitsministerium. Das Bundesgesundheitsministerium hat auf der Fachebene bereits zugesagt, eine Verschärfung der entsprechenden Vorschriften angehen zu wollen. Das Landesamt für Gesundheit und Pflege ist ergänzend dabei, das erforderliche Personal für diesen Bereich weiter aufzustocken. Von daher gesehen, ist die Zielsetzung aller Beteiligten, die Bearbeitungszeiten künftig zu verkürzen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Mir liegen drei Nachfragen vor. Ich darf zunächst Frau Abgeordnete Bächle-Scholz von der CDU-Fraktion bitten.

Sabine Bächle-Scholz (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich habe eine Nachfrage: Frau Ministerin, wissen Sie, wie viele Mitarbeiter im HLfGP im vergangenen Jahr für die Prüfung von Approbationsanfragen eingesetzt wurden?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Im vergangenen Jahr waren das Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Umfang von 2,9 Vollzeitäquivalenten. Zusätzlich war eine Zeitarbeitsfirma im Einsatz. Ich habe bereits mit der Präsidentin des Landesamtes gesprochen: Eine weitere Ausschreibung ist in Vorbereitung.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Als Nächstes gibt es eine Nachfrage der Abgeordneten Ravensburg von der CDU-Fraktion. Sie haben das Wort.

Claudia Ravensburg (CDU):

Frau Ministerin, Sie haben gerade die Arbeitsgruppe der Landesgesundheitsministerien mit dem Bundesgesundheitsministerium erwähnt, die das Ziel verfolgt, die Vorschriften für die Antragstellung betreffend Approbationen bzw. für die Erteilung befristeter Erlaubnisse zur Berufsausübung zu verschlanken. Können Sie uns schon über den aktuellen Stand der Planungen berichten?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Die Länder haben dem Bundesministerium vorgeschlagen, auf die Gleichwertigkeitsprüfung regelhaft zu verzichten. So etwas gibt es im Bereich der Pflegeberufe bereits. Das Bundesministerium hat das wohlwollend aufgenommen und prüft derzeit die Einführung einer entsprechenden Regelung.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Für eine weitere Nachfrage darf ich dem Fragesteller, Herrn Pürsün von den Freien Demokraten, das Wort geben.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Staatsministerin, in welchem Umfang und ab wann wird denn das erforderliche Personal im Landesamt arbeiten? Sie haben von 2,9 Stellen gesprochen. Das klingt so, als sei das für die Landesregierung keine prioritäre Aufgabe bzw. keine prioritäre Aufgabe gewesen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Selbstverständlich ist das eine prioritäre Aufgabe. Nach dem, was mir von der Fachebene inzwischen mitgeteilt worden ist, wird davon ausgegangen, dass man fünf Personen braucht, um die Anträge entsprechend aufzuarbeiten. Das Delta zwischen 2,9 und fünf Personen sollte überbrückbar sein. Ich hoffe, dass jetzt entsprechend viele Bewerbungen eingehen.

Nichtsdestotrotz muss man das Verfahren insgesamt anpassen, weil allein der Einsatz von mehr Personal das Problem hier nicht lösen wird.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Abgeordneter Pürsün, Sie haben erneut das Wort.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Frau Staatsministerin, ich verstehe es so: In diesem Bereich fehlten mehr als zwei Personen, die man in der gesamten Landesverwaltung bislang nicht finden konnte. Ist es so, wie Sie es im Prinzip beschrieben haben, dass es vor allem an den Bewerbern liegt, die es versäumen, alle Unterlagen vorzulegen? Liegt es nicht an anderen Gründen, auch nicht an der Personalausstattung?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Es ist eine Melange aus verschiedenen Punkten, wie ich ja gesagt habe. Zum einen muss man selbstverständlich genug Personen haben, die diese Prüfungen anstoßen können.

Zweitens ist es wichtig, dass alle Unterlagen bereits am Anfang vorgelegt werden. Das erfolgt in durchaus sehr unterschiedlicher Weise.

Es werden in diesen Verfahren auch Fälschungen vorgelegt. Die muss man herausfiltern. Das ist in unser aller Interesse.

Zugleich stellt im Moment das Erfordernis der Prüfung der Gleichwertigkeit ein großes Hemmnis dar, weil das mit umfangreichen Nachforschungen und Begutachtungen zu tun hat. Wir gehen davon aus: Wenn das bundesseitig aufgegeben würde, dann würde das die Verfahren deutlich beschleunigen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank.

Ich rufe **Frage 4** auf und darf dem Fraktionsvorsitzenden der Freien Demokraten, Herrn Dr. Naas, das Wort erteilen.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, ich frage die Landesregierung:

Welche konkreten Schritte hat Ministerpräsident Rhein seit seinen entsprechenden Verlautbarungen im Oktober 2023

unternommen, die Internationale Automobil-Ausstellung (IAA) zurück nach Frankfurt zu holen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Das Wort hat der Chef der Staatskanzlei, Herr Staatssekretär Kuhn.

Benedikt Kuhn, Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Naas, vielen Dank für Ihre Frage. – Es ist das erklärte Ziel unseres Ministerpräsidenten Boris Rhein, dass die IAA Mobility nach Frankfurt zurückkehrt.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann der Ministerpräsident nicht selbst antworten?)

Die IAA hat in Frankfurt eine große Vergangenheit, und die Stadt Frankfurt hat in der Vergangenheit gezeigt, dass sie IAA „kann“. Die Stadt ist als Verkehrsknotenpunkt auch dafür prädestiniert, die IAA zu beherbergen. Insoweit begrüßt es der Ministerpräsident ausdrücklich, dass seine bereits zum Amtsantritt im Jahre 2022 gestartete Initiative mittlerweile auch die Zustimmung des Oberbürgermeisters der Stadt Frankfurt und des Großteils der Fraktionen im Hessischen Landtag findet.

Die Landesregierung arbeitet jetzt gemeinsam mit der Stadt Frankfurt an einem Konzept, um die IAA nach Frankfurt zurückzuholen, und wird ein packendes Angebot unterbreiten, um den VDA dazu zu bewegen, dass die IAA nach Frankfurt zurückkehrt.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Für eine Nachfrage hat sich der Abgeordnete Gagel von der AfD-Fraktion zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort.

Klaus Gagel (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Die IAA hat sich zunehmend zu einer Mobilitätsmesse gewandelt. Mich würde interessieren, welchen Stellenwert die IAA – wenn sie denn nach Frankfurt zurückkommt – für die Landesregierung im Hinblick auf die hessische Automobilindustrie hat.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

Benedikt Kuhn, Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei:

Herr Abgeordneter, vielen Dank für Ihre Frage. – Die Hessische Landesregierung bekennt sich auch in ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich zur hessischen Automobilindustrie. Insofern sind wir davon überzeugt, dass die IAA auch dazu einen wichtigen Beitrag leisten kann.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Für eine Nachfrage hat sich der Abgeordnete Martin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet. Herr Martin, Sie haben das Wort.

Felix Martin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Herr Staatssekretär, ist es nicht etwas suspekt, dass nicht der Herr vor Ihnen auf diese Frage antwortet? Man könnte das als Desinteresse am Thema werten. Was meinen Sie?

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

Benedikt Kuhn, Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei:

Der Chef der Staatskanzlei beantwortet die Fragen für den Ministerpräsidenten, da sie ihm zugeteilt wurden.

Der Ministerpräsident hat mehrfach sein ausdrückliches und prioritäres Interesse an diesem Thema artikuliert.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Für eine weitere Nachfrage hat sich der Vorsitzende der Fraktion der Freien Demokraten, Herr Dr. Naas, zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Habe ich es richtig verstanden, dass außer der Erklärung von Absichten, die Sie hier vorgetragen haben – relativ blumig, in der Art Ihres Vorgängers –, der Ministerpräsident bisher nichts unternommen hat?

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

Benedikt Kuhn, Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei:

Vielen Dank, Frau Präsidentin, und auch vielen Dank, Herr Abgeordneter Naas, für die Rückfrage. – Die „Blumigkeit“ kann ich nicht bestätigen; wir arbeiten vielmehr aktiv an einem Konzept. Wir werden den Landtag sehr gerne darüber informieren, sobald dieses Konzept vorliegt.

Die weiteren Schritte zu skizzieren, wird mit Sicherheit Gegenstand eines weiteren Gesprächs des Ministerpräsidenten mit dem Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt sein, das im März stattfinden wird.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit dem spricht er aber?)

Von daher gesehen, freue ich mich, Sie bei nächster Gelegenheit weiter darüber zu unterrichten.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Eine weitere Nachfrage von Herrn Dr. Naas von den Freien Demokraten. Sie haben das Wort.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung noch einmal nach ihrer Einschätzung. Wie ist denn der Zeitplan für dieses großartige Konzept – ich hoffe, ich habe es richtig formuliert –, und wann kehrt die IAA nach Ihrer Einschätzung nach Frankfurt zurück?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Staatssekretär Kuhn.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Benedikt Kuhn, Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei:

Wir treiben das Projekt, wie gesagt, prioritär voran. Sie sitzen ja mit Ihrer Partei auch in der Frankfurter Regierung. Von daher gehen wir davon aus, dass Sie es auch von dort aus konstruktiv begleiten. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielleicht kurz zur Erläuterung: Es gibt jetzt noch mehrere Nachfragewünsche. Aber wir sind bei der Zahl der möglichen Nachfragen am Ende angekommen.

Deshalb rufe ich jetzt **Frage 5** auf und darf Herrn Bocklet von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, ich freue mich, dass ich derjenige sein darf, der der Staatsministerin Hofmann die erste mündliche Frage stellt. Noch mehr freue ich mich, wenn Sie sie persönlich beantworten und nicht eine der vielen Staatssekretärinnen.

Ich frage die Landesregierung:

Stimmt sie der Aussage der SPD-Landesvorsitzenden Faeser zu, dass es „mit Blick auf den Migrationsteil des Koalitionsvertrages einen schüttelt“ und es „schon nicht so schlimm kommen werde“?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatsministerin Hofmann, Sie haben das Wort.

Heike Hofmann, Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales:

Frau Präsidentin, Herr Bocklet, der Abschnitt „Aus Vernunft für Humanität und Ordnung bei Migration und Integration“ des Koalitionsvertrags beschreibt die aktuellen Herausforderungen und legt die Ziele fest, die aus Sicht der Landesregierung sehr gut geeignet sind, die Integration zu stärken und gleichermaßen die Migration zu steuern.

Es sind, wie Sie selbst wissen, gute Rahmenbedingungen nötig, damit die Integration gelingt, die Migration gleichermaßen gesteuert und so das Zusammengehörigkeitsgefühl in der Bevölkerung weiter gestärkt wird. Das sieht unsere Bundesinnenministerin Nancy Faeser selbstverständlich ebenso.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Herr Bocklet, Sie haben sich zu einer Nachfrage gemeldet. Sie haben das Wort.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Staatsministerin, dürfen wir also – andere würden fragen, ob wir es müssen – davon ausgehen, dass der Koalitionsvertrag der Hessischen Landesregierung im Migrationsteil buchstabengetreu umgesetzt wird und Sie damit Ihrer Bundesinnenministerin widersprechen wollen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Heike Hofmann, Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales:

Selbstverständlich setzt die Landesregierung das, was im Koalitionsvertrag steht, so um, wie es festgeschrieben ist. Ich will noch einmal in Erinnerung rufen, dass unsere Bundesinnenministerin Faeser als unsere Landesvorsitzende den Koalitionsvertrag an federführender Stelle mit ausgehandelt hat und selbstverständlich 1 : 1 hinter ihm steht.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Zu einer Nachfrage hat sich der Abgeordnete Frömmrich von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet. Herr Frömmrich, Sie haben das Wort.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Staatsministerin, das verstehe ich nicht. Sie sagen, dass die Staatsministerin Faeser voll hinter diesem Vertrag steht. Dann möchte ich schon wissen, was darunter zu verstehen ist, wenn sie sagt, dass es „einen schüttelt“ und dass es „schon nicht so schlimm kommen werde“. Was ist denn darunter zu verstehen, und wie werden Sie das, was da gesagt worden ist, in Regierungshandeln umsetzen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Heike Hofmann, Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales:

Ich kann mich an der Stelle nur wiederholen. Wir alle können davon ausgehen und fest darauf vertrauen, dass Nancy Faeser, die für uns diesen Koalitionsvertrag federführend mit verhandelt hat und als Bundesinnenministerin genau hinter diesen Themen steht und sie auch weiterentwickelt,

dies nicht nur vertritt, sondern sogar nachdrücklich unterstützt.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Und sie schüttelt es nur, weil es so frostig ist? –
Heiterkeit SPD)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Ich glaube, es hat – das zur Ankündigung – noch nie so viele Nachfragen gegeben. Ich werde selbstverständlich in der Reihenfolge, wie mir die Fragen angezeigt werden, vorgehen.

Für eine Nachfrage hat sich der Abgeordnete Gaw von der AfD-Fraktion gemeldet. Herr Gaw, Sie haben das Wort.

Dirk Gaw (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrte Frau Staatsministerin, angesichts der Äußerungen von Frau Faeser und Ihrer eben abgegebenen Erklärung bezüglich der Federführung bei den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag dürfen wir also davon ausgehen, dass Sie entweder aneinander vorbeigeredet haben oder dass sich die Frau Bundesinnenministerin widerspricht?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Heike Hofmann, Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales:

Frau Bundesinnenministerin Faeser steht 1 : 1 hinter dem Koalitionsvertrag. Da gibt es keinerlei Widersprüche, keinerlei Zweifel.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Ich darf nun den Fragesteller bitten, die letztmögliche Nachfrage zu stellen. Sie haben das Wort, Herr Bocklet.

Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Staatsministerin, habe ich Sie richtig verstanden, dass die Äußerungen der SPD-Parteivorsitzenden und Bundesinnenministerin für das Handeln der Hessischen Landesregierung als gegenstandslos zu betrachten sind?

(Lisa Gnadt (SPD): Frag das doch Frau Faeser!)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Heike Hofmann, Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales:

Ich kann es nur noch einmal wiederholen. Ich glaube, dass der eine oder andere heute ein paar Verständnisschwierigkeiten hat. Deshalb wiederhole ich das sehr gern noch einmal. Ich sage Ihnen definitiv, dass unsere Bundesinnenministerin, deren Thema das ist, auch in ihrem Amte, und die das Thema der Migration und Integration so, wie es in unserem Koalitionsvertrag festgelegt ist, mitverantwortet hat, zu 100 % dahintersteht und das weiter so unterstützt. Wir werden das als Landesregierung genau so umsetzen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank.

Ich rufe **Frage 6** auf und darf Herrn Pürsün von den Freien Demokraten das Wort erteilen.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Ich frage die Landesregierung:

Was tut sie, damit die im Rettungsdienst maßgebliche Hilfsfrist von zehn Minuten landesweit eingehalten werden kann?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatsministerin Stolz, Sie haben das Wort.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Abgeordneter Pürsün, der Hilfsfristerreichungsgrad im Rettungsdienst hängt im Kern von zwei Faktoren ab, zum einen von der Zahl der Einsätze, zum anderen von den Personalressourcen bzw. der Anzahl der Rettungswagen, mit denen diese Einsätze bewältigt werden können. Die Einsatzzahlen sind in den letzten Jahren stetig angestiegen, vor allem bei den minder dringlichen Notfällen, die in der hausärztlichen bzw. in der ambulanten Versorgung eigentlich besser aufgehoben wären. Mittlerweile gibt es daher schlichtweg zu viele Einsätze bei zu wenig Personal.

Dies sind die beiden Ansatzpunkte, an denen etwas getan wird. Im Kern verfolgt die Landesregierung dabei drei verschiedene grundlegende Ansätze, die ich gern anhand konkreter Maßnahmen erläutere.

Der erste und zugleich wichtigste Ansatz zur Verbesserung des Einhaltens der Hilfsfrist ist die Senkung der Einsatzzahlen durch eine intelligente Patientensteuerung. Dies beginnt bereits auf der Ebene der Leitstellen. In dem Projekt „Sektorenübergreifende ambulante Notfallversorgung“ – SaN – wird an der dafür notwendigen digitalen Vernetzung der Leitstellen 112 und 116 117 gearbeitet. Ziel ist es, Hilfesuchende direkt in den richtigen Versorgungssektor zu steuern, damit der Rettungsdienst nicht unnötig in Anspruch genommen wird.

Der zweite Ansatz ist eine Ressourcenoptimierung innerhalb des Rettungsdienstes. Ziel ist es, die knappen Ressourcen so einzusetzen, dass Rettungswagen entweder länger frei gehalten oder aber kürzer im Einsatz gebunden werden. Dadurch stehen sie für den nächsten hilfsfristrelevanten Einsatz besser oder schneller wieder zur Verfügung. Rettungswagen können länger frei gehalten werden, wenn der zentralen Leitstelle andere Reaktionsmöglichkeiten für bestimmte Notfälle zur Verfügung stehen.

Hierfür ermöglichen wir zum einen bald den flächendeckenden Einsatz von Notfallkrankentransportwagen, die vor allem minder dringliche und damit nicht in die Hilfs-

frist eingerechnete Einsätze abarbeiten können. Zum anderen wird derzeit in mehreren Landkreisen das Pilotprojekt „Gemeindenotfallsanitäter“ vorbereitet. Dadurch wird in vielen Fällen eine abschließende Versorgung vor Ort möglich sein und somit ein Transport ins Krankenhaus vermieden. Zudem planen wir weiterhin ein landesweites Telenotarztssystem, weil manchmal eben keine physische Präsenz der Notärztin, des Notarztes erforderlich ist, sondern eine telemedizinische Abklärung völlig ausreicht.

Der dritte Ansatz betrifft die Personalgewinnung und -bindung. Hierfür wurde im Jahr 2023 schon eine wegweisende Änderung der Rechtsgrundlagen vorgenommen, um eine Erweiterung der Ausbildungskapazitäten zu ermöglichen. Dadurch gab es bei der Zahl der genehmigten Ausbildungsplätze für Notfallsanitäterinnen und -sanitäter im Jahr 2023 gegenüber dem Jahr 2022 eine Steigerung um mehr als 25 %. Um das ausgebildete Personal auch langfristig im Rettungsdienst zu halten, muss zudem die Arbeitsbelastung für die einzelnen Rettungskräfte verringert werden. Hierzu tragen die zuvor genannten Maßnahmen ebenfalls bei.

Sie sehen also, die Landesregierung arbeitet an vielen Projekten und Strukturmaßnahmen, um die Hilfsfristen zu verkürzen. Vieles wird aber auch von der aktuellen Reform der Notfallversorgung auf der Bundesebene abhängen. Deshalb begleiten wir auch diesen Prozess sehr eng und konstruktiv.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Frau Staatsministerin Stolz. – Zu einer Nachfrage hat sich der Abgeordnete Schad von der CDU-Fraktion gemeldet. Sie haben das Wort.

Max Schad (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Staatsministerin, ich würde von Ihnen gern wissen, wie denn die hessischen Hilfsfristen im bundesweiten Vergleich dastehen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Ein Vergleich der Hilfsfristen ist relativ schwierig, weil sie in jedem Bundesland anders definiert werden. In Bayern beginnt die Hilfsfrist beispielsweise, sobald der Rettungswagen losfährt; bei uns in Hessen beginnt diese bereits mit dem Eingang der Notfallmeldung in der zentralen Leitstelle. Zudem ist die Hilfsfrist in allen Bundesländern unterschiedlich. Die meisten Flächenbundesländer haben eine Hilfsfrist von zwölf bis 15 Minuten; wir in Hessen haben eine Hilfsfrist von zehn Minuten. Hätten wir eine Hilfsfrist von 15 Minuten, wären wir bei einem Erfüllungsgrad von 97 %, und damit hätten wir einen der Spitzenplätze in Deutschland.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Für eine weitere Nachfrage hat sich der Abgeordnete Bamberger, CDU-Fraktion, gemeldet. Herr Bamberger, Sie haben das Wort.

Dirk Bamberger (CDU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrte Frau Staatsministerin, Sie erwähnten gerade eine Steigerung der Ausbildungskapazitäten für Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter von mehr als 25 % vom Jahr 2022 zum Jahr 2023. Wie stellt sich das in absoluten Zahlen dar?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Im Jahr 2022 gab es 492 Ausbildungsplätze, im Jahr 2023 gab es 619. Das ist ein Plus von 127 Ausbildungsplätzen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Nun gibt es eine weitere Nachfrage des Abgeordneten Pürsün von den Freien Demokraten.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Staatsministerin, die Statistik hat sich in der vergangenen Legislaturperiode verschlechtert. Daher stelle ich die Frage, wann die drei Maßnahmen, die Sie eben dargestellt haben, signifikant greifen werden.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Die meisten der Maßnahmen sollen sehr absehbar umgesetzt werden. Ich gehe davon aus, dass wir noch in diesem Jahr erste Maßnahmen ergreifen können. Inwieweit sich das dann auswirkt, werden wir sehen.

Tatsächlich ist es am wichtigsten, dass wir davon abkommen, dass minder schwere Fälle in das System reinkommen. Um einmal eine Zahl zu nennen: Bei den Patienten, die mit dem Rettungswagen abtransportiert werden, liegt eine lebensbedrohliche Situation in 10 % aller Fälle vor. Das sind wirklich nur die Fälle, in denen die Patienten mitgenommen werden; viele Patienten werden erst gar nicht mitgenommen. Das zeigt, wie hoch der Anteil derer ist, die man auch anderweitig versorgen könnte. Da müssen wir ansetzen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Abgeordneter Pürsün, Sie haben erneut das Wort für die letzte Nachfrage. Bitte schön.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Staatsministerin, Sie sprechen von minder schweren Notfällen. Ich weiß nicht, ob Sie damit auch meinen, dass es Anrufe in Fällen gibt, für die der Rettungsdienst eigentlich gar nicht gedacht ist. Greift die intelligente Patientensteuerung, die Sie erwähnt haben, in diesen Fällen noch, oder muss da noch einiges mehr geschehen, damit der Rettungsdienst sich in erster Linie mit den Fällen auseinandersetzt, für die er eigentlich gedacht ist?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Diana Stolz, Ministerin für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege:

Ich halte es für einen ganz wesentlichen Punkt, dass die Patientensteuerung schon ganz am Anfang beginnt. Deshalb ist die Verzahnung zwischen diesen beiden Systemen ganz wichtig. Ich verspreche mir davon auch viel. Das, was ich vom SaN-Projekt gesehen habe, sieht ganz Erfolg versprechend aus.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank.

Ich rufe **Frage 7** auf und darf stellvertretend für die Abgeordnete Nina Eisenhardt dem Abgeordneten May von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen. Herr May, Sie haben das Wort.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

Sind ihr Fälle bekannt, in denen Studierende oder Mitarbeitende an hessischen Hochschulen zum Gendern mit Sonderzeichen gezwungen oder genötigt wurden?

Ich möchte den Zeitraum mündlich auf die vergangenen zwei Jahre begrenzen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr May. – Das Wort hat Herr Staatsminister Gremmels.

Timon Gremmels, Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Abgeordneter May, der Landesregierung sind keine Fälle bekannt, bei denen Nötigung oder gar Zwang gegenüber Studierenden oder Mitarbeitenden ausgeübt wurde, um diese anzuhalten, geschlechtergerechte Sprache mit Sonderzeichen zu verwenden. Der Landesregierung ist lediglich ein Konflikt aus dem Jahr 2021 bekannt, zu dem es auch eine Medienberichterstattung gab und der im Landtag Gegenstand eines Dringlichen Berichtsantrages, Drucks. 20/6971, war. Damals gab es bei der Benotung einer Hausarbeit an der Universität Kassel einen Punktabzug, weil keine geschlechter-

gerechte Sprache verwendet wurde. Die Universität hat die Zulässigkeit eines solchen Vorgehens rechtlich geprüft. Sie hat dann entschieden, entsprechende Hinweise, die ohnehin keinen rechtlich bindenden Charakter hatten, aus dem Netz zu nehmen.

Hier wird deutlich, dass in dieser Frage derzeit zumindest eine Rechtsunsicherheit besteht, die potenziell zu Konflikten führen kann. Die Landesregierung hält es deshalb für sinnvoll, hier für alle Beteiligten Klarheit zu schaffen. Deshalb werden wir dazu einen Vorschlag erarbeiten, der einerseits Rechtssicherheit schafft und andererseits die Wissenschaftsfreiheit gewährleistet.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Für eine Nachfrage hat sich der Abgeordnete Kaffenberger von der SPD-Fraktion gemeldet. Herr Kaffenberger, Sie haben das Wort.

Bijan Kaffenberger (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Der Kollege May hat in seiner Frage gerade geschlechtergerechte Sprache ohne ein Sonderzeichen angesprochen. Herr Staatsminister, vor diesem Hintergrund würde ich Sie gerne fragen: Was empfiehlt denn eigentlich der Rat für deutsche Rechtschreibung in Bezug auf die gendergerechte Sprache?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Timon Gremmels, Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur:

Sehr geehrter Abgeordneter Kaffenberger, der Rat für deutsche Rechtschreibung hat mehrfach, zuletzt in seiner Sitzung am 15. Dezember 2023, seine Auffassung bekräftigt, dass allen Menschen mit geschlechtergerechter Sprache begegnet werden soll. Der Rat führt dazu aus, dass geschlechtergerechte Texte sachlich, korrekt, verständlich und lesbar sein sollten. Insbesondere muss es die Möglichkeit geben, für Blinde und Sehbehinderte die wesentlichen Sachverhalte und Kerninformationen bereitzustellen. Vor diesem Hintergrund hat der Rat die Verwendung von Sonderzeichen bis auf Weiteres nicht empfohlen.

Gleichzeitig hat der Rat für deutsche Rechtschreibung festgestellt, dass er die weiteren Schreibentwicklungen beobachten wird; denn die geschlechtergerechte Schreibung ist aufgrund des gesellschaftlichen Wandels und der Schreibentwicklung noch im Fluss. Der Rat hat darüber hinaus deutlich gemacht, dass man auch ohne Sonderzeichen geschlechtergerecht schreiben kann.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Für eine weitere Nachfrage hat der Abgeordnete May von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Welche Sanktionen müssen Studierende zukünftig erwarten, wenn sie bei Prüfungen gendern?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Timon Gremmels, Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur:

Über Sanktionen haben wir nicht geredet; das ist auch keine Aufgabe, die wir übernehmen wollen. Wir wollen hier keine Genderideologie einführen, wir wollen das Reden, das freie Sprechen im Sinne der Wissenschaft ermöglichen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Für eine Nachfrage hat sich der Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten, Herr Dr. Naas, gemeldet.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung: Bis wann will sie diese klarstellenden Hinweise geben?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Timon Gremmels, Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur:

Wir werden das in aller Ruhe und Gelassenheit miteinander besprechen. Ich möchte auf den Wortlaut des Koalitionsvertrages hinweisen: Auf das Gendern mit Sonderzeichen verzichten wir. – Aber man kann geschlechtergerechte Sprache auch auf andere Weise sicherstellen. Das sind die Leitgedanken dieser Koalition, und damit werden wir Ihnen einen guten Vorschlag präsentieren.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Wann?)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Für eine weitere Nachfrage hat nun der Abgeordnete May von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Landtagspräsidentin. – Herr Staatsminister, habe ich Sie richtig verstanden, dass es, anders als im Koalitionsvertrag angekündigt, kein Verbot des Genderns für Studierende oder wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an unseren hessischen Universitäten geben wird?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr May. – Das Wort hat Herr Staatsminister Gremmels.

Timon Gremmels, Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur:

Ich verweise noch einmal auf die Seite 55 des Koalitionsvertrages: „auf das Gendern mit Sonderzeichen“ soll verzichtet werden.

Das ist kein Verbot, sondern man kann gendern. Die deutsche Sprache ist so vielfältig, so reichhaltig, und es gibt so viele Möglichkeiten, inklusiv zu sprechen, ohne dass man auf Sonderzeichen zurückgreifen muss. Sonderzeichen sind gerade für Menschen mit einer Lern-, Seh- oder Hörbeeinträchtigung ein großes Hemmnis. Inklusive Sprache kann man anders sicherstellen. Diese Landesregierung ist gewillt, inklusiv zu wirken und inklusiv zu sprechen, ohne die Verwendung von Sonderzeichen.

(Vereinzelter Beifall CDU und SPD – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder sprechen zu lassen!)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank.

Ich rufe die **Frage 8** auf und darf das Wort an den Abgeordneten Felix Martin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geben.

Felix Martin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Besten Dank. – Ich frage die Landesregierung:

Wieso braucht ein halbiertes Sozialministerium künftig doppelt so viele Staatssekretärinnen wie bislang?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Staatsministerin Hofmann.

Heike Hofmann, Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales:

Frau Landtagspräsidentin, Herr Martin, insgesamt sind in den letzten Jahren die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Aufgaben unseres Landes gestiegen. Insbesondere die Aufgaben der Migration und Integration unter der Leitlinie von Humanität und Ordnung sind aktuelle zentrale politische Handlungsfelder, denen sich diese Landesregierung in besonderem Maße widmet.

Unter anderem sind die Steuerung der Migration und die Stärkung der Integration, auch vor dem Hintergrund des Fachkräfte- und Arbeitskräftebedarfs, zentrale Handlungsfelder und Aufgabenfelder dieser Landesregierung. Details können Sie dem Koalitionsvertrag entnehmen. Dies erfordert unsere besondere Aufmerksamkeit, und nicht nur das, sondern auch unsere politische Konzentration. Ich bin sehr dankbar dafür, dass sich die Staatssekretärin Hechler dieser Aufgabe in besonderem Maße widmet.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Für eine Nachfrage hat sich die Abgeordnete Kunz von der SPD gemeldet. Sie haben das Wort.

Cirsten Kunz (SPD):

Vielen Dank, sehr geehrte Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung: Wer führte in der Vergangenheit die Position des Bevollmächtigten für Integration und Antidiskriminierung ein?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Heike Hofmann, Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales:

Frau Kunz, vielen Dank für diese Nachfrage. – Das ermöglicht, daran zu erinnern, dass es schon in der 19. Legislaturperiode einen Staatssekretär und Bevollmächtigten für Integration und Antidiskriminierung gegeben hat. Diese Position wurde von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zunächst von Herrn Jo Dreiseitel und sodann von Herrn Kai Klose, ausgefüllt, bevor Letzterer in 2019 das Ministeramt übernahm.

(Stephan Grüger (SPD): Hört, hört!)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Für eine Nachfrage hat sich der Abgeordnete Martin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

Felix Martin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Inzwischen sind es unter dem Strich zwei Ministerinnen und drei Staatssekretärinnen, die für alles zuständig sind. Habe ich Sie, Frau Ministerin, deshalb richtig verstanden, dass Minister Klose und Staatssekretärin Janz als zwei Personen genauso viel arbeiten konnten wie jetzt fünf Politikerinnen von SPD und CDU?

(Zurufe CDU und Freie Demokraten)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Heike Hofmann, Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales:

Herr Martin, ich möchte noch einmal darauf verweisen, dass bereits seit den Jahren 2015, 2016 die Themen Flucht, Migration und Integration als dauerhafte organisatorische und politische Herausforderungen in unserem Land zentrale Aufgaben sind.

Eine Änderung des Zuschnitts, aber auch eine arbeitsteilige Fokussierung auf diese Großthemen ermöglichen uns, dass wir uns diesen Aufgaben vollumfänglich und im Sinne unseres Landes, aber auch im Sinne der Bürgerinnen und Bürger widmen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Für eine Nachfrage hat sich der Abgeordnete Frömmrich von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet. Sie haben das Wort.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Staatsministerin, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie uns nicht erklären wollen – wie die Frage des Kollegen Martin gelautet hat –, warum für ein halbiertes Staatsministerium doppelt so viele Staatssekretäre tätig sind? Wollen Sie uns das nicht erklären, oder haben Sie ein Problem mit dem Errechnen der Quote? Denn Sie haben gerade vergangene Zeiten und den Beauftragten für Antidiskriminierung angeführt.

(Zuruf Marius Weiß (SPD))

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Heike Hofmann, Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales:

Herr Frömmrich, ich kann Ihnen das gerne noch einmal aus der fachlichen Perspektive erklären. Ich mache das gerne auch ein drittes oder viertes Mal. Und zwar habe ich Ihnen verdeutlicht, dass das Thema „Flucht und Migration“, aber auch das Thema Integration zentrale Politikfelder, Themenfelder und auch Schwerpunkte dieser Landesregierung sind. Dem werden wir uns mit voller Aufmerksamkeit, aber auch mit voller Kraft im Sinne unseres Landes, unserer Gesellschaft widmen. Da finden wir es angemessen, dass sich Frau Staatssekretärin Hechler dieser Aufgabe ganz im Sinne der Sache widmet.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Für eine letztmögliche Nachfrage darf ich dem Abgeordneten Martin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort geben.

Felix Martin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Ich versuche es einmal mit einer anderen Frage, wenn wir auf diese keine Antwort bekommen. Glauben Sie denn nicht, dass es mehr im Sinne unseres Landes wäre, wenn die Mittel, die für die drei zusätzlichen Positionen an der Spitze der Landesregierung verwendet werden, in soziale Projekte fließen würden, zum Beispiel in die Integrationsarbeit?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Heike Hofmann, Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales:

Diese Landesregierung stellt die notwendigen Ressourcen in den Politikfeldern, die Sie eben benannt haben, zur Verfügung – ob das die Integration ist, ob das das Sozialbudget ist, ob das die sozialen Hilfen sind. Sie tut alles, was

für den Zusammenhalt unseres Landes, für einen effizienten Sozialstaat erforderlich ist.

(Zuruf Felix Martin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank.

Ich rufe die **Frage 9** auf und darf Herrn Abgeordneten Felix Martin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort geben.

Felix Martin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Ich frage die Landesregierung:

Wie möchte sie die praxisintegrierte vergütete Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher, wie im Koalitionsvertrag angekündigt, zu einer „bezahlten Ausbildung“ weiterentwickeln?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatsministerin Hofmann, Sie haben das Wort.

Heike Hofmann, Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales:

Frau Präsidentin, Herr Martin,

(Felix Martin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Abgeordneter!)

bereits in der vergangenen Wahlperiode konnte mit dem Landesprogramm „Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher“ ein wichtiger Baustein ins Leben gerufen werden, um auch in diesem Bereich dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Auf der Grundlage des durch den Landtag bereits beschlossenen Doppelhaushalts 2023/2024 konnten weitere sogenannte PivA-Stellen – praxisintegrierte vergütete Ausbildung zur Erzieherin und zum Erzieher – realisiert werden. Diese sogenannten PivA-Stellen sind sehr erfolgreich. Wir beabsichtigen, diese weiterzuentwickeln und auszubauen.

Weitere Schritte zur Unterstützung der Fachkräftesicherung in der Kinder- und Jugendhilfe, wie sie im Koalitionsvertrag als zentraler Schwerpunkt für die neue Legislaturperiode vorgesehen sind, werden derzeit durch die Landesregierung geprüft und alsbald vorgestellt.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Für eine Nachfrage hat Herr Abgeordneter Martin das Wort.

Felix Martin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Sie sprachen eben von einem Ausbau der PivA-Plätze. Im vergangenen Jahr standen 1.000 Plätze, die vom Land gefördert wurden, zur Verfügung. Wie viele möchte die Landesregierung denn in den kommenden Jahren fördern?

(Zuruf Lisa Gnagl (SPD))

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Heike Hofmann, Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales:

Wie Sie vielleicht wissen, wird es alsbald einen Nachtragshaushalt geben, und dann wird in Folge natürlich der weitere Haushalt für das Jahr 2025 aufgestellt. Wir sind intensiv in Beratungen und Prüfungen, um die PivA-Stellen weiter auszubauen und zu stärken. Sie werden alsbald darauf eine veröffentlichte Antwort bekommen. Wir werden diese Plätze also weiter fördern und weiter ausbauen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Für eine nächste Nachfrage hat sich der Fraktionsvorsitzende der AfD-Fraktion gemeldet. Herr Lambrou, Sie haben das Wort.

Robert Lambrou (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Staatsministerin, können Sie eine ungefähre Zahl nennen, wie viele PivA-Stellen mehr wir im Rahmen des Nachtragshaushalts erwarten können?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Heike Hofmann, Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales:

Herr Lambrou, wir sind gerade in der Aufstellung und in der entsprechenden Ermittlung. Seien Sie gewiss, dass wir alsbald entsprechende Zahlen der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen werden.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Für eine Nachfrage hat sich der Abgeordnete Frömmrich von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet. Sie haben das Wort.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Landtagspräsidentin. – Weil das Wort jetzt so oft gefallen ist, will ich doch einmal nachfragen: Was genau ist unter dem Begriff „alsbald“ zu verstehen?

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Ruhe und Gelassenheit! – Zurufe CDU und SPD)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Heike Hofmann, Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales:

„Als bald“ heißt als bald.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU – Zurufe: Ah! – Lachen AfD)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Für eine letzte Nachfrage hat der Abgeordnete Martin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erneut das Wort.

Felix Martin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank. – Ich habe natürlich Verständnis dafür, dass Sie jetzt noch keine konkrete Zahl nennen möchten. Aber habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie ausschließlich von einem Aufwuchs sprechen und garantieren, dass wir nicht unter die 1.000 geförderten Plätze vom vergangenen Jahr rutschen?

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Heike Hofmann, Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales:

Sie haben mich, glaube ich, vorhin richtig verstanden, dass ich von einem weiteren Ausbau und von einer weiteren Förderung dieses Erfolgsmodells der PivA-Stellen gesprochen habe.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es soll aber erst alsbald erfolgen!)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind am Ende der Fragestunde angekommen. Aber ich sehe eine Wortmeldung. Frau Gnagl, haben Sie sich zu Wort gemeldet?

(Lisa Gnagl (SPD): Nein, ich hatte noch eine Nachfrage!)

– Wir können keine Nachfragen mehr zulassen. Es wurden schon alle zulässigen Fragen gestellt. Ich bitte um Nachsicht, aber so sind unsere Regeln.

Dann sind wir jetzt am Ende der Fragestunde angekommen.

(Die Frage 14 und die Antwort der Landesregierung sind als Anlage beigelegt. Die Fragen 10 bis 13 und 15 bis 21 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Erste Lesung

Gesetzentwurf

Fraktion der Freien Demokraten

Gesetz zum durchgängigen Betrieb voll automatisierter Verkaufsmodule (Minimarkt-Gesetz)

– Drucks. 21/36 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt 7,5 Minuten. Für die Einbringung hat sich der Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten, Herr Dr. Stefan Naas, zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich vor, es ist Wochenende. Das Einzige, was Ihnen zum perfekten Sonntag fehlt, ist eine Tüte Milch, weil Sie den Kaffee nicht schwarz mögen. Oder Sie haben die Schlagsahne für den Kuchen für die Senioren-Union vergessen.

(Heiterkeit)

Oder Sie haben die Spaghetti vergessen, weil sich spontan noch fünf hungrige Jusos angekündigt haben. Meine Damen und Herren, liebe Jusos, liebe Senioren-Union, Sie haben jetzt verschiedene Möglichkeiten, wie Sie das Wochenende retten können.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kuchengemeinde!)

Sie können – Kollege Frömmrich – zur nächsten Tankstelle fahren oder in Ihrem Falle, da Sie ein ÖPNV-Freund sind, mit dem Fahrrad oder der Bahn

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit dem Fahrrad!)

zum nächsten Bahnhof fahren. Wenn Sie auf dem Land wohnen

(Robert Lambrou (AfD): Fahrrad ist nicht ÖPNV!)

– Kollege Lambrou –, dann können Sie den Hofladen um die Ecke aufsuchen und dort zumindest Milch kaufen, oder Sie gehen an einen Milchautomaten. Also ich sehe, ich habe Ihre Fantasie schon in Bewegung gesetzt.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Das ist in diesem Land an Sonntagen seit vielen Jahren grundsätzlich möglich. Das ist die gute Nachricht, aber es gibt noch eine schlechte:

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Ja, aber!)

Seit Dezember haben Sie weniger Möglichkeiten. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat festgestellt, dass über 30 voll automatisierte Verkaufsmodule, sogenannte Minimärkte – bei Tegut heißen diese „teo“, bei Rewe heißen sie „Josefs Box“ –, an Sonntagen geschlossen sein müssen. Das Hessische Ladenöffnungsgesetz sehe eine Schließung auch an Sonntagen vor, obwohl kein Personal eingesetzt wird. Meine Damen und Herren, wir haben den Beschluss des Verwaltungsgerichtshofs hier nicht zu kommentieren oder zu kritisieren, aber ich sage Ihnen eines: Dieses Ergebnis, die Schließung der Minimärkte, ist nicht vermittelbar.

(Beifall Freie Demokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum hat denn die Tankstelle mit Personal auf, der Hofladen, der Milchautomat, der voll automatisierte Minimarkt aber nicht? Das versteht kein Mensch. Deswegen schreibt die „Fuldaer Zeitung“ zu Recht: „Völlig aus der Zeit gefallen“.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der voll automatisierte Minimarkt kommt ohne Personal aus. Damit ist das alte Argument

(Zuruf Stephan Grüger (SPD))

– Kollege Grüger – der Gewerkschaften in Bezug auf den Schutz der Arbeitnehmer weggefallen, und deswegen schlägt heute die Stunde des Gesetzgebers. Jetzt sind Sie als Parlament gefragt.

Meine Damen und Herren, wir, die Freien Demokraten, sehen uns in diesem Haus als Innovationstreiber

(Zurufe CDU – Tobias Eckert (SPD): So unterschiedlich sind die Wahrnehmungen!)

– so ist es –; und deswegen legen wir Ihnen in erster Lesung einen Gesetzentwurf zum durchgängigen Betrieb voll automatisierter Verkaufsmodule vor.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir wollen, dass Minimärkte sonntags geöffnet werden können – als Ausnahmeregelung. Wir wollen, dass das Sortiment dieser Verkaufsmodule streng auf den täglichen Bedarf konzentriert und begrenzt wird; und wir sehen eine Verkaufsfläche von maximal 100 Quadratmetern vor. Damit tragen wir den verfassungsrechtlichen Bedenken, dem gebotenen Schutz der Sonntage und der anerkannten Feiertage zur Arbeitsruhe und zur seelischen Erhebung Rechnung. Wir orientieren uns an der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und an der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs.

(Beifall Freie Demokraten)

Meine Damen und Herren, ich sage das klipp und klar: Damit sind die verfassungsrechtlichen Bedenken ausgeräumt. Wir wollen eine innovative Wirtschaftspolitik. Wir wollen hier neue Geschäftsformen ermöglichen; wir wollen sie nicht verhindern.

Aber wie sieht das eigentlich bei Ihnen, der Koalition, aus? Diese Frage interessiert uns heute; denn, während die CDU medienwirksam verkündet hat, dass eine schnelle Lösung gefunden werden sollte, steht die SPD einmal wieder – man könnte auch sagen: wie so oft bei der Ladenöffnung – auf der Bremse. Es sollte „ergebnisoffen“ geprüft werden, heißt es jetzt vorsichtig; und man müsse noch mit den Kirchen und Gewerkschaften sprechen. „Mit den Gewerkschaften, die Tegut bei der Stadt Fulda angezeigt haben, weshalb dieser Stein überhaupt ins Rollen gekommen ist?“, könnte man auch fragen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich weiß nicht, was ich dazu sagen soll. Ich weiß auch nicht, was es da zu prüfen gibt; denn es geht hier nicht um Arbeitnehmerschutz.

(Lisa Gnadl (SPD): Dass die FDP nicht mit den Gewerkschaften redet, ist klar!)

In diesen Läden arbeitet sonntags niemand.

(Beifall Freie Demokraten)

Meine Damen und Herren, bis die Koalition hier die Schlagsahne oder den Liter Milch gekauft hat, haben wir den Kuchen schon gebacken. Deswegen ist es gut, dass dieser Gesetzentwurf heute vorliegt, der hierzu einer der ersten Gesetzentwürfe ist. Schieben Sie dieses Thema nicht auf die lange Bank. Kolleginnen und Kollegen von der

SPD, überfrachten Sie es nicht mit Prüfaufträgen, nur, weil es im Koalitionsvertrag steht, sondern stimmen Sie diesem Gesetzentwurf kraftvoll und munter zu. Es ist ein guter Gesetzentwurf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Hilferufe der Kommunen können doch auch Sie hören. Es gab eine Petition der Gemeinde Rasdorf an den Hessischen Landtag: Die Minimärkte sollen wieder geöffnet werden. 13 Kommunen haben in ihren Gemeindeparlamenten eine Resolution beschlossen. Ich zitiere jetzt einmal: „Eschollbrücken bangt um teo-Markt“. Diese Überschrift war in der letzten Woche in der Presse zu lesen. Kollege Maximilian Schimmel wird zitiert mit: „Er habe kein Verständnis für die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs.“ Recht haben Sie. Ich habe diese Entscheidung nicht kritisiert. Dass wir aber die gesetzlichen Grundlagen ändern müssen, ist, glaube ich, klar.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht hier um Freiheit und Lebensqualität. Nehmen Sie Eschollbrücken; das ist eine Gemeinde mit 3.500 Einwohnern. Dort geht es darum, ob es einen Lebensmitteleinzelhandel gibt oder ob es eben keinen Lebensmitteleinzelhandel gibt. 30 % der Umsätze werden an einem Sonntag erwirtschaftet. Deswegen stellt sich die Frage, ob es diesen Markt dort zukünftig gibt oder nicht.

(Beifall Freie Demokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das alte Ladenöffnungsgesetz ist angestaubt und geht an der Lebenswirklichkeit vieler Menschen in diesem Land vorbei. Es muss dringend modernisiert werden. Wir, die Freien Demokraten, werden in diesem Parlament auch in dieser Legislaturperiode für ein zeitgemäßes Ladenöffnungsgesetz kämpfen. Wir haben zu den Minimärkten einen ersten Entwurf gemacht. Dies ist für uns der erste Schritt. Wir freuen uns auf die Debatte sowie auf die weiteren parlamentarischen Initiativen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Freie Demokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Dr. Stefan Naas. Das war zeitlich mit exakt siebeneinhalb Minuten eine Punktlandung. – Als Nächsten darf ich nun Herrn Abgeordneten Sascha Meier vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ans Rednerpult bitten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sascha Meier (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer! Zualererst möchte ich der FDP-Fraktion für ihren Gesetzentwurf danken und eine kleine Spitze hinzufügen: Ich hätte niemals damit gerechnet, dass ich meine erste Rede im Plenum zu einem Gesetzentwurf der FDP halten würde

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Willkommen im Club!)

und dass wir, die GRÜNEN, diesen Gesetzentwurf auch noch gut finden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe CDU)

Wer kennt dies nicht: Nach einem langen und anstrengenden Tag macht man zu Hause den Kühlschrank auf und stellt fest, die Butter ist aus.

(Anhaltende Zurufe – Glockenzeichen)

Am besten passiert dies an einem Samstagabend nach 20 Uhr – ein wunderbares Wochenende steht bevor. Es gibt genau zwei Möglichkeiten: Entweder geht es zur Tankstelle außerhalb des Ortes, oder man steuert den nächsten Supermarkt an. Im ländlichen Raum, so wie bei mir vor Ort, muss dafür das nächste Mittelzentrum mehrere Kilometer außerhalb des Dorfes angesteuert werden; denn in vielen Dörfern Hessens gibt es keine Supermärkte. Ältere Menschen ohne Führerschein können sich ohne die Unterstützung von Nachbarn nicht mit den Gütern des täglichen Bedarfs eindecken.

Um diese Versorgungs-, aber auch Marktlücken zu schließen, hat sich unter anderem ein osthessisches Unternehmen ein Konzept überlegt, das sich nach ein wenig Einfindungszeit selbst trägt, die Grundbedarfe vieler Menschen abdeckt und durch sein Angebot Ergänzungs Käufe ermöglicht. Der Nutzen für die Menschen vor Ort ist häufig nicht zu beziffern. Das Verkaufsangebot ist dabei nicht nur für ältere Menschen interessant.

In Randzeiten oder an Sonn- und Feiertagen muss nicht zu astronomisch hohen Preisen die Milch an der Tankstelle gekauft werden – um im Bilde zu bleiben –, welche bekanntlich mit dem Auto angesteuert werden muss.

Ein großer Teil der Hessinnen und Hessen wohnt auf dem Land. Viele junge Familien würden auch sehr gern nach dem Studium oder der Berufsausbildung zurück aufs Land ziehen. Doch leider spielen viele der übrigen jungen Familien, der jungen Erwachsenen und Jugendlichen mit dem Gedanken, die ländlichen Regionen zu verlassen. Die mangelnde Daseinsvorsorge und damit auch explizit die Versorgung mit Lebensmitteln begrenzen die Attraktivität des ländlichen Raums.

Diese Koalition, die in den Mittelpunkt ihres Handelns die Stärkung des ländlichen Raumes stellen wollte, kommt bei dem Thema aber nicht aus ihrer Lethargie heraus. Anstatt sich der Probleme der Menschen da draußen zu stellen und Antworten zu finden, soll erst einmal „ergebnisoffen“ geprüft werden. Sorry, aber es braucht keine Überprüfung der Grundbedürfnisse und der Daseinsvorsorge der Menschen im ländlichen Raum.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten – Zuruf J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

Die Menschen im ländlichen Raum verdienen nach dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs eine klare Haltung und eine Anpassung des Ladenöffnungsgesetzes. Kein Mensch versteht, warum das Betreiben dieser autonomen Geschäfte in der Nähe von Bahnhöfen weiter ermöglicht wird, im ländlichen Raum, wo sie ganze Bevölkerungsteile versorgen könnten, aber nicht, warum sogar Supermärkte an Sonntagen am Frankfurter Flughafen mit sehr hohem personellen Aufwand betrieben werden dürfen, Tankstellen mit Personal rund um die Uhr besetzt sein dürfen,

(Zuruf J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

Lebensmittelgeschäfte ohne den Einsatz von Personal aber nicht.

Ich komme aus dem Einzelhandel. Ich habe bis vor Kurzem noch täglich in einem Markt in Nordhessen gearbeitet bzw. einen Markt geleitet. Liebe Landesregierung, lieber Herr Minister Mansoori, liebe Frau Ministerin Hofmann, glauben Sie mir: Wenn es darum geht, dass die Rechte meiner ehemaligen Kolleginnen und Kollegen nicht weiter ausgehöhlt werden, dass die Sonn- und Feiertagsruhe im Lebensmitteleinzelhandel auch weiterhin gewahrt wird, dann finden Sie in mir eine Person, die sich von Sekunde eins ihrer betrieblichen Laufbahn im Lebensmitteleinzelhandel an eben genau für diese starkgemacht hat.

In diesem Gesetzentwurf geht es um voll automatisierte Läden. Das bedeutet, dort arbeiten keine Menschen, schon gar nicht an einem Sonntag. Mit diesem Gesetzentwurf werden also keine Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschnitten. Die Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage mit Verkaufspersonal wird nicht ausgeweitet. Das Limitieren der Verkaufsfläche auf 100 Quadratmeter ermöglicht es vor allem kleinen Verkaufsmodulen made in Hessen, Versorgungslücken zu schließen.

Es geht nicht darum, Supermärkte mit Verkaufspersonal zu schließen oder den Lebensmitteleinzelhandel in die Vollautomatisierung zu treiben, sondern Bürgerinnen und Bürgern vor allem in strukturschwachen Regionen einen sozialen Treff- und Versorgungspunkt zu schaffen und den ländlichen Raum attraktiver zu machen.

Wenn die Regierung nicht weiterweiß, bildet sie erst einmal einen Arbeitskreis. – So kommt mir das Verhalten aktuell vor.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Anstatt einem Unternehmen den Rücken zu stärken, das Arbeitsplätze hier in Hessen sichert, und in der Entwicklung von modernen und innovativen Verkaufsmodellen zu unterstützen, führt Ihre Aufschiebetaktik dazu, dass mit hoher Chance ein US-amerikanischer Riese um die Ecke kommt und mit seiner Auffassung von Arbeitnehmerrechten, wie unlängst in Logistik- und Distributionszentren, den hessischen Markt flutet. Ihre Taktik ist eine Zukunftsbremse für kleine Unternehmerinnen und Unternehmer und führt dazu, dass Innovationen made in Hessen hinten runterfallen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe übrigens in meinem Marktteam einmal nachgefragt, wie sie zur Öffnung von Märkten am Sonntag oder rund um die Uhr stünden. Sie lehnten das rundweg ab. Als ich sie aber fragte, wie sie zur Öffnung von voll automatisierten Verkaufsflächen ohne Verkaufspersonal auch an Sonn- und Feiertagen stünden, änderte sich ganz schnell ihre Meinung. Meine Kolleginnen und Kollegen haben keine Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes. Sie verstehen das Angebot als Entlastung. Viele würden selbst für den Fall eines leeren Kühlschranks auf ein solches Verkaufsmodul zurückgreifen.

Wir GRÜNE stehen an deren Seite. Wir wollen niemandem vorschreiben, wann man einkaufen darf und wann nicht.

(Zurufe Alexander Bauer und J. Michael Müller (CDU))

Wenn kein Mensch dort arbeitet, dann sollten die kleinen Läden doch geöffnet werden.

Deshalb halten wir den Gesetzentwurf der Liberalen für zustimmungsfähig. Ich bitte die CDU-Fraktion sowie die SPD-Fraktion: Wenn Ihnen der Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, hessischer Unternehmergeist und die Versorgung des ländlichen Raums etwas bedeuten, dann haben wir hier einen zustimmungsfähigen Gesetzentwurf auf dem Tisch. Nehmen Sie doch die Scheuklappen ab. Schauen Sie sich die Resolutionen aus Gelnhausen, Freigericht und anderen Kommunen an. Bürgermeister mit sozialdemokratischem Parteibuch fordern Sie dazu auf, das Ladenöffnungsgesetz zu ändern. Auch die Stadtverordneten in Fulda haben übrigens gemeinsam, auch mit vielen Stimmen der SPD-Fraktion, der Resolution zur Änderung des Ladenöffnungsgesetzes zugestimmt.

Nur Mut, die Menschen vor Ort und auch ihre Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landräte und Kommunalfraktionen werden es Ihnen danken. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall Freie Demokraten)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Das war die erste Rede des Abgeordneten Sascha Meier von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich darf Ihnen im Namen des gesamten Hauses gratulieren.

(Allgemeiner Beifall)

Bevor wir nun in der Debatte weiterfahren, darf ich noch kurz darauf hinweisen, dass ein Dringlicher Antrag der Fraktion der Freien Demokraten betreffend „Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist wesentlicher Standortfaktor“, Drucks. 21/114 eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt wurde. Ich frage: Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 33 und kann, wenn niemand widerspricht, zusammen mit Tagesordnungspunkt 21, der Aktuellen Stunde von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, aufgerufen und direkt danach abgestimmt werden.

Dann fahren wir jetzt fort. Als nächster Redner hat der Abgeordnete Volker Richter der AfD-Fraktion das Wort.

Volker Richter (AfD):

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Also, wenn sich die FDP und mit ihr jetzt auch die GRÜNEN im Hessischen Landtag als Innovationsstreiber empfinden, wenn sie eine solche Gesetzesvorlage zum durchgängigen Betrieb voll automatisierter Verkaufsmodule in den Hessischen Landtag einbringen, dann haben wir wohl von FDP und GRÜNEN in den nächsten Jahren nicht mehr viel zu erwarten.

(Beifall AfD – Widerspruch Freie Demokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was sich modern und mit Sicherheit auch bequem anhört – –

(Zuruf Marion Schardt-Sauer (Freie Demokraten))

– Na ja, wenn ich getroffen habe, freut mich das sehr, liebe Kollegen von der FDP. Wenn Sie sich so aufregen, dann haben Sie wirklich nicht mehr viel im Köcher.

(Heiterkeit und Beifall AfD – Zuruf Wiebke Knell (Freie Demokraten))

– Sie hören ja immer noch nicht auf.

Was sich modern und mit Sicherheit auch bequem anhört, ist gleichzeitig auch eine Konzentration auf immer größere Wirtschaftsunternehmen, die durch entsprechende politische Unterstützung viele inhabergeführte Geschäfte schlicht in zwei Punkten geschlagen haben, zum einen bei den Einkaufspreisen – kein inhabergeführtes Geschäft wird die Einkaufspreise einer größeren Handelskette bekommen – und zum anderen in der Frage des Personals, welches bei kleineren Unternehmen zumeist aus dem familiären Bereich oder in Eigenleistung erbracht wird und in der heutigen Zeit finanziell nicht mehr lohnenswert ist.

Es ist ganz klar, dass ein kleines Unternehmen sowohl bei der immer mehr ausufernden Bürokratie als auch bei Steuern und Abgaben nicht mehr wettbewerbsfähig sein kann. Das, liebe Freunde von der FDP, ist ein ernsthaftes Problem. Und die Tankstelle um die Ecke kann sich längst kaum noch jemand in unserem Volk leisten. Auch das sollte von der FDP einmal anerkannt werden.

(Beifall AfD – J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Ach du liebe Zeit!)

Schauen Sie auf die Löhne und Gehälter, schauen Sie auf die Preise der Tankstellen, schauen Sie sich das an.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Was für ein Bullshit!)

Wenn wir heute über voll automatisierte Verkaufsstellen sprechen, die durchgängig eine gute Versorgung im ländlichen Raum gewähren sollen, dann bedeutet dies, dass der Verdrängungswettbewerb längst zugunsten großer Handelsketten entschieden wurde. Das dürfen wir durchaus bedauern.

(Zuruf Wiebke Knell (Freie Demokraten))

Wir haben leider mittlerweile eine ähnliche Situation auch in den größeren Innenstädten zu verzeichnen. An dieser Stelle muss eine deutliche Kritik an den politischen Entscheidungsträgern unseres Landes geäußert werden: Wer Konzerne und Handelsketten steuerlich bevorteilt und politisch bevorzugt, ist Bestandteil einer niedergehenden Kultur des kleinen und mittelständischen Gewerbes in unserem Land. Dafür ist die FDP mitverantwortlich.

(Beifall AfD – J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Beispiel! – Zurufe Marion Schardt-Sauer und Wiebke Knell (Freie Demokraten))

Schauen Sie sich 5.000 Unternehmen an, 5.000 mittelständische Unternehmen, die dieses Jahr noch in die Insolvenz gehen. Schauen Sie sich die Insolvenzen der letzten Jahre an. Schauen Sie sich Brüssel an. Schauen Sie, was in unserem Land los ist, und dann dürfen Sie nicht beklagen, dass im ländlichen Raum keine Geschäfte mehr existent sind. Das ist Ihre Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD – J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Ach du liebe Zeit!)

Aus sozialer Sicht führt ein solcher Wegfall von familiären Unternehmenskulturen – –

(Oliver Stirböck (Freie Demokraten): Sie sind in den Fünfzigern stehen geblieben! – Weitere Zurufe Freie Demokraten – Glockenzeichen)

– In den Fünfzigerjahren stehen geblieben, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, das wäre für die ländliche Bevölkerung gar nicht schlecht. Dann hätten sie nämlich noch soziale Ansprechpartner, dann hätten sie noch Menschen, bei denen sie etwas kaufen könnten, dann würde es auch noch kleine und mittelständische Unternehmen geben.

(Beifall AfD – Wiebke Knell (Freie Demokraten): Das war gut, weil es da noch keine AfD gab! – Zuruf J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

Meine Damen und Herren, ich finde das jetzt wirklich bemerkenswert, wie unsozial sich Teile dieses Hauses aufstellen, dass sie den Wegfall kleiner familiärer Strukturen im ländlichen Raum beklatschen, dass sie sich freuen, wenn ein Unternehmen ohne Personal an den Markt geht.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Hier freut sich keiner!)

Wenn Sie sich darüber freuen, dann frage ich: Wer zahlt denn später die Steuern? Wer zahlt denn den Einkauf? Das sind doch am Ende des Tages die Arbeitnehmer, die irgendwo arbeiten, auch in den Betrieben.

(Oliver Stirböck (Freie Demokraten): Sie reden wie die Digitalisierungsgegner!)

Meine Damen und Herren, der Wegfall von familiären Unternehmenskulturen führt auch im ländlichen Raum zu immer mehr Vereinsamung. Das ist auch eine soziale Frage. In den Fünfzigerjahren waren eben auch die Tante-Emma-Läden eine Anlaufstelle für die ältere Bevölkerung, und das hat den Menschen gutgetan. Das, was Sie hier beklatschen, ist die soziale Vereinsamung der Menschen im ländlichen Raum; das muss man ganz deutlich sagen.

(Beifall AfD – Zuruf J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

Wir reden hier auch über einen Markt von ungefähr 20 Millionen Kunden – und da muss die FDP aufhören; denn ich glaube, das ist der Punkt. Daran sehen wir, um welchen Umsatz es geht. Wir wissen, wie die Großkonzerne in die Politik hineindiffundieren und wie sie ihre Gelder verteilen. Ich sage auch ganz klar: Wir gehen davon aus, dass dann die Unternehmen natürlich – wir sehen es in manchen Städten, in denen das Gerichtsurteil überhaupt nicht umgesetzt wird, wo es einfach so weiterläuft, wie es im Moment läuft – auf die Politik Einfluss nehmen. Das ist natürlich auch lukrativ.

Jedes Geschäft, das länger öffnet, führt zu einer Verdrängung. Auch das muss Ihnen klar sein, meine Damen und Herren. Dann müssen wir aufpassen, dass wir nicht auf der einen Seite versuchen, zu helfen – den Ansatz verstehen wir durchaus –, aber auf der anderen Seite auch Arbeitsplätze zerstören und vernichten. Das darf mit Sicherheit nicht stattfinden.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, wir haben nicht allein diese Sorgen, diese Sorgen haben auch die Gewerkschaften und Kirchenvertreter. Der Satz „Sonntagsschutz ist mehr als Arbeitsschutz für die von ...“ – –

(Unruhe – Zurufe J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU), Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten) und Felix Martin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Wir sind den Gewerkschaften sehr verbunden, auch wenn Ihnen das nicht in den Kram passt. Ich war jahrelang Gewerkschafter, und wenn Ihnen das nicht passt, ist das Ihre Sache.

(Zurufe – Glockenzeichen)

Die Gewerkschafter sind Vertreter der Arbeitnehmer, und als solcher empfinde ich mich bis heute. Dass das Ihnen nicht passt, ist mir völlig klar.

(Beifall AfD)

Bei den GRÜNEN muss man ein grünes oder rotes Parteibuch haben, um Arbeitnehmer zu vertreten; da passt ein blaues Parteibuch nicht.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Ein blaues passt nie!)

Das ist aber heutzutage völlig anders, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD – Unruhe)

Der Satz „Sonntagsschutz ist mehr als Arbeitsschutz für die ...“ – –

(Anhaltende Unruhe)

– Können Sie einen Augenblick zuhören? Wäre das möglich? Dann würde ich das noch gerne zu Ende führen. Noch eine Minute, dann sind Sie erlöst.

(Zurufe)

Also: „Sonntagsschutz ist mehr als Arbeitsschutz für die von sonntäglichen Ladenöffnungen betroffenen Beschäftigten, sondern Erhalt eines wesentlichen Kulturgutes“. Meine Damen und Herren, dieser Satz ist ernst zu nehmen. Er stammt von Herrn Schiederig, Sprecher der „Allianz für den freien Sonntag“, und er trifft damit einen wichtigen Punkt.

Jetzt kommt etwas, worüber man wirklich nachdenken muss: Wir sind nämlich gar nicht unbedingt gegen den Gesetzentwurf; das sind wir gar nicht.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Nein!)

– Nein. – Wir sind auch nicht dafür,

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Was?)

sondern wir sind der Meinung,

(Lachen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

das kann man – Augenblick –

(Anhaltendes Lachen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

durchaus sein, wir sind als Partei immer für Volksabstimmungen.

(Lachen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind der Meinung, dass man hier die Bevölkerung vor allem auf kommunaler Ebene sehr wohl fragen kann, ob sie das denn möchte. Was ist denn daran verkehrt? Die

Bevölkerung weiß doch viel besser, was sie braucht, als wir, die Politiker, oder die Konzerne vor Ort.

(Beifall AfD)

Ein ganz wichtiger Punkt: Aus diesem Grund freuen wir uns auf eine Anhörung und die Argumente. Das ist ein entscheidender Punkt. Aber das, was Sie hier vorgetragen haben, ist absolut einseitig,

(Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

und so einseitig darf man ein solches Thema nicht betrachten. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Als Nächster hat der Abgeordnete Heiko Kasseckert von der CDU-Fraktion das Wort.

(Beifall CDU)

Heiko Kasseckert (CDU):

Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Abgesehen vom letzten Beitrag, aus dem ich nicht erkennen konnte, was eigentlich die Position der AfD ist – mit der will ich mich aber auch gar nicht beschäftigen –, glaube ich, dass wir eine relativ breite Zustimmung in diesem Hause zu einem Thema haben, das die Gesellschaft offenbar mehr beschäftigt, als wir uns manchmal vorstellen: voll automatisierte Verkaufsmodule. Stefan Naas sieht die FDP als Innovationstreiber,

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Ach, ja!)

und dem Kollegen Meier möchte ich herzlich zu seiner ersten Rede gratulieren. Aber dabei gibt es etwas Gutes und etwas Schlechtes. Das Gute daran ist – – Oder andersherum: Das Schlechte daran ist, dass ich bereits in der vergangenen Legislaturperiode diesem Landtag angehörte

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

und dass das, was Sie heute vorgetragen haben, genau das Gegenteil der Position ist – auch in der vergangenen Legislaturperiode war ich für dieses Thema verantwortlich –,

(Beifall CDU und vereinzelt SPD – Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

die unsere Koalition in den vergangenen fünf Jahren zur Laden- und Sonntagsöffnung eingenommen hat.

(Mathias Wagner (Taunus) und Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt nicht!)

Ich freue mich aber – das muss ich auch an der Stelle sagen: der Beitrag war sehr versiert und fachlich geeignet –, zu erkennen, dass es eine Veränderung gibt. In diesem Sinne war es, wie gesagt, das Schlechte, dass ich mich noch gut daran erinnere.

(Sascha Meier (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woran denn genau?)

Das Gute für Sie, Herr Meier, ist, dass ich zu den eher ruhigeren Rednern in meiner Fraktion gehöre.

(Heiterkeit CDU und vereinzelt SPD)

Es gibt andere Charaktere, die hätten Sie dafür wahrscheinlich ordentlich in den Senkel gestellt – das aber am Rande.

(Unruhe)

Lassen Sie mich ein paar inhaltliche Punkte nennen. Das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs hat uns nicht überrascht. Deshalb, lieber Stefan Naas: Wir haben uns schon früh, im vergangenen Jahr in unserem Wahlprogramm und jetzt auch im Koalitionsvertrag, klar positioniert, dass wir das ändern möchten – wir reden über voll automatisierte Verkaufsstellen, voll automatisierte Verkaufsmodule. Denn das Urteil, und daran gibt es nichts zu kritisieren, entspricht der Rechtslage unseres Hessischen Ladenöffnungsgesetzes.

An dieser Stelle liegt auch der Schlüssel zur Lösung. Wir müssen und können dieses Gesetz ändern. Wir sollten es auch ändern – das haben die Diskussionen gezeigt –, weil sich die Lebenswirklichkeit in unserem Land verändert hat, weil sich die Anforderungen an die Beschäftigten verändert haben, sich die Arbeitswelt verändert hat, sich das Freizeitverhalten der Menschen verändert hat und letzten Endes auch wir in der Politik dafür verantwortlich sind, dass wir mit unseren Gesetzen keine Sperre für Innovationen darstellen.

Der Handel hat mit diesen voll automatisierten Verkaufsmodulen innovativ reagiert und Punkte, wie zum Beispiel den Schutz der Beschäftigten am Sonntag, aufgenommen. Dieser ist für uns ein hohes Gut, und dabei bleiben wir auch. Aber voll automatisierte Verkaufsstellen haben kein Personal. Daher kann dieses Argument im juristischen Sinne nicht ziehen. Wir haben die Sonntagsruhe und sehen auch keinen Widerspruch darin, dass jemand am Sonntag an Tankstellen etc. zum Einkaufen geht. Deshalb sind wir der Überzeugung, dass wir auch nach diesem gesellschaftlichen, politischen Diskurs das Ladenöffnungsgesetz ändern möchten. Das steht auch in unserem Koalitionsvertrag. Dabei spreche ich besonders davon, dass wir diese voll automatisierten Verkaufsstellen für die Grundversorgung öffnen möchten.

Ich möchte an dieser Stelle auch deutlich sagen: Wir werden einen Gesetzentwurf einbringen, der dann hoffentlich, so zeigt es die Diskussion in diesem Hause, auch eine breite Mehrheit finden wird und der etwas weiter geht als das, was die FDP mit einem Schnellschuss macht.

(Wiebke Knell (Freie Demokraten): Na, na, na!)

Denn ich glaube, wir müssen sauber arbeiten, und da geht Gründlichkeit, lieber Stefan, vor Schnelligkeit.

(Beifall CDU und SPD – Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Überflüssig!)

Denn wir wollen ein rechtssicheres Gesetz, und dabei muss man die Hessische Verfassung, das Grundgesetz, den Sonntagsschutz und die Feiertagsruhe ordentlich abarbeiten. Deshalb braucht es dafür, glaube ich, eine ausreichende Vorbereitung, und es braucht vor allem die Beteiligung der Kommunen und selbstverständlich auch des Handels.

Insofern glaube ich, lieber Stefan Naas, liebe FDP, auch wenn das jetzt ein Schnellschuss war, um das Thema zu belegen, ist es in der Sache richtig, dass wir uns damit beschäftigen. Wir wollen aber die Sonn- und Feiertagsruhe nicht aushebeln. Wir wollen damit auch klarstellen, dass das Regel-Ausnahme-Verhältnis bei der Öffnung dieser Verkaufsstellen künftig im Unterschied zur generellen

Sonntagsöffnung gewahrt bleibt. Das ist eine Diskussion, die wir auch im Einzelhandel führen. Wir reden von den vier verkaufsoffenen Sonntagen, da ist die Hürde deutlich höher.

Das hier ist im Unterschied dazu vom Gesetzgeber in Hessen zu regeln. Dafür werden wir als Koalition einen entsprechenden Gesetzentwurf einbringen. Wir wollen die soziale Wirklichkeit anerkennen. Wir wollen die geänderte Arbeitswelt anerkennen, das Freizeitverhalten, und wir wollen vor allem die Grundversorgung in den ländlichen Räumen, aber nicht nur in den ländlichen Räumen, sondern auch in den Ballungsräumen künftig sicherstellen.

(Beifall CDU und SPD)

Dabei gilt es, kirchliche Feiertage zu schützen. Auch das will ich für uns unterstreichen. Wir werden alle – Kirchen, Kommunen, Einzelhandel – in den Beteiligungsprozess einbeziehen.

Deshalb will ich schließen: Wir bestimmen nicht die Veränderungen in der Gesellschaft, aber wir bestimmen die Reaktion. In diesem Punkt, das kündige ich an, werden wir eine entsprechende Gesetzesänderung seitens der Koalition auf den Weg bringen. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und SPD)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Als Nächster hat der Abgeordnete Matthias Körner von der SPD-Fraktion das Wort.

Matthias Körner (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde, mein Vorredner hat das Spannungsfeld sehr schön aufgezeigt. Der eine oder andere wird mich vielleicht aus der Vergangenheit aus der Rolle als Gewerkschafter kennen, in der ich eher flammende Reden für den Erhalt des Sonntags gehalten habe, die ich hier möglicherweise gar nicht halten muss, weil das Gericht schon ausgeführt hat, dass der Schutz der Arbeit und des arbeitsfreien Sonntags für das Verkaufspersonal im vorliegenden Fall erfüllt ist und man das nicht zum Gegenstand der Entscheidung gemacht hat.

Das Ziel des Arbeitnehmerschutzes sei erreicht, heißt es im Urteil. Allerdings heißt es auch weiter: Die Arbeit am Sonntag ist nicht der einzige schutzwürdige Aspekt des Ladenöffnungsgesetzes.

Die gegebene Aufgabe ist also schwierig. Vordergründig geht es um einen Antrag der Kollegen und Kolleginnen von der FDP.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Gesetzentwurf!)

– Sehr richtig. Vielen Dank. – Aber auch der kommt nicht irgendwoher. Mittelbarer Anlass ist die Entscheidung des VGH zu den Verkaufsmodulen. Indirekt dürften auch die Festlegungen des Koalitionsvertrags zur Motivation beigetragen haben.

Im Koalitionsvertrag haben wir uns festgelegt. Dort heißt es:

„Gemeinsam mit Vertretern der Wirtschaft, Gewerkschaften und Kirchen“

– ich würde hinzufügen: vielleicht auch noch der Kommunen –

„wollen wir die Sonntagsöffnung für voll automatisierte Verkaufsflächen ..., die an Sonntagen ohne den Einsatz von Personal auskommen, ergebnisoffen“

– aha –

„prüfen.“

Um die Versorgung insbesondere im ländlichen Raum zu verbessern, wollen wir das Ladenöffnungsgesetz ändern. – Damit ist also ein Weg vorgezeichnet. Es wird eine Auseinandersetzung mit den Verkaufsmodulen geben, und der Wille für die rechtssichere Regelung ist formuliert.

(Lebhafter Beifall SPD – Beifall CDU)

Es ist auch eine gewisse Eile vonnöten. Im Augenblick ist die Unruhe groß. Aus den Kommunen erreichen uns Resolutionen. Es gibt Beschlüsse. Kommunale Parlamente sind in Aufruhr, und wer die Pressemeldungen der letzten Tage verfolgt hat, konnte sehen, dass vor allem dort, wo man mit den Verkaufscontainern eine Verbesserung der Versorgung im ländlichen Raum verbunden hat, die Sorge groß ist.

Genauer gesagt, ist die Sorge groß, dass die Betreiber der Module das Interesse am Betrieb verlieren, wenn sie nicht mehr rechtssicher sonntags öffnen können. So konnte man etwa den Vorsitzenden des Seniorenbeirats Bad Vilbel, Klaus Arabin, zur Rechtslage dahin gehend zitiert finden:

„Das ist ein Rückschlag für alle Ebenen ... im Bemühen [um] Lösungen für die Nahversorgung ...“

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Recht hat er!)

Aber vorhin ist es auch von Ihnen angemerkt worden: Jemand hat die Stadt Fulda angeschwärzt. Das waren sozusagen Ihre Ausführungen.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Angeschwärzt muss die nicht werden!)

– Eben, das würde ich auch sagen.

(Heiterkeit und Beifall SPD und CDU)

Selbst wenn es so gewesen sein sollte, wofür sich nicht wirklich ein Beleg findet, halte ich es persönlich für ein interessantes Rechtsstaatsverständnis: wenn jemand dafür sorgen wollte, dass ein Sachverhalt in diesem Land geklärt wird. Aber das ist eine andere Frage.

Eigentlich ist in diesem Zusammenhang nichts eindimensional. Eigentlich ist überhaupt nichts einfach. Dieses Haus diskutiert die Frage der Sonntagsöffnung gewiss nicht zum allerersten Mal, und auch nicht zum ersten Mal wird klar, dass es keine schnelle und keine einfache Lösung gibt.

Das Urteil selbst ist deutlich. Es führt aus, dass ich für den Eingriff in den Sonntagsschutz gute Gründe brauche. Es führt auch aus, dass es gleichlautende Regelungen im Grundgesetz und in der Hessischen Verfassung gibt. Das Urteil leistet sogar eine Abgrenzung zum Verkaufsautomaten an der Wand um die Ecke. Offensichtlich ist also ein hinreichendes Schutzniveau abverlangt.

Der Entwurf der FDP greift das in einem Punkt auf, indem er die Begrenzung der Verkaufsfläche vorgeschlagen hat. Dieser Gedanke sollte im weiteren Verfahren auf gar keinen Fall verloren gehen.

Wir werden darüber hinaus Fragen der eventuellen Belieferung betrachten. Das Verkaufspersonal sind nicht die einzigen Beschäftigten. Übrigens habe ich genau zu dieser Frage eine Zuschrift eines konkret betroffenen Bürgers heute Morgen erhalten.

Die Umgebungskonkurrenz wird eine Rolle spielen müssen. Niemand kann ernsthaft wollen, dass der Rationalisierungsvorteil im Modul in A-Dorf den letzten Kaufmann in B-Stadt dazu motiviert, seinen Laden endgültig zuzumachen.

(Lebhafter Beifall SPD – Beifall CDU)

Man kann nicht am Sonntag auf der Bauerndemo den Bauern Unterstützung zusagen und ihnen dann die Konkurrenz in Form des Containers vor den Hofladen stellen.

Aber möglicherweise ist genau das der Lösungsansatz. Immer dort, wo aktuell am engagiertesten diskutiert wird, geht es um die Nahversorgung in Gegenden, wo der letzte Kaufmann schon lange aufgegeben hat, wo mit den Automaten die Hoffnung verbunden ist, dass man nicht mehr länger abgehängt ist. Art. 26d der Landesverfassung beauftragt uns mit der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse. Ich glaube, dass geprüft werden muss, ob das ein Weg zum rechtssicheren Betrieb sein kann.

(Lebhafter Beifall SPD – Beifall CDU)

Wenn ich hier Schwierigkeiten beschreibe, dann nicht, weil ich diese Schwierigkeiten so sehr mag, sondern weil ich Lösungen finden möchte. Ich tue es nicht, um die Lösung am Ende zu verhindern. Um es andersherum zu formulieren: Wenn ich unbedingt verhindern will, dass es zu einer sonntäglichen Öffnung der Verkaufscontainer kommt, dann nehme ich diesen Entwurf an, hole mir eine Tüte Popcorn und warte im weiteren Verlauf ab, wie die Regelung von den Gerichten wieder eingesammelt wird.

(Lebhafter Beifall SPD – Beifall CDU)

Wir müssen vermeiden, dass aus dem Willen zu schnellen Entscheidungen Regelungen resultieren, die der gerichtlichen Prüfung nicht standhalten. Wenn wir ernsthaft Ziele verfolgen, dann müssen wir uns in der gebotenen Eile Zeit für ein ausgewogenes und rechtssicheres Gesetz nehmen.

(Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

– Es geht nicht um Mut, sondern um Qualität. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall SPD – Beifall CDU)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Das war die erste Rede des SPD-Abgeordneten Matthias Körner.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Auch Ihnen möchte ich im Namen des ganzen Hauses gratulieren.

Nun darf ich der Landesregierung das Wort geben. Frau Staatsministerin Hofmann, Sie haben das Wort.

Heike Hofmann, Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Hessische Ladenöffnungsgesetz hat schon mehrfach das Haus beschäftigt, schon in der vergangenen Wahlperiode und davor.

Die gesamtgesellschaftliche, nicht nur die verfassungsrechtliche Debatte darum hat jetzt Dynamik erfahren durch die voll automatisierten Verkaufsmodule – es ist schon angesprochen worden –, die kleinen teo-Läden, und die entsprechende VGH-Rechtsprechung.

Ich will für die Landesregierung, aber auch für die regierungstragenden Fraktionen deutlich machen, dass uns die Vielschichtigkeit dieses Themas sehr bewusst ist: auf der einen Seite die verfassungsrechtlich hohen Vorgaben, übrigens auch in einer verfestigten Rechtsprechung, die jetzt Eingang gefunden hat in die jüngste VGH-Rechtsprechung, auf der anderen Seite das Grundgesetz, die Hessische Verfassung und die gesellschaftspolitische und die gesellschaftliche Veränderung.

Es ist eben schon angesprochen worden, dass es zum einen neue Einkaufsstrukturen gibt, dass sich insgesamt das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger – ihr Konsumverhalten, aber auch ihr persönliches Verhalten – auch an Sonn- und Feiertagen verändert hat. Es ist in der Tat so, dass der eine oder andere sagt: Ich nutze das in der Tat und empfinde solch kleine Märkte, also voll automatisierte Verkaufsmodule, sogar als Bereicherung in meinem Dorf bzw. in meinem Ort.

Damit sich hier nicht irgendwelche Legenden verfestigen, sage ich noch einmal ganz klar: In dem Koalitionsvertrag zwischen der SPD und der CDU steht etwas ganz klar. Ich darf das zitieren:

„Um die Versorgung insbesondere im ländlichen Raum zu verbessern, wollen wir die Sonntagsöffnung für voll automatisierte Verkaufsflächen, die an Sonntagen ohne den Einsatz von Personal auskommen, durch eine Änderung des Hessischen Ladenöffnungsgesetzes ermöglichen.“

Herr Kasseckert hat eben für die die Regierung tragenden Fraktionen einen entsprechenden Gesetzentwurf schon angekündigt.

(Beifall CDU und SPD)

Herr Dr. Naas, das war schon ein bisschen kühn. So à la FDP haben Sie, um dem eigenen Image gerecht zu werden, behauptet, dass Sie, so sinngemäß, quasi ein Innovations-treiber seien. Ich kann Ihnen deutlich sagen: Wir brauchen da für die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger Rechtssicherheit. Wir würden ihnen einen Bärenienst erweisen, wenn wir hier ein verfassungswidriges Gesetz beschließen würden und keiner dann wirklich weiß, woran er ist. Wir würden der Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern damit einen Bärenienst erweisen.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Deshalb sage ich Ihnen deutlich: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. – Das wurde schon angesprochen: Wir gehen das Thema jetzt natürlich mit Nachdruck an.

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Frau Ministerin, lassen Sie eine – –

Heike Hofmann, Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales:

Nein, ich möchte das jetzt gerne entsprechend ausführen. – Ich möchte hier den ganzen Rahmen noch einmal benennen, in dem wir uns gerade bewegen. Die Hessische Verfassung gibt ganz klar vor, wie die Sonn- und Feiertagsruhe auszugestaltet ist. Da ist eine gründliche Abwägung vorzunehmen.

Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat mit seiner Rechtsprechung immer deutlich gemacht, dass es nicht nur um den Arbeitnehmerschutz geht, sondern dass es auch um den Schutz der restlichen Bevölkerung geht. Das wurde in dieser Debatte noch gar nicht klar benannt. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat auch gesagt, dass die Sonntage und die staatlich anerkannten Feiertage Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung sind und dass sie zu schützen Verfassungsrang hat.

(Vereinzelter Beifall CDU und SPD)

Erinnern Sie sich einmal daran. Der eine oder der andere dieses Hauses hat sich schon mehr mit diesem Thema beschäftigt. Sie wissen daher sehr genau, dass wir da einen sehr engen verfassungsrechtlichen Rahmen haben. Es gilt jetzt zu prüfen, inwieweit man diesen nutzen und ausschöpfen kann.

Der Hessische Verwaltungsgerichtshof hat auch ausgeführt, dass es dabei unerheblich ist, ob bei dem Kaufvorgang Personal dabei ist. Er hat gesagt, dass auch die voll automatisierten Verkaufsstände unter den Anwendungsbereich des Hessischen Ladenöffnungsgesetzes fallen. Damit gibt es da entsprechenden Schutz.

Interessant ist übrigens auch, dass der Hessische Verwaltungsgerichtshof gleichermaßen gesagt hat, dass man diese voll automatisierten Verkaufsstellen nicht mit dem Onlinehandel vergleichen kann. Ich darf den Hessischen Verwaltungsgerichtshof zitieren:

„Insbesondere habe der Onlinebestellvorgang keinerlei Außenwirkungen und sei daher nicht geeignet, die Sonn- und Feiertagsruhe der übrigen Bevölkerung zu beeinträchtigen.“

Das heißt, eine Vergleichbarkeit mit dem Onlinehandel ist nicht gegeben. Ich sage Ihnen klar, dass es einen entsprechenden Sachgrund geben muss. Deshalb bedarf es einer sorgfältigen Abwägung. Übrigens ist es dabei nicht relevant, ob wirtschaftliche Interessen im Raum stehen. Es muss ein dringender Versorgungsbedarf gegeben sein, um gesetzgeberisch im Rahmen der Verfassung handeln zu können.

Ich sage Ihnen deutlich: Ja, wir gehen das Thema beherzt an. Es wird einen entsprechenden Gesetzentwurf der die Regierung tragenden Fraktionen geben.

(Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann? – Gegenrufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Alsbald!)

Aber niemandem wäre mit einer Regelung geholfen, die vor Gericht keinen Bestand hat.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Damit wäre niemandem geholfen. Deshalb sage ich Ihnen deutlich: Es gilt Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Die Landesregierung wird diesem Haus einen entsprechenden Gesetzentwurf nach sorgfältiger Prüfung vorlegen.

(Beifall CDU und SPD – Zuruf AfD: In drei Jahren!
– Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Alsbald!)

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Frau Ministerin, vielen Dank.

Damit sind wir am Ende der ersten Lesung des Gesetzentwurfs Drucks. 21/36 angekommen und überweisen ihn zur Vorbereitung der zweiten Lesung dem Arbeits- und Sozialpolitischen Ausschuss.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 21** auf:

Antrag Aktuelle Stunde**Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Hessen braucht keine zehnspurigen Los-Angeles-Highways – welche Position vertritt eigentlich die Landesregierung?

– Drucks. 21/67 –

Gemeinsam damit wird **Tagesordnungspunkt 28** aufgerufen:

Dringlicher Antrag**Fraktion der AfD**

30 Autobahnprojekte jetzt umsetzen: 10 Jahre Stillstand im Straßenneubau sind genug!

– Drucks. 21/107 –

Hinzu kommt **Tagesordnungspunkt 33**:

Dringlicher Antrag**Fraktion der Freien Demokraten**

Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist wesentlicher Standortfaktor

– Drucks. 21/114 –

Es wurde eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vereinbart. Das Wort erhält zunächst Frau Abgeordnete Walther für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Katy Walther (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie erwarten sicherlich eine Rede zur Verkehrswende. Ich werde aber über den Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in die Politik reden, den Sie, Herr Mansoori, beim Thema A 5 mit zu verantworten haben. Noch vergangenes Jahr haben Sie als Bundestagsabgeordneter der SPD-Fraktion das Planungsbeschleunigungsgesetz mit beschlossen und die Entscheidung der schwarz-grünen Landesregierung bejubelt, den Ausbau der A 5 nicht aufzunehmen. Ich zitiere:

„Eine bahnbrechende Entscheidung! Wir haben uns für die Anwohnerinnen und Anwohner durchgesetzt: Der umstrittene Plan zur Beschleunigung des A-5-Ausbaus ... wurde gestoppt.“

Doch schon kurz danach scheinen Sie es sich anders überlegt zu haben. Denn als Bezirksvorsitzender der SPD haben Sie nur zwei Monate später einen Koalitionsvertrag verhandelt und auf einem Parteitag abgestimmt, auf dessen

Grundlage der zehnspurige Ausbau der A 5 als Wunsch der schwarz-roten Landesregierung nachgemeldet wird.

Ihr erstes großes Interview als Verkehrsminister in der „Frankfurter Rundschau“ lässt einen dann noch etwas ratloser zurück. Dort wurden Sie von Frau Rippegather und Herrn Hanning Voigts gefragt:

„Im Koalitionsvertrag heißt es, Hessen wolle allen Autobahnprojekten zustimmen, die der Bund beschleunigt realisieren will. Betrifft das auch den zehnspurigen Ausbau der A 5?“

Ich zitiere Ihre Antwort:

„Das betrifft erst mal die Projekte, die ursprünglich Teil dieser Beschleunigungsliste sein sollten. Wir werden das Bundesverkehrsministerium zeitnah anschreiben. Gegen den zehnspurigen Ausbau der A 5 habe ich mich bereits klar positioniert, den halte ich für aus der Zeit gefallen. Als hessischer Verkehrsminister bekomme ich jetzt vielleicht endlich mal die Machbarkeitsstudie vom Bund, auf die ich als Bundestagsabgeordneter vergeblich gewartet habe. Dann werden wir uns das noch mal genauer anschauen.“

(Zuruf SPD: Die wollen wir gerne haben!)

Herr Mansoori, ich bin Germanistin. Ich habe mich in meiner Magisterarbeit mit Antworten der Politikerinnen und Politiker in Talkshows und Interviews beschäftigt.

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es tut mir wirklich leid: Das ist keine Antwort, das ist eine Nebelkerze.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Mansoori, was wollen Sie sich anschauen? Sie tragen den Vertrag mit, in dem die Entscheidung steht. Warum sagen Sie den Menschen nicht, was Sie vorhaben? Soll die A 5 zum Los-Angeles-Highway ausgebaut werden? Sollen damit die Menschen im Frankfurter Westen die deutschlandweit erste zehnspurige Autobahn bekommen? Haben Sie vor, sich als Verkehrsminister Hessens für die Menschen im Rhein-Main-Gebiet einzusetzen, die schon heute stark belastet sind? Oder stimmt der Eindruck, den die Bürgerinitiativen über Sie haben? Ich zitiere:

„Die vor den Wahlen verkündete Ablehnung des A-5-Ausbaus durch die Frankfurter SPD und die AG Frankfurt West der CDU ist damit vom Tisch. Sie galt nur für den Wahlkampf – oder war jedenfalls nicht wichtig genug, um sie am Ende in den Koalitionsverhandlungen auch wirklich durchsetzen zu wollen. Dieser kaltschnäuzige Wortbruch empört uns, auch wenn er uns leider nicht überrascht. ... Man sagt ‚Sanierung vor Neubau‘, möchte aber Autobahnerweiterungen beschleunigen. ... Man sagt ‚Lärmschutz ...‘, ist aber gegen ein Tempolimit.“

Nun zu euch, liebe CDU – ich behalte das Du an dieser Stelle einmal bei, weil es in der Rede auch wichtig ist –: Ihr redet von einer „Renaissance der Realpolitik“. Entschuldigt bitte, dass ich nachfrage. Aber haben wir als Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker nicht wegen der Wis-sing-Liste zusammengesessen?

(Zurufe AfD: Oh!)

Haben Heiko Kasseckert, Jörg Michael Müller und wir uns diese Liste nicht angeschaut, sind wir sie nicht Projekt für Projekt durchgegangen, und hatten wir nicht gute Gründe, das Beschleunigungsangebot für die zehnspurige A 5 abzulehnen?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich zitiere aus unseren Beschlüssen: Zwischen Nordwestkreuz und Friedberg sei eine bauliche Realisierung von acht Fahrstreifen mit Lärmschutz zustimmungsfähig, der zehnstreifige Ausbau werde abgelehnt. Vom Westkreuz zum Nordwestkreuz und vom Frankfurter Kreuz bis zum Westkreuz sei die Bestandsstrecke achtstreifig. Auch hier lehne das Land zehn Spuren ab.

Weiter heißt es:

„Ein Lärmschutz für die Anwohnerinnen und Anwohner sollte ohne einen weiteren Ausbau ... umgesetzt werden. Wir sind überzeugt, dass der Umbau von Westkreuz und Nordwestkreuz die verkehrliche Situation dort ... entspannen wird ...“

War das nicht Realpolitik, die Belange der Wirtschaft und die Belange der Menschen unter einen Hut zu bringen?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde, das ist die beste Realpolitik, die es gibt – alles andere ist Ideologie.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle reden dieser Tage über die Krise der Demokratie und den Vertrauensverlust von Menschen in die Politik. Mit Ihrem Verhalten bei diesem Thema tragen Sie daran eine Mitschuld.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Vielen Dank. – Als nächster Redner hat sich Herr Ziegler von der SPD zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Maximilian Ziegler (Vogelsberg) (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin neu im Landtag und habe dadurch das Glück, einiges aus einer anderen Perspektive betrachten zu können – vor allem, wenn es darum geht, was in der vergangenen Legislaturperiode passiert ist. Darüber hätten Sie auch einmal sprechen können, Frau Walther.

(Vereinzelter Beifall SPD – Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat sie doch!)

Bei der Vorbereitung zu dieser Rede bin ich selbstverständlich auf die Kommission „Mobilität der Zukunft in Hessen 2030“ gestoßen. Da fragt man sich als quasi Ex-Außenstehender: Was ist hier eigentlich schiefgelaufen? Da setzen sich erwachsene Menschen zusammen, um die Mobilität in Hessen zu verbessern. Aber irgendwie hat man das Gefühl, dass da nichts passiert ist. Oder, wie es auf der Seite der „hessenschau“ so schön dazu steht: „Die einen spüren Rückenwind, die anderen nur heiße Luft.“

Ich war nun selbst jahrelang Pendler: Schön ist das Pendeln in Hessen nicht, egal, ob im Auto oder mit der Bahn. Das steht mal fest, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU und Freie Demokraten)

Also fragt man sich, warum hier eigentlich, außer ein paar Floskeln, nichts passiert ist. Ich meine, es gab immerhin den einen oder anderen Erkenntnisgewinn. Es geht in Hessen nicht darum, möglichst schnell Autobahnen zu bauen oder zu erweitern, sondern es geht darum – wie der Kollege Tobias Eckert so schön sagte –, Mobilität vernetzt zu denken.

(Zuruf Freie Demokraten: Ah!)

Was bedeutet das? Ich wohne auf dem Land. Wenn ich mit der Bahn von Wiesbaden nach Hause fahren würde, dann bin ich noch lange nicht angekommen, wenn ich am letzten Bahnhof in Lauterbach aussteige. Dann suche ich nämlich erst einmal einen Bus. – Und so geht es Tausenden von Pendlerinnen und Pendlern in Hessen: Jeden Tag ein kleines Abenteuer, und das belastet nicht nur die betroffenen Menschen, es belastet auch die Umwelt.

Deshalb finde ich, dass Ihre Frage der Aktuellen Stunde nicht fertig gestellt ist. Autobahnen, öffentlicher Nahverkehr, Landesstraßen, Radwege, Verkehrsvermeidung – das können wir doch nicht alles einzeln diskutieren.

(Beifall SPD)

Erklären Sie das einmal einem Pendler, der gerade im Stau steht. Der wird nicht Ihr Freund, das kann ich Ihnen versprechen.

Ja, wir haben im Koalitionsvertrag stehen, dass wir den beschleunigten Autobahnausbau für alle hessischen Projekte wollen, und ja, die SPD will keinen zehnspurigen Ausbau der A 5. Herr Verkehrsminister Mansoori hat doch als Abgeordneter eine Pressemitteilung formuliert – es wurde erwähnt –, die noch auf seiner Homepage zu finden ist, und die SPD steht dahinter.

(Miriam Dahlke und Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hä?)

Es ist doch unsere Aufgabe, Politik für die Menschen in Hessen zu machen. Die Enquetekommission „Mobilität der Zukunft in Hessen 2030“ hätte doch eine Chance sein können. Die klaren Handlungsempfehlungen aber bleiben aus – und das, obwohl Ihre Partei, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, an der Quelle saß.

So, nun habe ich die Perspektive gewechselt und sitze wieder mit Ihnen in einem Boot. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich will etwas verbessern, zum Beispiel, dass der Riederwaldtunnel oder die Niddertalbahn oder die Rheinvertiefung vollendet werden. Wir brauchen einen verbesserten Lärmschutz an vielen Stellen der Autobahnen, eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und auf das Wasser. Über ein besseres Baustellenmanagement wollen wir in Zukunft mehr Staus verhindern. Wir wollen Dörfer und kleinere Städte genauso beim Ausbau der Mobilität behandeln, wie wir die Ballungsräume behandeln. Vor allem aber betrachten wir die dringend notwendige Verkehrswende als Ganzes und nicht nur in kleinen Stücken.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Tobias Eckert hat in einer Pressemitteilung im Juni letzten Jahres dazu geschrieben: „Jede künftige Landesregierung in Hessen wird in der Verkehrs- und Mobilitätspolitik neue

Weichenstellungen vornehmen müssen.“ So sieht es wohl aus. – Vielen Dank.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Vielen Dank. – Das war die erste Rede von Herrn Ziegler. Herzlichen Glückwunsch.

(Allgemeiner Beifall)

Als Nächsten bitte ich den Abgeordneten Schwaier von der AfD zum Rednerpult.

Olaf Schwaier (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Werte Gäste, die bis zu diesem Zeitpunkt durchgehalten haben: Schön, dass Sie da sind.

Zehn Jahre grüne Verkehrspolitik in Hessen waren zehn Jahre Stillstand, insbesondere im Straßenneubau,

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Ach du liebe Zeit!)

zehn Jahre Schlaglochpisten auf den Landesstraßen und in vielen Städten, zehn Jahre baufällige Brücken, die nicht saniert wurden. Symptomatisch für den Zustand in unserem Land war das Debakel Salzbachtalbrücke oder das Debakel in Niedernhausen.

(Beifall AfD)

Es ist schon kurios: Genau die Partei, die dem Auto den Kampf angesagt und den zeitgemäßen Ausbau der hessischen Autobahnen systematisch blockiert hat, möchte jetzt aus der Oppositionsrolle heraus schon wieder blockieren.

(Beifall AfD)

Infrastrukturen erhalten, Staus reduzieren, Verkehrsfluss sicherstellen: Fehlanzeige bei den GRÜNEN.

Meine Damen und Herren, Sie erinnern sich: Sieben Projekte lehnte der vorige grüne Verkehrsminister Tarek Al-Wazir von den Wissing-Vorschlägen ab, weil sie seiner Ansicht nach nicht von überragendem öffentlichem Interesse waren.

(Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau so ist es!)

Abgelehnt wurde insbesondere der Ausbau der A 5 auf zehn Fahrspuren – Sie sprachen darüber – zwischen Frankfurt und dem Nordwestkreuz, eine der wirklich notorischen Staustrecken in Hessen. Das begründete Herr Al-Wazir dann in der „hessenschau“ am 20. Oktober 2023 so: Ihm hätten viele Leute gesagt, auch Freunde des Autofahrens – hört, hört –, dass sie Verhältnisse wie in Los Angeles im Rhein-Main-Gebiet nicht wollten.

Wir wissen nicht, mit wem Herr Al-Wazir gesprochen hat. Hätte er die Pendler gefragt, die tagaus und tagein auf der A 5 im Stau stehen, wäre die Antwort sicher ganz anders ausgefallen.

(Beifall AfD)

Es ist schon erstaunlich, sind doch die Ziele für die 30 Wissing-Projekte völlig klar definiert: mehr Verkehrssicherheit, Verbesserung des Verkehrsflusses, Vermeidung

von Staus und von Unfallschwerpunkten. Aber die GRÜNEN wollen das anscheinend nicht.

Meine Damen und Herren, wir sind ein bedeutendes Transitland. Das Autobahnnetz durch Hessen im Verbund mit dem Flughafen Frankfurt und dem hessischen Schienenetz trägt maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg unseres Bundeslandes bei. Deshalb ist doch ganz klar, was hier in Hessen zu tun ist: Der Autobahnausbau muss kommen, und zwar so schnell wie möglich.

(Beifall AfD)

Denn die Dauerstaus auf der A 5, der A 3, der A 67 bei Darmstadt, der A 66 bei Wiesbaden und der A 661 bei Bad Homburg können wirklich keinen Auto- oder Brummifahrer mehr rocken. So verspricht die schwarz-rote Landesregierung jetzt auch, alle 30 Autobahnprojekte mit hoher Priorität realisieren zu wollen. So steht es jedenfalls im Koalitionsvertrag und – Überraschung – auch im Landtagswahlprogramm der AfD.

(Beifall AfD)

Hoffentlich ist dies aber nicht nur Teil einer Ankündigungspolitik der neuen Landesregierung. Deswegen fragen wir Sie auch dezidiert nach dem Zeitplan. Den haben Sie hoffentlich bereits mit dem Bundesverkehrsministerium abgestimmt.

(Zuruf AfD: Als bald! – Heiterkeit und Beifall AfD)

Für grüne Politiker ist allerdings jeder neu gebaute Autobahnkilometer offenbar ein Highway to Hell. Da hilft dem geplagten hessischen Autofahrer nur eines: AC/DC auflegen und an die GRÜNEN denken.

(Heiterkeit und Beifall AfD)

Er kann sich dann darüber freuen, dass jetzt in Hessen blaue Verkehrspolitik durch Schwarz-Rot umgesetzt werden soll. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Meine Damen und Herren, das war die erste Rede von Herrn Schwaier.

(Beifall AfD, vereinzelt CDU und SPD)

Nun hat Abgeordneter Müller (Lahn-Dill) von der CDU das Wort. Bitte schön.

(Beifall CDU)

J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin von den GRÜNEN, die Frage, die Sie im Titel der Aktuellen Stunde gestellt haben, haben Sie nicht mehr gestellt, als Sie hier gestanden haben, nämlich: Welche Position vertritt die Landesregierung? – Die Landesregierung und die Koalition vertreten die Position, dass die Hessinnen und Hessen Verkehrsprojekte bekommen, die sie von A nach B bringen, und das ordentlich, gut und schnell, egal, mit welchem vernünftigen Verkehrsmittel.

(Beifall CDU und SPD)

Deshalb braucht der Wirtschafts- und Verkehrsminister auch gar keine Nachhilfestunden. Er weiß schon sehr genau, was für dieses Land erforderlich ist.

Aber ich hatte einen Traum. Als ich den Titel Ihrer Aktuellen Stunde gelesen habe, habe ich gedacht: Na ja, möglicherweise ändert sich jetzt auch völlig überraschend die Meinung der GRÜNEN so grundsätzlich wie beim Ladenschluss. – Aber ich bin von Ihnen enttäuscht worden. Es war nur der Ladenschluss, wo Sie heute nicht mehr die Meinung haben, die Sie vorgestern hatten. Aber sei es drum. Wir freuen uns, dass wir zumindest in dem Punkt einen Fortschritt erkennen.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kollegin, Sie wissen doch ganz genau, wie es war, als wir zusammengesessen und über die Projekte diskutiert haben. Wir haben gesagt, wir wollen alle – völlig unstrittig. Sie haben gesagt, Sie wollen sehr viel weniger als das, was wir letztlich vereinbart haben. Sie können jetzt nicht so tun, als ob es schon immer Ihr Anliegen war, das alles schnell und fortschrittlich zu machen. Nein, die Anmeldung der Projekte beim Bund sollte viel geringer ausfallen, als sie jetzt ist.

(Kaya Kinkel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Deshalb sagen wir: Das ist in Ordnung, da haben wir uns geeinigt, das war die Zeit. Dazu muss man stehen, dazu haben wir auch gestanden. Aber, wie das Leben so ist, die Zeiten ändern sich.

(Zuruf Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir sind der Auffassung, dass es den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land guttut, wenn wir über Verkehrsprojekte nachdenken und überlegen, wie wir sie verwirklichen können. Und wir melden sie an. Das ist so vereinbart, das werden wir auch tun. Das heißt doch noch nicht, dass irgendetwas passiert. Wir müssen ehrlicherweise feststellen –

(Lachen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sie brauchen gar nicht so zu lachen, Herr Kollege Wagner. Sie selbst haben gesagt: Wenn wir die alle anmelden, passiert doch sowieso nichts; denn für einen Teil ist noch gar keine Planfeststellung da. – Also hören Sie auf, jetzt hier so fröhlich zu lachen. Da müssen Sie sich selbst an die Nase fassen, was Sie immer so sagen. Und das müssen Sie auch heute tun.

(Heiterkeit und Beifall CDU und SPD – Stephan Grüger (SPD): Hört, hört! – Zuruf Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist doch so: „Hessen braucht keine zehnspurigen Los-Angeles-Highways“. Ich weiß gar nicht, wer von Ihnen den Antrag geschrieben hat. In Los Angeles war er jedenfalls noch nicht. Da gibt es keinen Highway unter 20 Spuren pro Seite. Wissen Sie, Los-Angeles-Highways wollen wir nicht. Wir wollen aber, dass der Verkehr ohne Stau von A nach B kommt und die Menschen mit weniger Umweltbeeinträchtigungen zügig an ihr Ziel kommen.

(Stephan Grüger (SPD): Lärmschutz!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir alle Autos auf Elektromobilität umstellen, bleibt doch die Zahl der Autos

gleich. Es werden doch nicht weniger. Auch dann müssen die Menschen fahren, und wir müssen überlegen, wie wir das intelligent lösen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will nicht wirklich viel zur AfD sagen. Aber die Salzachtalbrücke als „Versagen der Politik“ zu bezeichnen, ist wirklich toll. Den Bohrer und den Presslufthammer hat kein einziger Minister in den vergangenen 25 Jahren in der Hand gehabt, auch nicht der Verkehrsminister Tarek Al-Wazir. Das war ein Bauarbeiter, der sich verbohrt hat.

(Lachen und Zurufe AfD – Stephan Grüger (SPD): Verbohrt sind die!)

– Natürlich, wir haben mit der Sanierung der Salzachtalbrücke gewartet. Es gab Gutachten. Wissen Sie, mit Ihrer AfD – Was heißt das noch mal? „Aus für Deutschland“.

(Robert Lambrou (AfD): „Autobahnen für Deutschland“! – Weitere Zurufe AfD)

Mit Ihrer Partei haben Sie doch immer nur eines zu tun, nämlich zu kritisieren. Sie sagen aber nie, wie es besser werden soll. Wir zeigen Ihnen jetzt, wie es besser geht. Ich bin optimistisch, dass wir in Hessen die Straßen gut gestalten werden, dass wir eine gute Wirtschafts- und Verkehrspolitik machen, wie wir auch eine Wirtschafts- und Verkehrspolitik gemacht haben, die wir mitgetragen haben; dazu stehen wir auch. Jetzt machen wir es noch ein bisschen besser. In diesem Sinne: hurra. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Ich bitte nun Dr. Stefan Naas von den Freien Demokraten an das Rednerpult.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor allem liebe Kollegin Walther, erst einmal herzlichen Glückwunsch. Befreit von allen Koalitionszwängen kann man jetzt hier die reine Lehre vertreten. In der Tat, es ist die reine Lehre der GRÜNEN gewesen. Gratulation, auch wir als Freie Demokraten lieben die Freiheit. Aber das Gedächtnis ist nicht so gut; denn vor Kurzem noch haben die GRÜNEN hier Koalitionskompromisse mitgetragen. Ich erinnere an das Tempolimit auf hessischen Autobahnen usw.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die GRÜNEN haben hier immer gesagt, wer Straßen sät, wird Verkehr ernten. Wir Freie Demokraten haben immer gesagt, wer Infrastruktur sät, wird Wohlstand ernten; und dabei bleiben wir.

(Beifall Freie Demokraten)

Deswegen kann ich Ihnen nur sagen, dass Hessen auch zukünftig eine leistungsfähige Infrastruktur braucht. Dazu gehören für uns natürlich Autobahnen, aber auch die Schiene und der Radweg, alles, was wir an Mobilität haben. Sie wissen, dass wir in den vergangenen fünf Jahren dazu sehr viele Gesetzesinitiativen in diesen Landtag eingebracht haben, weil wir die ganze Vielfalt der Verkehrsträger sichern und ausbauen wollen.

Dazu gehört für uns, dass wir das vorhandene Netz nicht nur pflegen und instand setzen, sondern dass wir es auch ausbauen. Da bin ich dem Kollegen Wissing auf Bundesebene sehr dankbar. Denn er hat die größte Ausbauoffensive gestartet, die es jemals in diesem Land gab. Sie werden überrascht sein: vor allem auf dem Gebiet der Schiene mit über 70 Milliarden Euro.

Dazu gehört aber für den Kollegen Wissing auch – das finde ich richtig –, dass wir die Autobahnen punktuell ausbauen. Deswegen haben wir uns von Anfang an – dazu stehen wir nach wie vor – für alle 30 Projekte in Hessen ausgesprochen.

(Beifall Freie Demokraten – Stephan Grüger (SPD): Und der Finanzminister findet das auch gut?)

Wenn Sie sich die prognostizierten Verkehrszuwächse in Hessen anschauen, sehen Sie auch, dass es bei allen Verkehrsträgern Zuwächse geben wird.

Ich knüpfe an das an, was eben schon gesagt wurde: Wir werden einen Zuwachs von 53 % im Straßenverkehr haben. Das bedeutet für uns Freie Demokraten in Hessen eben auch, dass wir über Nadelöhre, über die A 3, über die A 5 und die kritischen Projekte sprechen müssen, die Sie rausgenommen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist gut, dass sich die CDU dieses Mal gegen ihren kleineren Koalitionspartner durchgesetzt hat; denn die GRÜNEN haben Sie über den Tisch gezogen. Da hatten Sie das Desaster, das hier eben beschrieben wurde, nämlich, dass der hessische Verkehrsminister natürlich auf der Bremse stand. Ich finde es gut, dass es im Koalitionsvertrag eine klare Kante gibt. Wir werden Sie genau daran messen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich bin gespannt, was der hessische Verkehrsminister in seiner ersten Rede sagt,

(Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir auch!)

weil der eine oder andere Post zwar nicht gelöscht ist, man ihn aber nicht mehr aufrufen kann.

(Heiterkeit AfD – Zurufe CDU)

Wir zumindest konnten ihn nicht mehr aufrufen.

(Tobias Eckert (SPD): Die Digitalpartei!)

Die Kollegin hat die Überschriften aber schon genannt. Sie sind nach wie vor zu lesen, aber das, was darunter steht, eben nicht. Deswegen interessiert mich schon, wie Sie jetzt zu den einzelnen Projekten stehen, die Sie so massiv im Deutschen Bundestag bekämpft haben.

Mich interessiert auch, wie Sie das in Zukunft konkret umsetzen werden. Ich glaube schon, dass Sie zum Koalitionsvertrag stehen; er ist erst drei Wochen alt, das alles ist gut. Natürlich kann man im Parlament zum Koalitionsvertrag stehen, aber alles dauert dann sehr lang. Deswegen wird es sehr darauf ankommen, ob Sie das beherzt umsetzen, ob Sie endlich die Lücken im hessischen Verkehrsnetz schließen,

(Zuruf AfD: Alsbald!)

ob wir einen aktiven Verkehrsminister haben, der auch die Straße ausbaut, oder ob wir weiter auf der Bremse stehen.
– Herzlichen Dank.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich nun dem Wirtschaftsminister das Wort. Herr Staatsminister Mansoori, bitte sehr.

Kaweh Mansoori, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Abgeordnete, meine Damen und Herren! Herr Dr. Naas, der Digitalpartei FDP helfe ich gern, meine Postings zu finden. Sie alle sind noch da; das kann ich Ihnen versprechen.

(Beifall CDU und SPD – Zurufe Freie Demokraten)

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Walther, ich habe mich nach Ihrer Rede gewundert, dass der Weg von der Regierung in den Populismus manchmal ziemlich kurz ist.

(Widerspruch Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf AfD: Das geht schnell!))

Die Frage des A-5-Ausbaus ist nämlich keinehaltungsfrage; sie ist eine Rechtsfrage.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und Sie reden von Populismus?)

Die Frage der Variante des Ausbaus, der Zehnspurigkeit, hat nämlich mit dem Beschleunigungsgesetz, das Sie hier thematisiert haben, gar nichts zu tun,

(Zuruf CDU: So ist es!)

sondern diese Frage wird im Bundesverkehrswegeplan geregelt.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Die einzige Regierung, die an diesem Bundesverkehrswegeplan etwas ändern kann, ist eine Bundesregierung, getragen von SPD – zugegeben –, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; auch Ihre Partei, sehr geehrte Frau Walther, gehört ihr an.

(Stephan Grüger (SPD): Hört, hört! – Zuruf SPD: Das ist ja interessant!)

Deswegen ist völlig klar – das ist auch angesprochen worden –: Die vorherige Landesregierung hat sich nicht dafür eingesetzt, dass alle Projekte in die Beschleunigungsliste kommen.

Die neue Landesregierung hat sich vorgenommen, das Bundesverkehrsministerium zu kontaktieren, zu verhandeln und zu prüfen, wie weitere Projekte aufgenommen werden können. Ich verrate aber auch kein Staatsgeheimnis, wenn ich sage, dass das entsprechende Bundesgesetz zu ist; auch das gehört zur Wahrheit dazu.

(Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig!)

Es gibt eine Machbarkeitsstudie zum zehnspurigen A-5-Ausbau. Ich bemühe mich seit Monaten, sie zu bekommen.

Ich habe sie als Abgeordneter nicht bekommen; vielleicht bekomme ich sie als Landesverkehrsminister.

(Zuruf J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

Insofern sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt gar keine Aussagen darüber möglich, was die favorisierte Variante des Bundes betrifft. Fest steht lediglich, dass eine Kapazitätserweiterung dieses Ausmaßes allein technisch derart hohen Lärmschutz nach sich zöge, dass sie ohne Einhausung quasi kaum vorstellbar ist und schon vor diesem Hintergrund wenig Aussicht auf Realisierung hat.

(Stephan Grüger (SPD): Hört, hört!)

Es gibt also faktisch keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass die Menschen in Frankfurt in dem Zusammenhang von A 5 und Zehnspurigkeit konkret von weiterem Verkehrslärm bedroht sind. Das alles wissen Sie. Sie erwecken dennoch wider besseres Wissen den Eindruck, es sei anders, stellen mündliche Fragen, beantragen eine Aktuelle Stunde

(Zuruf Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

und machen Öffentlichkeitsarbeit. Sie dürfen das alles, weil Sie eine Oppositionsfraktion sind.

(Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist aber nett!)

Ich sage Ihnen aber auch: Die Zeiten sind zu ernst, als dass die größte demokratische Oppositionsfraktion in Hessen wider besseres Wissen die Menschen auf die Bäume treibt.

(Beifall CDU und SPD – Widerspruch AfD)

Meine Damen und Herren, wir haben im Koalitionsvertrag festgelegt, dass wir den Ausbau der Straßeninfrastruktur beschleunigen wollen.

Jetzt kommen wir zu unserem eigentlichen Dissens; denn wir wollen keinen ideologischen Kampf gegen das Automobil führen. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall CDU und SPD – Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So viel zu Populismus! – Weitere Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn Hessen ist ein Autoland. Und wir sind stolz – ich bin das auch als Wirtschaftsminister – auf die Fahrzeuge und Komponenten, die in Rüsselsheim und Baunatal hergestellt werden. Das Auto gehört zu Hessen wie Ahle Wurscht und Äppelwoi.

(Beifall CDU und SPD – Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Populismus!)

Natürlich ist klar, dass die Mobilität von morgen anders als die Mobilität von heute aussehen wird. Aber der ideologische Kampf gegen das Auto bringt nichts. Er schadet dem Klimaschutz. Er schadet der Akzeptanz. Er schadet der Erreichung unserer gemeinsamen Ziele.

Völlig klar ist: Jeder von uns hat eine Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen. Jeder von uns steht in der Pflicht, den nächsten Generationen eine intakte Umwelt und gute Lebensbedingungen zu hinterlassen. Dennoch ist das Leben in Hessen bunt und vielfältig. Dieser Vielfalt begegnet diese Koalition auch mit Respekt.

(Beifall CDU und SPD – Widerspruch Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Ich persönlich benutze das Auto im Privaten eher selten. Als Frankfurter, der in der Innenstadt lebt, habe ich das Privileg, dass mich die U-Bahn quasi alle vier Minuten von zu Hause abholt.

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Herr Minister, ich erinnere Sie an Ihre Redezeit.

Kaweh Mansoori, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum:

Ich komme gleich zum Ende. – Zwei U-Bahn-Stationen weiter kann ich auf S-Bahnen und auf Tram umsteigen. An jedem Knotenpunkt gibt es einen E-Scooter. Aber für die meisten Menschen in unserem Hessen klingt das wie pure Utopie.

(Beifall CDU und SPD)

Deswegen ist die Frage, die wir uns stellen müssen: Wie können wir ein bedarfsgerechtes öffentliches Verkehrsangebot für alle machen? Wie können wir den Schienenausbau beschleunigen? Und wie bauen wir saubere Antriebstechnologien in Hessen aus?

(Wortmeldung Katy Walther (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Pragmatismus und ein Angebot für echte Wahlfreiheit – so wollen wir in Hessen die Verkehrswende erreichen.

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Kaweh Mansoori, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum:

Nein.

(Lachen AfD und Katy Walther (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Denn nachhaltige Mobilität in Hessen wird immer bunt und vielfältig wie unser Land sein, aber sie wird nicht mit dem Kampf gegen das Verkehrsmittel gewonnen, das für die meisten Menschen in unserem Hessen unverzichtbar ist, nämlich das Auto. Deswegen fragen Sie sich nicht, wie Sie Autofahrer in noch mehr Lärm, Stau und Abgase schicken;

(Lachen Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

fragen Sie sich, was Sie konkret in den letzten zehn Jahren gemacht haben,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unverschämtheit!)

um den ÖPNV in die ländlichen Räume und zu den Menschen zu bringen. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender lebhafter Beifall CDU und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Den Fraktionen sind jetzt jeweils zwei Minuten zugewachsen. Ich habe auch

schon die ersten Wortmeldungen. Zunächst hat der Abgeordnete Dr. Naas, Freie Demokraten, das Wort. Bitte schön.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! An dieser Stelle hätte ich mir doch etwas mehr Klarheit gewünscht.

(Beifall Freie Demokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Koalitionsvertrag ist da erfrischend konkreter. Das, was Sie hier natürlich als Spagat zwischen den zwei Welten, der alten Welt und der neuen Welt, versucht haben – muss ich sagen –, ist gescheitert. Deswegen kann ich Ihnen nur sagen: An den Taten werdet ihr sie erkennen. – Das habe ich dem Altminister, darf ich sagen, Kollege Al-Wazir, auch schon immer zugerufen:

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt werden Sie aber unverschämt! – Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ex-Minister!)

an den Taten; so, wie es in der Bibel steht. – Jedenfalls ist das unser Maßstab. Wir schauen auf Ergebnisse und nicht auf die Punkte, die hier im Parlament so blumig vorgetragen werden.

Um eines würde ich Sie aber noch einmal bitten: die Seite der SPD Hessen-Süd einmal zu überprüfen und hier vor allem die Links – ich kann Ihnen auch die Liste geben –, die nicht mehr aufrufbar sind. Ich kann Ihnen auch gerne die Überschriften vorlesen. Sie sind alle gegen die CDU gerichtet. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten – Tobias Eckert (SPD): Die Digitalpartei druckt das Internet aus!)

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Ans Rednerpult bitte ich jetzt Herrn Abgeordneten Lambrou, AfD.

Robert Lambrou (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Lieber Herr Staatsminister, ich habe mich schon über Ihre Äußerung eben gewundert. Sie haben in Richtung der GRÜNEN gesagt, dass das die größte demokratische Oppositionspartei im Landtag ist.

(Stephan Grüger (SPD): Da hat er auch recht!)

Ich möchte ganz unaufgeregt feststellen: Das stimmt nicht. Das sind wir, die AfD.

(Beifall AfD)

Es hängt auch nicht an Ihnen, das zu entscheiden. Das ist eben nicht die Macht der Regierung. Der Wähler hat das entschieden. Den Wählerwillen können Sie gerne ignorieren. Die Reaktion der Wähler wird dann sicherlich eindeutig ausfallen.

Wissen Sie, ich kündige Ihnen eines an: Jedes Mal, wenn Sie hier ans Pult gehen und das sagen, komme ich hinterher. Ich werde es insgesamt einmal öfter machen als Sie. – Vielen Dank.

(Beifall AfD – Zuruf AfD: Immer zweimal mehr als du!)

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Frau Walther, registriere ich. Eigentlich sollten Sie, bevor Sie ans Rednerpult kommen, Ihren Zettel abgeben, aber wir wollen heute einmal nicht so sein. Sie haben das Wort.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Machen wir eine Ausnahme! – Lisa Gnadt (SPD): Großzügig!)

Katy Walther (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Lambrou, jedes Mal, wenn Sie hier vorne stehen, werden Ihnen ganz viele Leute entgegenstehen. Da können Sie sicher sein. Das ist die erste Bemerkung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Freie Demokraten und vereinzelt CDU – Volker Richter (AfD): Das entscheiden die Wähler!)

Dann noch einmal zu Herrn Mansoori. Ich möchte das wirklich noch einmal zitieren, weil es mich interessiert und ich es nach Ihrer Rede nicht verstanden habe:

„Eine bahnbrechende Entscheidung! Wir haben uns für die Anwohnerinnen und Anwohner durchgesetzt. Der umstrittene Plan zur Beschleunigung des A-5-Ausbaus auf zehn Spuren wurde gestoppt.“

Im Koalitionsvertrag steht, dass Sie diese Beschleunigung jetzt nachmelden wollen.

(Zuruf SPD: Ja, genau!)

Im März haben Sie auch noch zu Uwe Becker gesagt – damals Bürgermeisterkandidat in Frankfurt –:

„Die Zukunft fährt auf der Schiene, nicht auf Asphalt.“

Sie kritisieren Herrn Becker dafür, dass er „links und rechts der A 5 mehr Asphalt befürwortet“. Im Koalitionsvertrag haben Sie aber genau das jetzt selbst hinterlegt. Sagen Sie mir bitte ganz klar – ich würde Sie darum bitten –: Werden Sie die Beschleunigung des zehnspurigen Ausbaus in Berlin betreiben? Wie wollen Sie das machen, wenn das Gesetz doch beschlossen ist, wie Sie gerade selbst vorgetragen haben? – Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Als nächsten Redner bitte ich Herrn Müller (Lahn-Dill) von der CDU ans Rednerpult. Bitte schön.

J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Walther, zuhören hilft.

(Beifall Stefan Schneider (CDU))

Der Staatsminister hat wörtlich ausgeführt: Es gibt ein Gesetz. Es wird schwierig. Wenn es gemacht wird, geht es nur mit Einhausungen. – So waren seine Worte. Wenn es Einhausungen gibt, gibt es weniger Lärm – wenn es die gibt. Ob es die gibt, dazu hat er auch gesagt, dass es

problematisch ist. Er hat also alle Antworten gegeben, die Sie hören wollten.

(Katy Walther (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nee!)

Ich finde, das ist an dieser Stelle so der klassische – okay, Opposition jetzt, muss man sich einfüllen – Klamauk im Hinblick darauf,

(Zuruf Hildegard Förster-Heldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

dass man sagt: Da wurde früher etwas gesagt, und das müssen wir jetzt ununterbrochen vorhalten. – Sie haben früher auch gesagt: Ladenschluss ändern wir nicht. – Jetzt sagen Sie etwas anderes.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt doch einfach nicht! – Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo steht das denn? Woher haben Sie das denn?)

Insoweit, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat der Minister eine klare, deutliche Antwort gegeben. Es wird, wenn es wird, besser für die Bürger. Das ist das Ziel. Deshalb bin ich ihm dankbar für diese klare Aussage und auch für die Aussage: Hessen ist ein Autoland. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Meine Damen und Herren, nun liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit ist die Aktuelle Stunde, Tagesordnungspunkt 21, abgehalten.

Wir kommen zur Abstimmung über die aufgerufenen Dringlichen Anträge, zunächst den Dringlichen Antrag der Fraktion der AfD, Drucks. 21/107.

Dr. Frank Grobe (AfD):

Frau Präsidentin, wir bitten, diesen Antrag in den Ausschuss überzuleiten. – Danke.

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Sehr geehrter Herr Grobe, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wollte in dem Zusammenhang noch einmal auf unsere Geschäftsordnung hinweisen. Wir haben gemeinsam vereinbart, über die Dringlichen Anträge nach den Aktuellen Stunden abzustimmen. Daher würde ich jetzt, wenn das Ihr Votum trifft und Sie zustimmen, auch in die Abstimmung eintreten wollen.

Ich schaue einmal die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer an. – Das scheint der Fall zu sein. Ich sehe Nicken.

Dann möchte ich bitten: Wer dem Antrag Drucks. 21/107 zustimmen kann, den bitte ich um Handzeichen.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Was ist das für ein Antrag? – Robert Lambrou (AfD): Da könnt ihr zustimmen!)

– Das ist der Antrag der AfD. – Das ist Zustimmung der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das sind BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN, SPD, CDU und die Freien Demokraten. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Kommen wir zu dem Dringlichen Antrag der Freien Demokraten, Drucks. 21/114, Tagesordnungspunkt 33. Wer diesem Dringlichen Antrag zustimmt, den bitte ich um Handzeichen. – Das sind die Freien Demokraten. Wer stimmt dagegen? – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU und die AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur nächsten Aktuellen Stunde. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 22** auf:

**Antrag Aktuelle Stunde
Fraktion der AfD**

Ist die Fortsetzung des bekenntnisorientierten Islamunterrichtes mit DITIB im Sinne der hessischen Schüler?
– Drucks. 21/68 –

Dieser wird gemeinsam aufgerufen mit **Tagesordnungspunkt 27**:

**Dringlicher Antrag
Fraktion der AfD**

Rechtskonforme Beendigung der Kooperation des Hessischen Kultusministeriums mit DITIB bei der Erteilung des bekenntnisorientierten Religionsunterrichtes
– Drucks. 21/106 –

Vereinbarte Redezeit sind fünf Minuten. Als Erster spricht nun Herr Scholz von der AfD.

Heiko Scholz (AfD):

Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! „DITIB raus aus den Schulen“ ertönte es bereits im November 2023 unüberhörbar aus den Reihen der Jungen Union.

(Zuruf AfD: Hört, hört!)

Im Gegensatz zu ihrer entkernten Mutterpartei CDU hat sie erkannt, welch Schaden vielen hessischen Schülern mit der Fortsetzung der Kooperation mit dem Moscheenverband DITIB bei der Erteilung des bekenntnisorientierten Islamunterrichtes sunnitischer Ausrichtung in Hessen drohen könnte. 1.677 Schüler an 27 Grundschulen und fünf weiterführenden Schulen überlässt unsere neue schwarz-rote Landesregierung somit einem Verein, der unverändert der Weisungsgewalt der türkischen Religionsbehörde Diyanet untersteht und damit direkt dem Autokraten Erdoğan, einem glühenden Vertreter eines fundamentalistischen, sunnitischen Islams.

Erdoğan's Mission war und ist es, mithilfe von DITIB in alle Bereiche des öffentlichen Lebens und vor allem in unsere Bildungseinrichtungen hineinzuregieren und so die politische Islamisierung Hessens durch eine gezielte Beeinflussung und Indoktrination der Menschen von Kindesbeinen an voranzutreiben. Sehr deutlich wird hierzu die Ethnologie-Professorin Susanne Schröter, Direktorin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam:

„Mit der DITIB-Kooperation des Landes Hessen geraten die Kinder aus muslimischen Familien in den Einflussbereich einer von dem undemokratischen, nationalistischen und islamistischen Präsidenten der Türkei abhängigen Organisation.“

Man beachte: Um nach dem Abschluss eines deutschen Lehramtsstudiums islamische Religion in Hessen unterrichten zu dürfen, ist eine Lehrerlaubnis durch DITIB Hessen eine Grundvoraussetzung. Hierzu führt Frau Prof. Schröter aus, dass DITIB bei dieser Erteilung „keine emanzipativen Lehrkräfte“ zu wünschen schein, sondern nur solche, die einem „fundamentalistischen islamistischen Bekenntnis und einer entsprechenden Lebensführung“ folgten.

(Zuruf AfD: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren der Landesregierung, diesen sunnitischen, fundamentalistisch geprägten Lehrkräften von Erdoğan's Gnaden wollen Sie guten Gewissens unsere Schüler anvertrauen? Glauben Sie unter diesen Voraussetzungen an eine notwendige kritische Auseinandersetzung mit den ca. 200 gewaltverherrlichenden Koranversen oder der Unvereinbarkeit der Scharia mit unserem Grundgesetz? Glauben Sie allen Ernstes an die Durchführbarkeit Ihrer Ankündigung, man werde den Unterricht eng mit Unterrichtsbesuchen begleiten, um der staatlichen Verantwortung gerecht zu werden? Wie und mit wem wollen Sie das durchsetzen?

(Beifall AfD)

Wie sollen Schulleitungen, die ohnehin schon völlig am Limit sind, auch noch den Islamunterricht kontrollieren? Meine Damen und Herren, das ist reine Augenwischerei.

(Beifall AfD)

All das in einer Zeit, in der – laut dem Lehrerverbandsvorsitzenden Stefan Düll kürzlich gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ – überwiegend muslimische Schüler unsere demokratischen Grundwerte ablehnen, Judenhass, Homophobie sowie mangelnder Integrationswille zusehends den Schulalltag belasten.

Meine Damen und Herren, aufgrund dieser erschreckenden Entwicklung ist es absehbar, dass ein bekenntnisorientierter Islamunterricht unter DITIB die Radikalität sowie die soziokulturellen Spannungen an unseren Schulen nochmals verschärfen und den Schulfrieden massiv beeinträchtigen wird.

(Beifall AfD)

Mit unserem Antrag zur rechtskonformen Beendigung der Kooperation mit DITIB Hessen zeigen wir dem Hessischen Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen einen Weg auf, diesen untragbaren Bund aufzulösen. Hierzu verweise ich auf die Antwort des Kultusministeriums auf meine Kleine Anfrage, Drucks. 20/6159, vom 20. Oktober 2021. Zitat:

„Das Land behält sich vor, den Einrichtungsbescheid gegebenenfalls vollständig aufzuheben. Hierfür steht insbesondere das Instrument des Widerrufs nach § 49 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes zur Verfügung.“

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Herr Scholz, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Bitte kommen Sie zum Schluss.

Heiko Scholz (AfD):

Ich komme zum Schluss. – Auf diesen rechtskonformen Weg geht auch Christian Waldhoff in seinem Gutachten ein.

Meine Damen und Herren der Landesregierung, beenden Sie umgehend die Zusammenarbeit mit DITIB Hessen. Stellen Sie verantwortungsvolles Handeln zum Wohle unserer Schüler vor parteipolitisch verordnete Brandmauern. Stimmen Sie unserem Antrag zu. Zeigen wir gemeinsam DITIB Hessen die Rote Karte. – Herzlichen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Als nächsten Redner bitte ich Abgeordneten Wendel von der CDU ans Rednerpult. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Christian Wendel (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde und der damit verbundene Dringliche Antrag der AfD-Fraktion reihen sich in bekannte Muster ein. Es wird der Versuch unternommen, den Eindruck zu erwecken, als könnte auf eine aus mehreren Gründen äußerst komplexe Frage eine vermeintlich einfache Antwort gegeben werden. Aber es gibt auf komplexe Fragen in der Regel keine einfachen Antworten. Es gibt auf komplexe Fragen vor allen Dingen rechtskonforme Antworten. Eine solche rechtskonforme Antwort hat das Ministerium hier gegeben. Deshalb betonen wir das in aller Klarheit und in aller Deutlichkeit.

(Beifall CDU, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Wesentlichen geht es um zwei Ebenen, nämlich die verfassungsrechtliche Bewertung als Grundlage einerseits und ein daraus abzuleitendes konkretes Handeln andererseits. In der Angelegenheit – das ist uns allen bekannt – haben drei unabhängige Wissenschaftler eine erneute rechtliche Begutachtung abgegeben. Diese kommen nach eingehender Prüfung zu der Bewertung, dass DITIB Hessen weiterhin einen verfassungsrechtlichen Anspruch hat, den in Kooperation eingerichteten islamischen Religionsunterricht fortzusetzen. Das kann man gut, weniger gut oder auch schlecht einordnen, aber es geht bei diesem Teil der Bewertung eben um die Frage, wie die verfassungsrechtliche Rückbindung der Angelegenheit und damit auch einer der zentralen Grundpfeiler der Demokratie zu bewerten sind. Ein solcher Grundpfeiler der Demokratie ist zu achten. Das sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

(Beifall CDU, SPD und Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Wissenschaftler kommen ebenso zu der Bewertung, dass eine abstrakte Gefahr besteht, dass die Unabhängigkeit von DITIB Hessen nicht hinreichend gewährleistet ist, sich dieses Risiko derzeit jedoch nicht in konkreter Weise darstellt, sodass, wie vorhin beschrieben, der verfassungsrechtliche Anspruch weiterhin gegeben ist.

Deshalb ist das eine Einschränkung, die im Titel der Aktuellen Stunde nicht erwähnt wird, aber von ganz wesentlicher Bedeutung ist. Die Kooperation wird nämlich

nicht einfach weitergeführt, sondern sie wird aufgrund der derzeitigen rechtlichen Bewertung bis auf Weiteres fortgeführt. Das ist ein zentraler Unterschied. Das heißt, es gibt hier keine Automatismen, sondern die Kooperation steht unter einer verstärkten staatlichen Beobachtung. Das heißt auch, dass das Land Hessen sehr genau hinschaut, dass der unter staatlicher Aufsicht stehende Unterricht unseren demokratischen Werten entspricht.

Das Ministerium handelt hier mit großer Aufmerksamkeit für die Entwicklungen, klar in der Bewertung des verfassungsrechtlichen Rahmens und konsequent in der praktischen Vorgehensweise und hat deshalb selbstverständlich die Unterstützung der CDU-Fraktion.

Im Koalitionsvertrag von CDU und SPD bekennen wir uns klar zum bekenntnisorientierten Religionsunterricht nach Art. 7 des Grundgesetzes an den Schulen. Wir wollen sicherstellen, dass auch für muslimische Schülerinnen und Schüler ein Unterrichtsangebot zur Verfügung steht.

Darüber hinaus haben wir ein Unterrichtsangebot, welches nicht bekenntnisorientiert ist, sondern das unabhängig von Religionsgemeinschaften durchgeführt wird. Das neue Fach ist ein Angebot für Schülerinnen und Schüler, die weder am Ethikunterricht noch an einem konfessionellen Religionsunterricht teilnehmen. Es geht also darum, in einer solch komplexen Frage verantwortungsvoll und differenziert zu agieren. Das wird hier getan. Dafür braucht es den Antrag der AfD nicht. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Dr. Daniela Sommer:

Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Schleenbecker von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Katrin Schleenbecker (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, werte wenige verbliebene Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne! Ich will ein bisschen weiter ausholen, um zu begründen, warum ich es für richtig halte, auch mit Blick auf die bereits erwähnten veröffentlichten Gutachten, an einem bekenntnisorientierten Religionsunterricht in Kooperation mit der DITIB Hessen festzuhalten.

Es gab vor nunmehr 75 Jahren gute Gründe, einen bekenntnisorientierten Religionsunterricht im Grundgesetz festzuschreiben und auch in der Hessischen Verfassung zu verankern. Dieses Recht steht nicht nur Schülerinnen und Schülern mit christlich-konfessioneller Bindung zu, sondern eben auch muslimischen Schülerinnen und Schülern. Menschen muslimischen Glaubens sind ein fester Bestandteil unseres Landes, und selbstverständlich haben auch muslimische Schülerinnen und Schüler ein Recht auf Religionsunterricht.

Auch wenn wir seit Jahren aus guten Gründen darüber diskutieren, ob DITIB Hessen ein geeigneter Kooperationspartner für diesen Religionsunterricht ist, gab es nie Beanstandungen am Unterricht selbst. Dieser wird von hessischen Beamtinnen und Beamten gehalten, die in Gießen oder Frankfurt studiert haben, ihre Staatsexamen abgelegt haben und mit großer fachlicher wie didaktischer Kompetenz mit den Schülerinnen und Schülern arbeiten. Ich weise auf das Allerschärfste zurück, dass diese Lehrkräfte hier als Fundamentalisten bezeichnet werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe AfD)

In verschiedenen angekündigten wie auch unangekündigten Unterrichtsbesuchen wurde diesen Lehrkräften stets ein sehr gutes Arbeiten attestiert. Der Unterricht steht uneingeschränkt unter staatlicher Aufsicht. Er wird von 42 staatlichen Lehrkräften – deren Dienstherr das Land ist – erteilt, die nach staatlichen Kerncurricula unterrichten. Dem Kooperationspartner obliegt es dabei – genauso wie bei den anderen Religionsgemeinschaften –, auf die Übereinstimmung des Unterrichts mit den bekenntnisgemäßen Grundsätzen zu achten und den Lehrkräften die religionsgemeinschaftliche Bevollmächtigung zu erteilen. Im Kulturpolitischen Ausschuss – dort waren Sie in der Regel in den letzten Jahren anwesend – haben wir uns in den vergangenen Jahren immer wieder dazu ausgetauscht.

Nach der Aussetzung der Zusammenarbeit beim bekenntnisorientierten Religionsunterricht hat sich DITIB sehr stark auf das Land zubewegt. Auch die bereits erwähnten neuen Gutachten lassen nicht den Schluss zu, dass die Bedenken bezüglich einer potenziellen Verbindung zwischen der türkischen Regierung, der Religionsbehörde und DITIB Hessen – Stand heute – ausreichend wären, um rechtlich zu einem anderen Ergebnis zu kommen. Es ist doch als ein Erfolg anzusehen, dass sich DITIB Hessen erkennbar bemüht, transparente Strukturen aufzubauen, und sich im Dialog mit unseren staatlichen Institutionen auf die Anforderungen an eine Kooperation mit dem Land einlässt. Sollte es in Zukunft zu Erkenntnissen kommen, dass auch nur eine abstrakte Möglichkeit der Einflussnahme auf den Unterricht genutzt wird, dann werden daraus selbstverständlich Konsequenzen zu ziehen sein.

Für mich überwiegen die integrativen Vorteile eines in unseren Schulen angebotenen bekenntnisorientierten Islamunterrichts. Die Schülerinnen und Schüler werden nach guten Curricula unterrichtet. Sie haben Gelegenheit, sich über ihren Glauben auszutauschen und sich auch kritisch auseinanderzusetzen. Es findet eine Beschulung statt, auf die muslimische Schülerinnen und Schüler dasselbe Recht haben wie christliche Schülerinnen und Schüler.

In dem nachgereichten Antrag zur Aktuellen Stunde, auf den ich ansonsten jetzt nicht weiter eingehen werde, wird unter Punkt 4 klar, was die antragstellende Fraktion eigentlich will: keinen wie im Grundgesetz verankerten Religionsunterricht, sondern einen konfessionsfreien Ethikunterricht für alle Religionsgemeinschaften.

Ich erinnere an den Anfang meiner Rede. Es gab für die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes nach den Jahren der Nazi Herrschaft vor 75 Jahren gute Gründe, den konfessionellen Religionsunterricht als ordentliches Schulfach zu etablieren. Die AfD will das nun in einen Ethikunterricht überführen. Das spricht für sich. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als nächster Redner spricht Herr Abgeordneter Promny von den Freien Demokraten.

Moritz Promny (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die AfD benutzt die Aktuelle Stunde, um bereits hinreichend beantwortete Fragen wieder aufzuwärmen. Der bekenntnisorientierte Religionsunterricht ist ein grundgesetzlich verbürgtes Recht: Art. 7 Absatz 3 des Grundgesetzes bestätigt das. Dieses Recht schließt selbstverständlich auch die Schülerinnen und Schüler mit einer muslimischen Glaubenszugehörigkeit ein. Dieses Recht wird in Hessen durch die Kooperation mit bestimmten Organisationen, wie DITIB oder der Ahmadiyya-Gemeinde, umgesetzt.

Die Einflussnahme „des sich autoritär gebärdenden türkischen Präsidialsystems“ auf DITIB, wie es im aktuellen Gutachten heißt, kann nach den neuesten Erkenntnissen im Konkreten nicht bestätigt werden. Steht nun erneut zur Debatte, ob hessische Schülerinnen und Schüler mit muslimischer Glaubenszugehörigkeit ein Recht auf bekenntnisorientierten Islamunterricht haben sollen, oder welches Anliegen soll hier tatsächlich debattiert werden?

Im vergangenen Jahr haben wir uns bereits eingehend mit dem Gegenstand „Islamunterricht an unseren hessischen Schulen“ beschäftigt. Dazu wurde vom Kultusministerium ein weiteres Gutachten in Auftrag gegeben. Die Entscheidung von Herrn Lorz, den Islamunterricht bis auf Weiteres fortzusetzen, teilen wir Freie Demokraten, weil substanzielle Einflüsse im Gutachten nicht benannt werden konnten. Juristisch und sachlich bestand daher kein Zweifel an der Entscheidung. Klar ist auch: Falls ein bewiesener Einfluss vorläge, wäre klar, wie die Entscheidung ausfällt.

(Beifall Freie Demokraten)

Das Thema dieser Aktuellen Stunde zeigt daher nur eines: die latenten Islamressentiments der AfD und ihre grundsätzliche Ablehnung eines bekenntnisorientierten Islamunterrichts. Sie haben das bereits vor wenigen Wochen nach der Bekanntgabe der Entscheidung von Herrn Lorz über die Wiederaufnahme des Islamunterrichts entsprechend bekannt gegeben. Damit zeichnet die AfD bewusst eine Abkehr von unseren Bürgern mit muslimischer Glaubenszugehörigkeit in Hessen und in Deutschland. Diese negative Wirkung solcher Aussagen ist immens und stärkt nur weitere Ressentiments. Aber anscheinend wollen Sie genau das erreichen, meine Damen und Herren von der AfD.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD – Stephan Grüger (SPD): Geschäftsmodell!)

Wir Freie Demokraten wollen stattdessen den Schülerinnen und Schülern eine wirkliche Auswahlmöglichkeit bieten und befürworten daher die Ausweitung der Zahl der Kooperationspartner – über DITIB hinaus.

Als weiteren Ansatzpunkt sehen wir auch die erfolgreiche Umsetzung der deutschsprachigen Imam-Ausbildung an, wie sie bereits in anderen Bundesländern erfolgreich praktiziert wird.

Unsere Vorstellung ist die einer offenen Gesellschaft, die für Vielfalt und für Offenheit steht und die entsprechend respektiert und gefördert wird. Daher setzen wir uns für die Fortsetzung des bekenntnisorientierten Islamunterrichts mit DITIB im Einklang mit den Werten unseres Grundgesetzes ein.

Abschließend bekräftigen wir unser Engagement für ein Bildungssystem, das die individuellen Rechte und Bedürf-

nisse aller Schülerinnen und Schüler respektiert und fördert, unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als nächste Rednerin hat sich Frau Heidt-Sommer von der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet.

Nina Heidt-Sommer (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben es eben schon mehrfach gehört, aber auch ich möchte es an den Beginn meiner Rede stellen: Der ehemalige Kultusminister Prof. Dr. Lorz hat auf der Grundlage der Beratung durch unabhängige Wissenschaftler im Januar für das Land Hessen entschieden, DITIB als Kooperationspartner für den islamischen Religionsunterricht bis auf Weiteres wieder zuzulassen.

(Zuruf Dr. Frank Grobe (AfD))

Diese evidenzbasierte Entscheidung ist absolut richtig. Ich persönlich stimme auch der Bewertung zu, dass von DITIB aufgrund der Verflechtung mit der türkischen Regierung eine abstrakte Gefahr ausgehen kann. Wenn es aber keine Hinweise auf eine politische Instrumentalisierung des islamischen Religionsunterrichts gibt, gibt es auch keinen Grund, die Kooperation zum jetzigen Zeitpunkt auszusetzen.

(Beifall SPD und vereinzelt Freie Demokraten)

Meine Damen und Herren, der Hintergrund dieser Debatte ist ein anderer. Die Koalition aus CDU und SPD steht zum bekenntnisorientierten Religionsunterricht. Der von Ihnen vorgeschlagene Ethikunterricht für alle ist übrigens mit unserem Grundgesetz nicht vereinbar.

(Beifall SPD und vereinzelt Freie Demokraten)

Es gibt an den Schulen selbstverständlich christlichen Religionsunterricht, über die jüdischen Gemeinden wird jüdischer Religionsunterricht angeboten, und die demokratischen Fraktionen dieses Hauses sind sich mit Millionen Menschen, die in den letzten Wochen in Hessen und in Deutschland demonstriert haben, darin einig: Deutschland ist vielfältig.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Meine Damen und Herren, dazu gehört eine einfache Tatsache, die Bundespräsident Christian Wulff am 3. Oktober 2010 ausgesprochen hat: „Der Islam gehört zu Deutschland.“ Wir lassen uns nicht spalten.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe AfD)

Wenn wir bekenntnisorientierten Religionsunterricht anbieten, gehört dazu auch islamischer Religionsunterricht. Im Titel ihrer Aktuellen Stunde fragt die AfD-Fraktion, ob es im Interesse der hessischen Schüler liege, dass die DITIB weiter Kooperationspartner sei. Das will ich Ihnen in Bezug auf den islamischen Religionsunterricht klar beantworten: Ja, es liegt im Interesse der hessischen Schülerinnen und Schüler, dass die Vielfalt unseres Landes in allen Bereichen unseres Schulsystems abgebildet wird. Es liegt im Interesse hessischer Schülerinnen und Schüler,

dass Respekt und Wertschätzung Grundlagen des schulischen Miteinanders sind. Ja, es liegt im Interesse der hessischen Schülerinnen und Schüler, dass die Unantastbarkeit menschlicher Würde und der Gleichheitsgrundsatz das schulische Leben ganz konkret prägen.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Deshalb stärken wir als Koalition das Demokratielernen und werden uns verfassungsfeindlichen Tendenzen weiterhin ganz entschieden entgegenstellen.

Gefahren für unsere Demokratie gibt es viele. Die größte Gefahr besteht aber nach Einschätzung unserer Sicherheitsbehörden im Rechtsextremismus. Rechtsextreme versuchen fortwährend, unser Land zu spalten, und ein Mittel dazu ist, Entscheidungen, die nach rechtsstaatlichen Grundsätzen getroffen werden, zu skandalisieren und polemischen Debatten auszusetzen.

Es geht in dieser von der AfD beantragten Debatte nicht um die Frage, ob man mit allem, was DITIB fordert oder denkt, übereinstimmt. Die Entscheidung darüber, ob DITIB zum jetzigen Zeitpunkt Kooperationspartner für den Religionsunterricht ist, hat mit einem persönlichen Empfinden nichts zu tun. Diese Entscheidung bezieht sich allein darauf, ob sich DITIB als Kooperationspartner für den islamischen Religionsunterricht an die Kooperationsbedingungen hält. Das ist, wissenschaftlich unterlegt, zurzeit gegeben. Wir, die demokratischen Fraktionen in diesem Haus, werden weiter gegen Spaltung und für unseren demokratischen Rechtsstaat eintreten. – Vielen Dank.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Nun hat die Landesregierung das Wort. Herr Minister Schwarz, bitte.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Hochverehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich mache keinen Hehl daraus, dass mir die Tonlage im Redebeitrag der AfD überhaupt nicht gefallen hat. Gleichwohl gebe ich zu, dieses Thema ist nicht ganz einfach, und die Diskussion darüber ist sicherlich nicht vergnügenssteuerpflichtig. Aber die Hessische Landesregierung begleitet seit dem Schuljahr 2013/2014 den in Kooperation mit DITIB Hessen angebotenen öffentlichen Unterricht an den hessischen Schulen, und wir schauen ganz genau hin, was dort passiert, insbesondere in diesen Tagen.

Genau aus diesem Grund wurden, wie schon mehrfach erwähnt worden ist, in den letzten Monaten drei Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Mit diesen drei Rechtsgutachten war der Auftrag verbunden, zu prüfen, ob die Voraussetzungen dafür erfüllt sind, dass die Kooperation fortgeführt werden kann. Nach dem, was alle drei Gutachten ergeben haben – auch das ist zitiert worden –, wird die Kooperation bis auf Weiteres fortgeführt, wenngleich im letzten Gutachten Prof. Christian Waldhoff, der ebenfalls von Ihnen zitiert wurde, zu einem klaren Ergebnis kam: Ja, es besteht eine abstrakte Gefahr, dass die Unabhängigkeit von DITIB Hessen von der Regierung in der Türkei nicht

hinreichend gewährleistet ist, aber die Beweislast reicht nicht aus, um die Kooperation aufzukündigen.

Das bedeutet, es braucht ganz konkrete Hinweise, und die müssen juristisch eindeutig und glückenklar sein. Das ist, wie die Gutachten darlegen, auch unter Berücksichtigung der aktuellen politischen Situation – ich ziele auf die fürchterliche Lage im Nahen Osten ab – nicht der Fall. Das Waldhoff-Gutachten hat schon, wie ich sagen will, die Lage nach dem Terrorangriff dieser Schlächter, dieser Mörderbande, der Hamas, auf Israel mit berücksichtigt.

Insofern muss ich sagen: Der Einrichtungsbescheid bleibt wirksam, und natürlich hält sich die Landesregierung an Recht und Gesetz. Von daher in aller Klarheit: Das, was die AfD fordert, ist schlicht und ergreifend rechtlich nicht umsetzbar.

(Zurufe AfD: Doch, doch!)

Dass das rechtlich umsetzbar ist, geht aus keinem der Gutachten hervor. Allerdings macht das Gutachten deutlich, dass man aus staatlicher Sicht verstärkt beobachten soll, und genau das machen wir.

Dazu braucht es nachvollziehbare Vorkommnisse, die die Unabhängigkeit vom türkischen Staat gegebenenfalls infrage stellen; und wenn das so ist, entfallen die Voraussetzungen für die Kooperation. Diese Vorkommnisse müssen sich ausdrücklich nicht nur auf den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht beziehen, sondern können genauso die gesamten Bereiche des Handelns von DITIB Hessen umfassen. Insofern würde die Hessische Landesregierung in einem solchen Fall unverzüglich und sofort diese Kooperation aufkündigen. Das sage ich in aller Klarheit: unverzüglich und sofort. Deswegen: Der Widerruf bleibt eine Option, und diese Option würden wir – damit das geklärt ist – auch wählen.

(Beifall CDU und SPD – Zurufe AfD)

Ich kann Ihnen versichern, die verstärkte Beobachtungspflicht nehmen wir sehr ernst. Die in meinem Haus zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ich ganz persönlich machen das genau so, wie ich es gerade angekündigt habe. Ich habe mein Haus angewiesen, dass es im islamischen Religionsunterricht in Kooperation mit DITIB verstärkt und intensiv zu unangekündigten Schulbesuchen bzw. Unterrichtsbesuchen durch Vertreter Staatlicher Schulämter und Schulleitungen kommt und dass, wenn dort irgendetwas auffällt, unverzüglich gehandelt wird. Äußerungen der Verantwortlichen von DITIB Hessen werden genauso in den Blick genommen, wie Internetforen und Social Media kontrolliert werden. Bei Auffälligkeiten werde ich unseren hessischen Innenminister bitten – er ist für das Landesamt für Verfassungsschutz verantwortlich –, dem nachzugehen.

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Herr Minister Schwarz, ich darf Sie an die Redezeit erinnern, die für die Fraktionen vereinbart ist. Nur als Hinweis.

Armin Schwarz, Minister für Kultus, Bildung und Chancen:

Verehrte Frau Präsidentin, ich komme gleich zum Schluss. – Es ist anzuerkennen, dass es seitens DITIB Hessen jüngst unter anderem öffentliche Äußerungen zur Bedeutung der

Bekämpfung von Antisemitismus und zur Verurteilung des Hamas-Terrorüberfalls sowie ein Bekenntnis zum Existenzrecht Israels gab. Die Zusammenarbeit funktioniert.

Ich möchte nochmals in Erinnerung rufen, weshalb der islamische Religionsunterricht in Kooperation mit DITIB Hessen ins Leben gerufen wurde. Muslimische Schülerinnen und Schüler haben ein Anrecht – das wurde auch schon gesagt – auf bekenntnisorientierten Religionsunterricht: Art. 7 Absatz 3 Grundgesetz.

(Beifall SPD)

Wir sollten nicht vergessen, dass mit diesem Angebot die religiöse Bildung schlicht nicht mehr Privatsache ist, dass die Kinder und Jugendlichen aus den Hinterhöfen der Moscheen herausgeholt werden und wir insofern – das ist zu unterstreichen – mit Lehrkräften, die an deutschen Universitäten ausgebildet worden sind und beim Land Hessen beschäftigt sind, die Möglichkeit haben, in einem Unterricht mit qualifiziertem Personal tatsächlich für Integration und für gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sorgen.

Das ist unser Arbeitsauftrag als Hessische Landesregierung. Ich bitte Sie sehr, dass wir dabei zusammenhalten und diesen unterstützen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU und SPD)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Für eine zweite Runde hat sich der Abgeordnete Scholz zu Wort gemeldet. Zwei Minuten stehen den Fraktionen zur Verfügung – wer sie nutzen möchte.

Heiko Scholz (AfD):

Verehrte Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Wer lesen kann, ist klar im Vorteil; denn: Sie scheinen unseren Antrag nicht richtig gelesen zu haben, zumindest haben Sie ihn nicht verstanden. Niemand stellt den bekenntnisorientierten Islamunterricht infrage und somit auch nicht das verbrieftete Recht muslimischer Kinder auf einen entsprechenden Islamunterricht.

(Beifall AfD)

Wir haben in Punkt 4 nur gesagt, und das wurde, Entschuldigung, falsch dargestellt, dass man, wenn man nur den Ethikunterricht als rein informationellen Unterricht hat – so, wie ich das auch an meiner Schule gehandhabt habe –, gerade an Schulen mit einem Migrationsanteil von 90 % oder noch mehr, ganz klare Vorteile hat; denn unter den durch ihren Migrationshintergrund geprägten Kindern kommt es hinsichtlich der vielen verschiedenen Ausrichtungen des Islams mitunter zu verheerenden soziokulturellen Spannungen.

(Beifall AfD)

In Richtung der GRÜNEN sei gesagt: Die Bundestagsabgeordnete Lamy Kaddor hat sich ganz klar gegen den Einsatz von DITIB gewandt. Ich darf das zitieren:

„Die Verantwortung eines eigenen Religionsunterrichtes setzt eine Staatsunabhängigkeit voraus, um vertrauensvoll miteinander arbeiten zu können. Diese sehe ich bei dem hessischen Dachverband der

DITIB an vielen Stellen nicht zufriedenstellend gewährleistet.“

Das sagt eine grüne Bundestagsabgeordnete, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Übrigens, lieber Herr Staatsminister, was meine Anfrage betrifft: Ich habe es zitiert, das kommt noch von Herrn Prof. Lorz. Hier steht es eindeutig, ich darf es noch einmal zitieren.

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Herr Abgeordneter Scholz, Sie müssten schnell zitieren, wegen der Redezeit.

Heiko Scholz (AfD):

Frau Präsidentin, jawohl, ich komme sofort zum Ende.

„Das Land behält sich vor, den Einrichtungsbescheid gegebenenfalls vollständig aufzuheben.“

Hier wird § 49 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes angewandt.

(Zuruf Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Minister, wir werden Sie an Ihren Worten messen. Ich freue mich auf unsere weitere Zusammenarbeit. – Danke schön.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Stunde, Tagesordnungspunkt 22, abgehalten.

Auch hier kommen wir wieder zur Abstimmung über einen Dringlichen Antrag der Fraktion der AfD, Drucks. 21/106. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt mit Nein? – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der CDU und der Freien Demokraten. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur nächsten Aktuellen Stunde, **Tagesordnungspunkt 23:**

Antrag Aktuelle Stunde

Fraktion der CDU

Unerlässlicher Einsatz der hessischen Polizei im Kampf gegen Kinderpornografie. Moderne Methoden erhöhen Ermittlungserfolge.

– Drucks. 21/69 –

Ich gebe dem Abgeordneten Bauer das Wort.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Alexander Bauer (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Von allen Verbrechen, mit denen sich unsere Polizei beschäftigen muss und die die Gesellschaft bewegen, ist der Kindesmissbrauch wohl das erschütterndste und abstoßendste. Wir haben uns in Hessen entschieden, dem unerträglichen Leid von Kindern durch sexuellen Missbrauch

und Kinderpornografie vehement entgegenzutreten. Seit Oktober 2020 bündelt und intensiviert eine Besondere Aufbauorganisation, die BAO Fokus, die polizeilichen Maßnahmen gegen Kindesmissbrauch und Kinderpornografie in Hessen – und sie macht das sehr erfolgreich.

Die gut 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Sondereinheit, darunter 220 Ermittlerinnen und Ermittler, verfolgen ganz gezielt Sexualstraftaten an Kindern und Jugendlichen. Seit ihrer Gründung im Oktober 2020 hat diese Einheit mehr als 5.200 Durchsuchungen erwirkt, 78 Haftbefehle vollstreckt, und alleine im zurückliegenden Jahr wurden 25.000 Datenträger mit Hinweisen auf Kindesmissbrauch sichergestellt. Das sind ungeheuerliche Zahlen. Erst vor wenigen Tagen konnten Sie der Presse entnehmen, dass diese Einheit auch Mitte Januar die Wohnungen von 75 Beschuldigten durchsuchte.

Meine Damen und Herren, es ist kaum vorstellbar: Laut Statistik könnte jedes fünfte Kind schon einmal Opfer von sexualisierter Gewalt gewesen sein. Das entspricht, umgerechnet, im Durchschnitt sechs Kindern pro Schulklasse. Eine aktuelle Studie der Universität Frankfurt zeigt, dass fast jeder zweite Täter aus der Familie stammt: Väter, Stiefväter, Großväter, Onkel und Brüder werden genannt; bei 10 % der Fälle waren sogar Mütter mitschuldig.

Meine Damen und Herren, das ist ungeheuerlich, und bei diesen teils sehr aufwendigen Ermittlungen zur Strafverfolgung pädophiler Täter sind natürlich die ganzen Arbeitsschritte für die Beamtinnen und Beamten auch physisch und psychisch sehr belastend. Deshalb unterstützen wir Christdemokraten diese herausfordernde Arbeit mit allem, was notwendig ist.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Wir anerkennen diese schwierige und belastende Arbeit unserer Polizei mit einer Erschwerniszulage. Das ist nur ein symbolischer Betrag, aber es ist eine Anerkennung für diese Arbeit und eine Wertschätzung, meine Damen und Herren.

Wir sorgen auch für modernste Arbeitsmittel. Wir haben im Haushalt dafür den finanziellen Rekordrahmen von 18,8 Millionen Euro bereitgestellt. Wir haben für die Aufstockung der BAO Fokus weitere 50 neue Stellen geschaffen, und das Hessische Landeskriminalamt und der Innovation Hub 110 des hessischen Präsidiums für Technik haben gemeinsam eine moderne Forensikplattform geschaffen, um Kinderpornografie noch besser bekämpfen zu können. Daten können somit schneller und zielgerichteter ausgewertet werden. Das ermöglicht es uns in Hessen, erfolgreich zu arbeiten, Täternetzwerke zu enttarnen, die Täter schneller festzunehmen und Missbrauch von Kindern zu unterbinden und zu verhindern. Das ist unser Ziel, und wir kommen diesem Ziel mit hervorragenden Mitarbeitern auch immer ein Stück näher.

(Beifall CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, was kann denn wichtiger sein als der Schutz von Kindern vor skrupellosen Peinigern? Nichts kann wichtiger sein. Der sexuelle Missbrauch von Kindern und dessen Verbreitung in Form von Kinderpornografie zerstören die Seelen der betroffenen Mädchen und Jungen und werfen einen dunklen Schatten auf unsere Gesellschaft. Trotz der beachtlichen Erfolge der BAO Fokus können wir noch besser werden. Wir können noch mehr machen, indem wir dieser Einheit unserer Polizei auch

den rechtlichen Rahmen zur Verfügung stellen, damit sie dementsprechend ihre Arbeit noch besser tun kann, damit sie weiterhin Missbrauch verhindern kann. Wir können den rechtlichen Rahmen erweitern und damit bessere Arbeitsbedingungen schaffen, auch in Hessen.

(Beifall CDU und SPD)

Wenn wir das wollen, dann ist der letzte Schritt, die Konsequenz, dass wir dafür den rechtlichen Rahmen verändern müssen. Wir müssen endlich, nach den Anforderungen des Europäischen Gerichtshofs, eine Speicherfrist für IP-Adressen, also für Verbindungsdaten, von einem Monat ermöglichen. Das ist dringend notwendig; denn der rechtliche Rahmen ist gesetzt. Wir können den Rahmen ausschöpfen, wenn wir das politisch umsetzen wollen. Der Gerichtshof hat diesen Spielraum durchaus eröffnet. Ich bitte darum – das fordern auch Praktikerinnen und Praktiker, und das fordert auch der gesunde Menschenverstand –, dass wir hier endlich vorankommen. Es ist mir unerklärlich, warum sich die Bundesregierung bei diesem wichtigen Thema nicht einig wird, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und Stephan Grüger (SPD))

Das ist nicht eine politisch vorgetragene Bitte, sondern auch die Praktiker fordern das: Polizei und Justiz. Die Zahlen sprechen für sich. Eine BKA-Studie aus dem vergangenen Jahr zeigt, dass 90 % der bisher nicht aufgeklärten Fälle hätten aufgeklärt werden können, wenn die Polizei die entsprechenden IP-Adressen als Ansatzpunkt für ihre Ermittlung zur Verfügung gestellt bekommen hätte.

(J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU): Genau so ist es!)

Die Ermittlungserfolge würden signifikant steigen, wir hätten mehr ermittelte Täter, wir hätten weniger Straftaten, und wir hätten vor allem eine Chance, den laufenden Missbrauch von Kindern und Jugendlichen zu verhindern.

Meine Damen und Herren, deshalb bitte ich noch einmal darum, dass wir bei diesem Thema in großen Schritten vorankommen. Hessen wird deshalb agieren. Die christlich getragene soziale Landesregierung von CDU und SPD hat dazu einen klaren Kurs. Wir werden sehr bald einen Gesetzentwurf zur Speicherung von IP-Adressen in den Bundesrat einbringen.

(Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alsbald!)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Herr Abgeordneter Bauer, Sie müssten zum Schluss kommen.

Alexander Bauer (CDU):

Denn für uns hat der Schutz von Kindern oberste Priorität. Dabei darf es keine falschen Kompromisse geben, es darf keinen Täterschutz geben, wir müssen die Opfer schützen. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Unterstützung, meine Damen und Herren. – Besten Dank.

(Beifall CDU und SPD)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als nächste Rednerin hat sich Elke Barth von der SPD zu Wort gemeldet.

(Lisa Gnagl (SPD): Die SPD hat noch nicht abgegeben! Ich würde es tun, aber ich glaube, es kommt jemand anderes vor mir!)

– Eindeutig. Das tut mir herzlich leid. – Dann ist die nächste Rednerin Frau Abgeordnete Weegels von der AfD. Das stimmt nun aber.

Sandra Weegels (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sexueller Missbrauch von Kindern ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Ich sage bewusst „gesamtgesellschaftlich“; denn sexueller Missbrauch von Kindern und dessen Abbildung finden in allen Schichten dieser Gesellschaft statt – von der Arbeiterschicht bis hin in die höchsten Akademikerkreise. Ich weiß, wovon ich spreche; denn ich wurde 2020 ins LKA in Wiesbaden zur BAO Fokus abgeordnet und habe in diesem Bereich mitgearbeitet.

Auch wenn sich in den letzten Jahren bei der Polizei einiges getan hat – ich denke dabei an die Einrichtung des Innovation Hub in Frankfurt, an die Etablierung von Hessendata, an die Beschaffung der Griffeye Software und an das Projekt Forensikstraße –, so hat die Landesregierung viel zu spät reagiert.

(Beifall AfD)

Es bedurfte erst der Ermittlungskommission Rose und der BAO Berg, ausgelöst durch die Missbrauchsfälle Lügde und Münster in NRW, bis man in Hessen dringenden Handlungsbedarf und das Erfordernis einer Besonderen Aufbauorganisation sah. Nun rennt man der Zeit weiter stetig hinterher.

Meine Damen und Herren, die Ermittlungsbehörden erhalten eine immense Datenflut – wir haben es eben gehört –, zum Beispiel durch das halbstaatliche US-amerikanische National Center for Missing and Exploited Children, kurz: NCMEC. Allein die Auswertung der Daten von NCMEC nimmt viel Zeit in Anspruch, vor allem auch, weil die Abläufe zu lang sind und das Personal nicht ausreicht. Ein Grund für den bis heute anhaltenden Personalmangel ist nicht zuletzt die Höhe der Entlohnung. Da hilft eine Erschwerniszulage nicht viel.

(Beifall AfD)

Ich kann Ihnen nur aus eigener Erfahrung sagen: Man kann den Kolleginnen und Kollegen eigentlich gar nicht genug zahlen, wenn man sich einmal vor Augen führt, mit welch abscheulichen Bildern sie tagein, tagaus konfrontiert werden.

(Beifall AfD)

Wenn sie dann aus den Datenmengen kinderpornografisches Material aufgespürt haben, war bislang die IP-Adresse häufig die einzige Spur zum Täter. Problem hierbei: Die Telekommunikationsunternehmen speichern die IP-Adresse teilweise nur eine Woche lang. So ergibt sich zwangsläufig, dass die Daten dann teilweise schon nicht mehr vorhanden sind. Hier sind wir neben dem Personalmangel und der wenig attraktiven Entlohnung bei einem weiteren

Kernpunkt angelangt, nämlich bei der Vorratsdatenspeicherung.

Dass die in diesem Bereich arbeitenden Ermittler, die tagtäglich mit diesen abscheulichen Straftaten zu tun haben, eine andere Gewichtung bei der Bewertung einer Vorratsdatenspeicherung vornehmen als zum Beispiel die Datenschützer, dürfte jedem einleuchten.

(Zuruf AfD: Jawohl!)

Für die Polizisten stehen die Opfer des sexuellen Missbrauchs im Vordergrund, und sie stellen datenschutzrelevante Aspekte der Vorratsdatenspeicherung nachvollziehbar hintenan. Selbstverständlich haben beide Seiten gute Argumente für ihre jeweilige Sichtweise. Das Thema ist aber viel zu komplex, um im Rahmen einer fünfminütigen Rede eine angemessene Antwort darauf zu finden.

(Beifall AfD)

Dass die CDU diese Aktuelle Stunde anberaumt hat und sich natürlich gerne dazu reden hört, führt mich allerdings zu der Frage, ob der CDU dieses leidvolle Thema nur diese fünf Minuten Redezeit wert ist.

(Beifall AfD – Zurufe CDU: Oh!)

Mit großen Worten und politischer Lobhudelei ist hier jedenfalls niemandem geholfen, weder den Opfern noch den Ermittlern.

(Zuruf AfD: Selbstlob!)

Der neuen Landesregierung verspreche ich hier und jetzt: Die AfD – ganz besonders ich – wird Sie genau beobachten und Sie am Ende nicht an Ihren Worten, sondern an Ihren Entscheidungen und Taten messen.

Ich für meinen Teil habe meine Erfahrung vor Ort im LKA gesammelt und kann abschließend nur sagen: Vergessen Sie zu keinem Zeitpunkt, dass hinter jedem kinderpornografischen Bild, hinter jedem kinderpornografischen Video in der Regel ein echter sexueller Missbrauch eines Kindes steckt. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall AfD – Zuruf J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Das war die erste Rede der Abgeordneten Weegels hier im Parlament.

(Beifall AfD, vereinzelt CDU und SPD – Zuruf AfD: Eine sehr gute Rede!)

Als Nächste hat die Abgeordnete Gronemann, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort.

Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Anlässlich der Aktuellen Stunde der CDU reden wir über die Bekämpfung von Kinderpornografie, hier mit dem Fokus auf Ermittlungen. Ich glaube, wir dürfen es uns in dieser Debatte nicht zu einfach machen. Ich glaube auch, wir sind gut beraten, wenn wir diese Debatte nicht so führen, wie sie immer geführt wird: schwarz-weiß, undifferenziert und emotionalisiert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn, wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie zugeben, wie absurd es eigentlich ist, anderen Fraktionen, anderen Parteien zu unterstellen, sie würden nicht unsere Strafverfolgungsbehörden, unsere Ermittlerinnen und Ermittler voll und ganz bei ihrer Arbeit im Kampf gegen Kinderpornografie unterstützen. Tun Sie bitte nicht so, als hätten wir nicht auch in Hessen gemeinsam dafür gesorgt, dass Hessen bundesweit eine Vorreiterrolle einnimmt.

Wir haben das zum Beispiel mit der ZIT getan, mit der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität und auch der Computerkriminalität, die wir gemeinsam ausgebaut haben. Das ist die Anlaufstelle für das BKA, wenn es um besonders herausfordernde und aufwendige Ermittlungsverfahren geht. Das Know-how und die Kompetenz, die dort existieren, sind bundesweit einzigartig.

Herr Bauer, Sie haben eben die rund 300 Ermittlerinnen und Ermittler der BAO Fokus angesprochen, die unter anderem die wirklich schwierige Aufgabe haben, dieses wahnsinnig verstörende Material zu sichten und auszuwerten. Das ist alles andere als ein leichter Job. Deshalb gebührt ihnen unser Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und SPD)

Wir haben gemeinsam aber auch die Weiterentwicklung des Landesaktionsplans zum Schutz von Kindern und Jugendlichen gegen sexualisierte Gewalt vorgebracht, der in einem breiten Beteiligungsprozess und vor allem unter Einbindung von Betroffenen weiterentwickelt wurde. Dieser Beteiligungsprozess war bundesweit Vorbild.

Auch wenn hier die Ermittlungen im Fokus stehen, möchte ich betonen, dass auch die Prävention unerlässlich ist; denn sexualisierte Gewalt ist ein Angriff auf die ganze Person, auf das Grundvertrauen und auf die psychische und körperliche Unverletzlichkeit. Daher sollten wir bei der Bekämpfung von Kindesmissbrauch und Kinderpornografie vor allem darüber reden, wie wir die Prävention noch besser ausgestalten können und vielleicht auch dafür sorgen können, dass Menschen gar nicht erst zu Täterinnen oder Tätern werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, wir müssen uns auch darüber unterhalten, was wir tun können, um unsere Behörden bei der Bekämpfung von Kindesmissbrauch, von Kinderpornografie noch besser zu unterstützen. Ehrlich gesagt, glaube ich, dass es hier unter den demokratischen Fraktionen einen breiten Konsens gibt; denn die Auffassung, dass es mehr Personal, eine verbesserte Ausstattung und neue Instrumente braucht, teilen wir ausdrücklich.

Der Unterschied zwischen uns ist: Wir sagen, wir wollen den Behörden alle Ermittlungsinstrumente an die Hand geben, die sie benötigen. Aber sie müssen verhältnismäßig und damit rechtssicher sein. Denn ich frage Sie: Was bringt den Ermittlerinnen und Ermittlern die Einführung eines Instruments, wenn es sofort wieder von den Gerichten inkassiert wird? Meine Damen und Herren, es bringt rein gar nichts.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch vor dem Hintergrund, dass wir im Laufe der Geschichte viele Debatten über die Vorratsdatenspeicherung hatten und die Vorratsdatenspeicherung, wenn man einmal ehrlich ist, nie an einer politischen Mehrheit gescheitert ist,

sondern daran, dass Verfassungsgerichte diese grundsätzlich für verfassungswidrig hielten, ist diese grundsätzliche Argumentation absurd.

Spätestens seit dem Urteil des EuGH im Jahr 2022 war klar, dass eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung unverhältnismäßig und nicht verfassungskonform ist. Meine Damen und Herren, damit ist diese 20-jährige Debatte eigentlich durch; aber der EuGH hat auch gesagt, dass eine vorsorgliche Speicherung von IP-Adressen in Ausnahmefällen und unter bestimmten Voraussetzungen möglich ist. Das ist im Prinzip das, worüber wir uns unterhalten.

Die Unionsfraktion hat im Bundestag zuletzt einen Antrag eingebracht, der eine Speicherfrist von sechs Monaten forderte; und man konnte das Kopfschütteln des EuGH in Luxemburg bis nach Berlin hören. Jetzt haben wir vom Innenminister gehört – ich glaube, der Justizminister hat sich auch dazu geäußert –, und Sie haben dies vermehrt gesagt, dass der Bund jetzt etwas tun müsse und man einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen wolle. Ich würde gern mit Ihnen darüber diskutieren, was Sie da vorschlagen. Aber es liegt uns einfach kein Vorschlag vor, anhand dessen wir miteinander diskutieren könnten. Wenn es so einfach ist, dann frage ich Sie: Wo ist dann dieser Vorschlag?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Frau Abgeordnete Gronemann, Sie müssen langsam zum Schluss kommen.

Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss. – Wenn Sie einen Vorschlag vorlegen, sind wir gerne bereit, diesen mit Ihnen zu diskutieren, sachlich, fachlich und nicht wie in den letzten 22 Jahren. – Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als nächste Rednerin spricht Frau Abgeordnete Gnadl von der SPD.

Lisa Gnadl (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der vergangenen Woche konnten wir über die Razzia zum Thema „Kinderpornografie und sexueller Gewalt an Minderjährigen“ bei uns in Hessen lesen; und die Fahndungserfolge verdeutlichen die Dimension dieser verabscheuungswürdigen Verbrechen und die Herausforderungen, vor denen unsere Polizei steht. Im aktuell vorliegenden Fall war von 75 Verdächtigen und 500 Speichermedien, die nun ausgewertet werden müssen, die Rede.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir uns die Zahlen anschauen, dann wissen wir, dass jedes fünfte Kind davon betroffen ist. Hinter jeder Missbrauchsdatei, jedem Bild und jedem Video auf diesen Datenspeichern verbergen sich ein reales Kind, ein realer junger Mensch, Kinder, deren Vertrauen missbraucht und deren Recht auf Gewaltfreiheit verletzt worden ist, Kinder, die erzwunge-

nermaßen damit werden leben müssen. Ihnen gehören unsere Solidarität und Unterstützung.

(Beifall SPD und CDU)

Zu dieser Solidarität gehört eben auch eine deutliche Ausweitung von Therapieplätzen und Hilfeinrichtungen; und auch dieses Thema wird sich diese Koalition in Hessen annehmen.

(Beifall SPD und CDU)

Ich habe eben gesagt, 500 Datenträger müssen ausgewertet werden; und ich finde, dass das Wort „ausgewertet“, ehrlich gesagt, sehr sachlich klingt, aber dies müssen eben auch viele Polizeibeamtinnen und -beamte tun, nämlich Hunderte Aufnahmen, zum Teil härteste Missbrauchs- und Gewaltszenen, durchsehen und analysieren. Das ist eine rechtsstaatlich notwendige Aufgabe, und sie fordert die Beamtinnen und Beamten aufs Höchste. Deswegen auch von uns ein besonderer Dank an die Polizeibeamtinnen und -beamten, die diese wichtige Arbeit leisten.

(Beifall SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Dank allein reicht nicht aus. Wir müssen natürlich auch unsere Polizei in die Lage versetzen, ihrer wichtigen Aufgabe noch besser nachgehen zu können. Genau darum kümmert sich diese Landesregierung.

(Beifall SPD und CDU)

Und ja, es gibt viele Dinge, die diese Arbeit erleichtern, beispielsweise auf künstliche Intelligenz zu setzen. Diese unterstützt auch das Durchforsten der Daten- und Bildmengen. Dadurch steigt auch der Druck auf die Täterinnen und Täter. Es muss deutlich werden, dass der Druck auf diese steigt; denn die Gewalt findet in der realen Welt statt, der Austausch am Ende jedoch in der digitalen. Deswegen müssen wir Maßnahmen ergreifen können, die in der digitalen Welt notwendig sind, um mit unserer Polizeiarbeit entsprechend Schritt halten zu können. Dazu gehört auch die Speicherung der IP-Adressen.

(Beifall SPD und CDU)

Und ja, wir sind uns sehr bewusst, dass hier verschiedene Grundrechte gegeneinander abgewogen werden müssen. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist ein hohes Gut, aber wir sprechen in diesem Themenfeld auch vom Recht von Kindern auf Gewaltfreiheit und Schutz. Genau darum geht es ganz konkret bei diesem Thema; und deswegen sage ich Ihnen ganz deutlich: Wir müssen alles dafür tun, damit unsere Kinder besser geschützt werden.

(Beifall SPD und CDU)

Das Vertrauen von Kindern wird auf das Übelste missbraucht, ihr Vertrauen in Erwachsene, oftmals in Menschen aus ihrem persönlichen Umfeld. Deswegen brauchen wir eine wirkliche Kultur des Hinsehens; und wir müssen die Kinder weiterhin stärken. Wir müssen sie mit einer guten Präventionsarbeit, mit dem Ausbau des Kinderschutzes von Anfang an und in allen Institutionen stärken. Darauf bauen wir in dieser Koalition. Genau diesen Bereich wollen wir weiter stärken und ausbauen. Das ist aus unserer Sicht auch notwendig.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Frau Abgeordnete Gnadl, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Lisa Gnadl (SPD):

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. – Diese beiden Seiten gehören für uns untrennbar zusammen: eine gut ausgestattete Polizei mit dem besten Know-how, um den Fahndungsdruck aufrechtzuerhalten, und gleichzeitig Präventionsarbeit, damit alle gesellschaftlichen Akteure und Institutionen noch stärker für das Thema Kindesmissbrauch sensibilisiert werden und damit Kinder noch mehr gestärkt und besser geschützt werden. – Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als nächster Redner hat sich Herr Abgeordneter Promny von den Freien Demokraten zu Wort gemeldet.

Moritz Promny (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich danke zunächst den Ermittlerinnen und Ermittlern für ihren unermüdlichen Einsatz im Kampf gegen Kinderpornografie. Das verdient unseren allerhöchsten Respekt.

(Beifall Freie Demokraten, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Arbeit ist enorm belastend und herausfordernd, und Kinderpornografie ist eine abscheuliche Straftat. Und, meine Damen und Herren: Jede Tat ist eine zu viel.

(Beifall Freie Demokraten, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, wir sind uns einig, dass der Schutz von Kindern oberste Priorität haben muss. Wir Freie Demokraten stehen für den Einsatz modernster und verfassungsgemäßer Technologie zur Unterstützung der polizeilichen Arbeit. Die heutige Debatte zielt aber wieder einmal auf die Vorratsdatenspeicherung ab, und die anlasslose und allgemeine Vorratsdatenspeicherung lehnen wir aus guten Gründen ab.

(Beifall Freie Demokraten – Zuruf CDU)

Wir lehnen sie ab, weil sie einen klaren Verstoß gegen unsere Verfassung darstellt.

(Zurufe CDU)

– So, Kollegen. – Heute nutzt doch fast jeder jeden Tag Internetdienste, wobei jedes Mal IP-Adressen anfallen, und all diese Daten müssten gespeichert werden. Daher könnte man doch fast von einem Generalverdacht sprechen.

(Zurufe CDU: Oh!)

Eine anlasslose Überwachung der Menschen in diesem Land ist nicht im Sinne eines Rechtsstaats, meine Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten – Zurufe CDU: Ei, ei, ei!)

Der Koalitionsvertrag der Ampelregierung ist hierzu klar: Daten sollen rechtssicher, anlassbezogen und auf richterlichen Beschluss gespeichert werden können. Bundesjus-

tizminister Buschmann schlägt hierfür Quick Freeze vor. Und, meine Damen und Herren, nicht nur die Ampel, sondern auch der Deutsche Anwaltverein unterstützt Quick Freeze. Gleichzeitig warnt er davor, den Kinderschutz als Vorwand für Grundrechtseinschränkungen zu instrumentalisieren. Ich zitiere hierzu einmal eine Stellungnahme des Deutschen Anwaltvereins vom 2. Dezember 2022 zur Innenministerkonferenz: „Beharren auf IP-Speicherung ist fehlgeleitet“, so die Überschrift.

„Erneut vermitteln die Innenminister den Eindruck, ohne die anlasslose IP-Speicherung könne der sexuelle Missbrauch von Kindern und Jugendlichen nicht effektiv verfolgt werden. Dabei stehen den Behörden zahlreiche Ermittlungsmethoden zur Verfügung, die in ihrer Gesamtheit gesehen werden müssen. Staatliche Überwachungsmaßnahmen werden erfahrungsgemäß vor allem bei Delikten der Drogenkriminalität angewandt – die Innenminister rücken jedoch in der öffentlichen Wahrnehmung ausschließlich den Kinderschutz ins Rampenlicht. Das verfälscht das Bild der realen Situation.“

Meine Damen und Herren, angenommen, wir würden eine Speicherung von IP-Adressen vorsehen, ginge der Streit doch auch gerichtlich weiter. Der Grundrechtseingriff muss nach dem EuGH auf das zwingend Notwendige begrenzt werden.

Aber welche Speicherfrist wäre zwingend notwendig? Auch dies müsste wieder gerichtlich geklärt werden. Auch bei einer Anhörung im Bundestag im Oktober 2023 zum Antrag der Fraktion der Union, „IP-Adressen rechtssicher speichern und Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen“, gab es zahlreiche Kritik. Hier wurde darauf hingewiesen, dass vor allem kriminelle Nutzer ihre Identität verschleiern. Das heißt, wir sprechen über eine Maßnahme, die viele Personen betrifft, aber nur wenige kriminelle Nutzer erfasst.

Das Spannende ist, in einer Studie des Max-Planck-Instituts wurde festgestellt, dass es keine belastbaren Hinweise gebe, dass die Schutzmöglichkeiten durch den Wegfall der Vorratsdatenspeicherung reduziert worden seien, was insbesondere auch für den Bereich der Darstellung von sexualisierter Gewalt gegen Kinder gelte.

Meine Damen und Herren, die ewige Diskussion über die Vorratsdatenspeicherung lenkt doch von den eigentlichen, wirklichen Problemen ab.

(Beifall Wiebke Knell (Freie Demokraten))

Wir müssen das gesamtgesellschaftlich-strukturelle Problem der sexualisierten Gewalt gegen Kinder wirksam angehen. Wir brauchen bessere Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen. Wir brauchen umfassende Investitionen in die technischen und personellen Ressourcen der Strafverfolgungsbehörden. Wir brauchen Quick Freeze und eine digitale Verwaltung und eine bessere Zusammenarbeit der Behörden.

Bei einem weiteren Versuch der Vorratsdatenspeicherung besteht das Risiko, dass diese wieder gekippt wird, und damit wäre weder den Opfern noch den Ermittlern geholfen. – Herzlichen Dank.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Das Wort hat jetzt die Landesregierung. Herr Minister Poseck, bitte.

Prof. Dr. Roman Poseck, Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Die Sicherheit der Hessinnen und Hessen steht für uns an oberster Stelle“, so steht es auf Seite 35 des Koalitionsvertrages der schwarz-roten Landesregierung.

(Beifall CDU und SPD)

Wir wollen alles dafür tun, dass die Menschen in Hessen sicher leben und sich möglichst sicher fühlen können. Dabei gilt unsere besondere Aufmerksamkeit den Schwächsten in unserer Gesellschaft, nämlich den Kindern.

(Beifall CDU und SPD)

Der sexuelle Missbrauch von Kindern gehört zu den schrecklichsten Verbrechen. Kinder leiden unter diesem oft ihr Leben lang. Sie sind aufgrund dieser Taten für das gesamte Leben traumatisiert, und deshalb haben wir als Staat einen Schutzauftrag und müssen alles dafür tun, die Kinder wirksam vor Straftätern zu schützen.

(Beifall CDU und SPD)

Ich bin den hessischen Ermittlerinnen und Ermittlern sehr dankbar, dass sie an dieser Stelle große Erfolge aufweisen können. Der Januar hat wieder einmal gezeigt, wie erfolgreich und wie hartnäckig die Ermittlerinnen und Ermittler bei ihrer Arbeit vorgehen: 75 Beschuldigte, bei denen Maßnahmen, insbesondere Durchsuchungen, durchgeführt wurden, 500 Gegenstände, die sichergestellt wurden und die jetzt ausgewertet werden. Das ist effektiver Kinderschutz, dadurch werden Täter überführt und Kinder aus schrecklichem Leid befreit.

(Beifall CDU und SPD)

Hessen kann dabei auf sehr bewährten Strukturen aufbauen. Wir haben die BAO Fokus beim Landeskriminalamt eingerichtet; das sind 300 Ermittlerinnen und Ermittler bei der hessischen Polizei, die sehr wirksame Arbeit leisten und diese im Zusammenspiel mit der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität bei der Generalstaatsanwaltschaft tagtäglich erfolgreich ausführen. Diesen Ermittlern danke ich an dieser Stelle ausdrücklich für ihre schwierige Arbeit, für ihre psychisch belastende Arbeit. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir alle Wertschätzung und Anerkennung für die Arbeit der Ermittlerinnen und Ermittler ausdrücken. Das tun wir mit der besonderen Erschwerungszulage, die es seit dem vergangenen Jahr gibt. Das tun wir aber auch dadurch, dass wir zeigen, dass wir hinter den Ermittlerinnen und Ermittlern stehen, und das tun wir auch dadurch, dass wir uns als schwarz-rote Koalition vorgenommen haben, die Polizeizulage erheblich anzuheben.

(Beifall CDU und SPD)

Unsere Ermittlerinnen und Ermittler verdienen Vertrauen und nicht Misstrauen. Sie brauchen Rückendeckung und nicht Sand im Getriebe bei ihrer Ermittlungsarbeit.

An dieser Stelle geht es auch um die rechtlichen Rahmenbedingungen. Wir stehen hier an der Weggabelung, ob wir den Ermittlern die Instrumente an die Hand geben, die sie

brauchen, oder ob wir ihnen diese Instrumente verweigern und Strafverfolgung weiter mit Methoden des vergangenen Jahrhunderts betreiben wollen.

Wir sehen erschreckende Zahlen. Die Verbreitung strafbarer pornografischer Inhalte über das Internet hat von 2015 bis 2022 um 600 % zugenommen. Die meisten Betroffenen dabei sind unschuldige Kinder. Das muss doch uns als Politik auch zu weiteren Handlungen herausfordern. Wir brauchen moderne Befugnisse für unsere Ermittler. Daten sind die neue DNA, und deshalb müssen wir Daten für die Strafverfolgung effektiver und intensiver nutzen.

(Beifall CDU und SPD)

An dieser Stelle möchte ich Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der FDP, doch bitten, aus dem ideologischen Schützengraben herauszukommen.

(Beifall Ines Claus (CDU))

Die Speicherung der IP-Adressen für eine begrenzte Zeit ist dringend notwendig. Das sagen unsere Ermittlerinnen und Ermittler tagtäglich. Quick Freeze bringt nichts; wo nichts ist, kann auch nichts eingefroren werden.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Eine Studie des Bundeskriminalamts sagt, dass bei einer Speicherfrist von 30 Tagen – das ist genau das, was wir im Auge haben – 90 % der bisher nicht aufgeklärten Fälle aufgeklärt werden können. Das sind 60.000 Fälle pro Jahr, 60.000 Fälle, in denen das Leid von Kindern beendet werden kann, und darauf dürfen wir doch an dieser Stelle nicht verzichten.

(Beifall CDU und SPD)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Herr Minister, ich möchte Ihnen nur den kleinen Hinweis geben, dass die zwischen den Fraktionen vereinbarte Redezeit erreicht ist.

Prof. Dr. Roman Poseck, Minister des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Wir stehen an dieser Stelle auch an der Seite der Bundesinnenministerin, die sich seit Langem gemeinsam mit dem Bundeskriminalamt für die Speicherung der IP-Adressen einsetzt. Wir werden auch dazu sehr bald einen ganz konkreten Lösungsvorschlag vorlegen. Wir setzen aber auch weitere Akzente. So wollen wir beispielsweise künstliche Intelligenz bei der Strafverfolgung nutzen, um auch Kindesmissbrauch noch besser aufzudecken.

Natürlich gehen wir an dieser Stelle nicht einseitig vor. Es geht um Repression, wir brauchen eine konsequente Strafverfolgung. Aber genauso ist die Prävention auch ganz wichtig. Beides dürfen wir nicht gegeneinander ausspielen. Erfolgreiche Prävention verhindert Leid von Kindern, verhindert Strafverfahren. Darauf setzen wir. Deshalb will ich abschließend an dieser Stelle auch eine neue Präventionskampagne der hessischen Polizei ankündigen, die wir starten werden: die Aktion Schutzschild. Wir werden gezielt in die Schulen und die Kindertagesstätten gehen und die Personen, die dort mit Kindern zu tun haben, sensibilisieren, damit sie Auffälligkeiten erkennen, sodass es uns hof-

fentlich noch besser gelingen kann, Straftaten zulasten von Kindern von vornherein zu unterbinden.

(Beifall CDU und SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die schwarz-rote Regierungskoalition zieht bei Fragen der inneren Sicherheit an einem Strang. Das ist ein neues Kapitel, auch in der Geschichte des Landes Hessen. Politik der inneren Sicherheit aus einem Guss – dafür stehen wir, und diese Politik werden wir konsequent verfolgen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall CDU und SPD)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Vielen herzlichen Dank. – Ich möchte in unserer Runde ganz besonders Frau Prof. Dr. Messari-Becker begrüßen, gerade frisch vereidigt als Staatssekretärin. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei Ihrer Aufgabe.

(Allgemeiner Beifall)

Damit ist die Aktuelle Stunde der CDU abgehalten.

Wir kommen zu **Punkt 24:**

Antrag Aktuelle Stunde

Fraktion der SPD

Stärkung der sozialen Berufe – Hessen auf dem Weg zur Fachkräftesicherung

– **Drucks. 21/70** –

Die erste Rednerin ist Frau Abgeordnete Gersberg von der SPD.

(Vereinzelter Beifall SPD und CDU)

Nadine Gersberg (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Fast alle Menschen in Hessen kennen die Not: Ein Kita-Platz scheint in weiter Ferne. Kinder können trotz nahender Einschulung und dringendem Förderbedarf keinen Platz in einer logopädischen oder einer ergotherapeutischen Praxis bekommen. Später fehlt es bei einigen zur funktionierenden Teilhabe an Heilerziehungspflegerinnen und -pflegern. Erkrankten Menschen und kommen in ein Krankenhaus, erscheint ihnen pflegerische Versorgung manchmal gehetzt und nicht immer ideal. Muss ein Angehöriger später gepflegt werden, fehlen ambulante Hilfen und manches Mal auch Plätze im Pflegeheim.

Warum das alles? Weil in all diesen Gebieten Fachkräfte fehlen – ein Zustand, den wir als schwarz-rote Koalition angehen werden.

(Beifall SPD und CDU)

Es geht in unserer Aktuellen Stunde aber nicht nur um diejenigen, die soziale Arbeit in Anspruch nehmen wollen, sondern vor allem um all die Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitswesen. Sie leisten Arbeit an und für uns Menschen und tragen zum Funktionieren unserer Gesellschaft maßgeblich bei.

Ihre Arbeitsbedingungen sind aktuell alles andere als ideal. So ist der Fachkräftemangel eigentlich auch kein Wunder, wenn wir einmal ehrlich sind. So kommt es immer wieder dazu, dass Mitarbeitende in der sozialen Arbeit ihren Job wechseln oder in Teilzeit gehen; denn eine Vollbeschäft-

tigung erscheint unter den jetzigen Bedingungen für sie nicht aushaltbar.

Die Gründe sind Schichtarbeit, manchmal sind es mangelnde Aufstiegsperspektiven. Aber auch aufgrund des Fachkräftemangels steigt die Belastung. Es kann sogar zu gesundheitlichen Problemen kommen.

Andere starten trotz Eignung und Interesse gar nicht erst in eine Ausbildung. Und warum? Nicht selten müssen sie zahlen, statt zu verdienen. Das ist natürlich absurd.

Diese Probleme hatte durchaus auch das grüne Sozialministerium in der vergangenen Legislaturperiode in Antworten auf zwei Anfragen der SPD-Fraktion benannt. Aber leider haben Sie aus Ihren Erkenntnissen überhaupt nichts gemacht. Es gab keinen Plan. Es gab keine Maßnahmen, mit denen man die Beschäftigten in den sozialen Berufsfeldern besser hätte halten können. Vielmehr wurde die Auffassung vertreten, die Fachkräftesicherung liege allein in der Zuständigkeit der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, wie es in Wirtschaftsbetrieben auch ist.

Dabei hängen aber die Arbeitsbedingungen besonders im Sozialbereich davon ab, wie die politischen Rahmenbedingungen sind, und dafür sind wir, auch in der Landesregierung, zuständig.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Wir werden als Koalition aus SPD und CDU ganz entscheidend etwas an diesen Bedingungen ändern. Was werden wir konkret unternehmen? Hier einige Beispiele aus unserem Koalitionsvertrag:

Wir werden erstens die Schulgeldfreiheit in allen sozialen Ausbildungsberufen gewährleisten.

Zweitens werden wir auch bei Assistenzberufen eine größere Durchlässigkeit, mehr Aufstiegsmöglichkeiten und attraktive Berufswege ermöglichen.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Im Bereich der frühkindlichen Bildung werden wir drittens eine Qualitätsoffensive starten und die Rahmenbedingungen für Fachkräfte deutlich verbessern. Wie wir es als SPD immer angekündigt haben, werden wir zum Beispiel die Kita-Leitung für administrative Arbeiten freistellen, und wir werden sie durch zusätzliche Verwaltungskräfte unterstützen.

(Felix Martin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hatten wir schon beschlossen!)

Um mehr Fachkräfte im Bereich der Erzieherinnen und Erzieher zu gewinnen, werden wir die praxisintegrierte vergütete Ausbildung stark ausweiten. Selbstverständlich werden alle Auszubildenden zur Erzieherin und zum Erzieher zukünftig vergütet. Die Schulgelder an privaten Erzieherfachschulen schaffen wir ab. Wir steigern außerdem die Zahl der Ausbildungsplätze an den Erzieherfachschulen; denn einige Leute wollen es durchaus machen, finden aber keinen Ausbildungsplatz, was auch absurd ist.

Viertens werden wir ein Programm für mehr Heilerziehungspflegerinnen und -pfleger auflegen und auch hier den Beruf attraktiver gestalten.

Für alle Mangelberufe im Sozial- und Gesundheitswesen gilt: Wir werden intensiver auch Mitarbeitende aus dem Ausland anwerben und ausländische Abschlüsse schneller und unbürokratischer anerkennen. Uns ist wichtig, und wir

schaffen die Rahmenbedingungen dafür, dass sich diese Menschen in Hessen wohlfühlen werden und dann auch hierbleiben.

(Beifall SPD und CDU)

Ein wichtiger Bereich ist die Pflege. Wir brauchen einen hessischen Pflegemonitor, der weiterentwickelt werden muss und der die aktuelle Personalsituation in der Pflege abbildet und auch prognostiziert; denn nur so können wir Bedarfe rechtzeitig erkennen und dann auch steuern.

Außerdem intensivieren wir die Ausbildung von Lehrkräften für die Pflegeschulen und etablieren ein entsprechendes Stipendium.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Fachkräftemangel im Sozialbereich ist eine der drängendsten Herausforderungen für ganz Hessen. Mit dieser Koalition wird es uns gelingen, ihn zu beheben. Da bin ich mir sicher. – Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und CDU)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als nächster Redner spricht Herr Abgeordneter Pürsün von den Freien Demokraten.

Yanki Pürsün (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Aktuellen Stunde der SPD muss ich zunächst auf die nicht nur von uns, sondern auch in der Öffentlichkeit laut gewordenen Kritik an der Aufspaltung des bisherigen Sozialministeriums auf jetzt zwei Ministerien eingehen; denn damit wird schon zu Beginn der Regierungszeit der neuen Koalition ein weiterer Personalaufbau betrieben. Sie setzen den Trend der letzten Landesregierungen fort, die stets die Verwaltung und den Personalbestand vergrößert haben.

(Beifall Freie Demokraten)

Eine nachvollziehbare Erklärung für die neu geschaffenen Doppelstrukturen lassen Sie vermissen. Unter dem Strich erledigen jetzt also zwei Ministerien die Arbeit des bisherigen Sozialministeriums – mit zwei Ministerinnen und sage und schreibe drei Staatssekretärinnen, vom weiteren Aufwuchs mit daraus folgenden Personal- und Immobilenkosten ganz zu schweigen.

Die SPD-Fraktion liefert mit dem Thema der heutigen Aktuellen Stunde sogleich ein Beispiel dafür, warum die öffentlich wahrnehmbare Kritik an der Aufspaltung auf zwei Ministerien auch in Bezug auf die zu bewältigenden Themen und Herausforderungen mehr als berechtigt ist.

Einen Schwerpunkt der sozialen Berufe bildet zweifelslos auch und gerade der Bereich der Pflege, namentlich der Altenpflege. Während man die entsprechenden Zielgruppen – Senioren und Pflege – im Zuständigkeitsbereich des CDU-Sozialministeriums findet, kümmert sich unterdessen das SPD-Sozialministerium um die Fachkräftesicherung. Wie sich das auf die praktische Arbeit auswirkt, werden wir noch erleben.

Wer angesichts der geballten Kraft von zwei Ministerien auf eine baldige Lösung der drängenden Probleme in der Pflege hofft, der dürfte sich aber enttäuscht sehen. Dem Koalitionsvertrag der Landesregierung ist jedenfalls zu entnehmen, dass im Hinblick auf die dringend benötigten

Pflegekräfte zunächst ein Aktionsplan „Komm in die Pflege“ aufgelegt werden soll, aber erst im zweiten Schritt.

Zuallererst wird eine Taskforce „Pflegepersonal“ gegründet. Eine Taskforce soll es also richten, ein Arbeitskreis, der landläufig auch als die institutionalisierte Ratlosigkeit betrachtet wird. Mit anderen Worten: Es wird angekündigt und geprüft, statt konkrete Maßnahmen umzusetzen, obwohl wir diese Themen schon in den letzten Plenarsitzungen diskutiert hatten. Worauf eigentlich noch warten?

Auch damit wird letztlich eine offensichtlich beliebte Tradition der Landesregierung fortgesetzt: zahllose Arbeitsgruppen und Gesprächsrunden statt greifbare Ergebnisse.

(Beifall Freie Demokraten)

Dabei liegen gerade im Bereich der Pflege und auch der Medizin die Gründe für den drohenden Personalmangel auf dem Tisch, und auch viele Problemlösungen. Die SPD könnte sich hinsichtlich solcher Ergebnisse sogar auf die Erkenntnisse aus den eigenen Reihen beziehen. Die SPD hat in Nordrhein-Westfalen erst im Herbst des letzten Jahres einen Pflegegipfel veranstaltet.

Ich kann deshalb an die Landesregierung appellieren, sich nicht in Arbeitsgruppen zu verlieren, sondern das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen. Die Zeit drängt.

(Beifall Freie Demokraten)

Machen Sie sich bewusst, dass die Länder nach dem Sozialgesetzbuch für die Vorhaltung einer leistungsfähigen, zahlenmäßig ausreichenden und wirtschaftlichen pflegerischen Versorgungsstruktur verantwortlich sind. Kümmern Sie sich um die Entbürokratisierung, die Flexibilisierung, um die Übergangsregelungen, die Bedarfsplanung, die Verfahrensbeschleunigung, die Digitalisierung und die Ermessensspielräume. Sorgen Sie für funktionierende Ausländerbehörden, geregelte Zuwanderung und die Integration qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland. Das spielt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine wichtige Rolle.

(Beifall Freie Demokraten)

Sorgen Sie für funktionierende Behörden, um eine schnelle Anerkennung der im Ausland erworbenen Studien- und Berufsabschlüsse zu gewährleisten, anstatt dringend benötigtes Fachpersonal durch lange Wartezeiten zu verprellen. Uns alle erreichen doch die Beschwerden über die dadurch verursachte Not.

Das sind nur einige Beispiele. Aber sie zeigen: Das Land kann an vielen Stellen schnell Abhilfe schaffen. Es muss jetzt an die Problemlösung gehen. Dafür stehen wir bereit.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als nächster Redner hat sich Herr Abgeordneter Richter von der AfD zu Wort gemeldet.

Volker Richter (AfD):

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Worin besteht eigentlich der Unterschied zwischen einer schwarz-roten und einer schwarz-grünen Landesregierung? Die Antwort ist ganz einfach: Es gibt keinen Unterschied. Die Worthülsen bleiben die gleichen.

(Beifall AfD)

Zwischen dem, was man dem Wähler vor der Wahl auch hier im Parlament vollmundig versprochen hat, und der Realität des täglichen Lebens liegen für die hessischen Bürger Welten. Wir müssen alle Berufe stärken. Wir müssen dafür sorgen, dass diejenigen, die unser Land tragen, endlich gesellschaftlich anerkannt werden und ihr Leben auskömmlich gestalten können.

Bereits da beginnt der Unterschied zwischen Ihrem parteipolitischen Denken und Handeln und der Realität. Denn diejenigen, die Hessen am Laufen halten, indem sie als Fachkräfte tätig sind – dabei nicht vergessen, dass Fachkräfte als Arbeitgeber Arbeit geben können –, können sich aufgrund Ihrer Politik sehr bald nicht einmal mehr den Ausgleich der Grundbedürfnisse leisten. Eine Vielzahl lebt nur noch von der Substanz.

(Beifall AfD)

Dieses Thema ist weder bei den Mitgliedern der SPD noch bei denen der CDU, der GRÜNEN oder der FDP je angekommen. Denn wäre das angekommen, müsste niemand die sozialen Berufe stärken. Es bräuhete keine Fachkräftesicherung und somit auch keine Aktuelle Stunde der SPD-Fraktion dieser Art. Dass soziale und andere Berufe überhaupt gestärkt werden müssen, ist Ihrer Politik der vergangenen Jahrzehnte geschuldet. Ich darf das sagen: Das ist ein absoluter Skandal.

(Beifall AfD)

Alles, was die Mitglieder der SPD-Fraktion eben beklagt haben, basiert auf der Politik der CDU, der SPD, der GRÜNEN und der FDP. Sie ergehen sich in der Lösung von Problemen, die es gar nicht geben würde, hätten Sie die Politik in unserem Land nicht so ausgeführt.

(Beifall AfD)

Die Frechheit, dies sogar noch umzumünzen und sich hierhin zu stellen und so zu tun, als wäre man Vertreter der Arbeitnehmer, obwohl man sie heutzutage überall wie Zitronen auspresst, das ist schon gar nicht mehr in Worte zu fassen. Richtig ist: Wir müssen eine völlig andere Diskussion führen. Wir müssen darüber sprechen, wie wir die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber entlasten können. Wir müssen den Standort Hessen stärken, indem wir nicht die Arbeitslosigkeit finanzieren, sondern indem diejenigen, die ihrer täglichen Arbeit nachgehen, davon auskömmlich leben können. Denn das betrifft – ich sage das noch einmal – alle Fachkräfte unseres Landes.

(Beifall AfD)

Wir müssen darüber sprechen, dass Ihre Verbots- und Transformationspolitik unser Land regelrecht lähmt. Sie muss endlich beendet werden. Ansonsten werden alle ihre gesamten Offensiven, die Sie hier vorstellen, schlichtweg gar nicht helfen. Wie soll Ihrer Meinung nach ein Krankenpfleger zur Arbeit kommen, wenn er Schichtarbeit hat und im ländlichen Raum lebt? Er benötigt einen Pkw. Er kann seine Kosten aufaddieren. Da geht es um die Heizung, den Strom, das Auto, die Versicherungen und die Miete. Es geht also um alles, was durch Ihre Politik immer teurer wird. Gemeinhin nennt man das Inflation. Die heizen Sie durch die Erhöhungen gerade im Energiesektor massiv an.

Wieso sollte der Krankenpfleger dann noch arbeiten gehen? Das ist die reale Situation, vor der Sie stehen. Die Mitglieder der SPD-Fraktion haben bewiesen, dass sie

längst die Balance verloren haben, mit der ein gerechtes System austariert wird. Sie sind dazu übergegangen, die tiefgreifenden gesellschaftlichen Fehlentwicklungen zu verschweigen. Sie bezahlen das mit dem Geld derjenigen, die Sie angeblich stärken wollen. Denn all Ihre Programme finanzieren die Steuerzahler.

(Beifall AfD)

Sie müssen angesichts dieses breiten gesellschaftlichen Versagens sogar ein Feindbild aufbauen, damit man diejenigen bekämpft, die Ihre Politik kritisieren und hinterfragen. Allein darum geht es bei Ihrem Kampf gegen rechts.

(Beifall AfD – Zurufe Holger Bellino (CDU))

Nur so schaffen Sie es, sich aus der Schlinge der Verantwortlichkeit zu retten. Sie brauchen jemanden. – Herr Bellino, Sie haben hier „rechtsextrem“ gesagt. Erlauben Sie mir, dass ich an die Jahre 1957 bis 1959 in China erinnere. Dort gab es eine Kampagne gegen rechts. Da wurde von Mao Tse-tung jeder als rechtsextrem bezeichnet, der nicht der Meinung der Regierung war. Ich hoffe, es wird in unserem Land nicht so werden.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Herr Abgeordneter Richter, Sie müssen langsam zum Schluss Ihrer Rede kommen.

Volker Richter (AfD):

Ich komme jetzt zum Schluss meiner Rede. – Da Sie die Geschichte dieser Jahre nicht kennen, empfehle ich Ihnen, sie bei Wikipedia nachzulesen. Das ist sehr lernenswert hinsichtlich dessen, was in unserer Gesellschaft gerade stattfindet. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als nächster Redner hat sich Herr Abgeordneter Martin von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet.

Felix Martin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auf ihren Wahlplakaten hat uns die SPD 25.000 neue Pflegekräfte versprochen. Schauen wir doch einmal nach, wie viel sich davon im schwarz-roten Koalitionsvertrag findet.

Als Erstes sind die Zahlen weggefallen. In dem gesamten Vertrag befinden sich sehr wenige konkrete Zielangaben. Stattdessen wird eine Taskforce für mehr Pflegekräfte angekündigt. Ich übersetze das einmal kurz. Früher hat man das Arbeitskreis genannt. Herr Kollege Sascha Meier hat es vorhin schon einmal ausgesprochen: Wenn du nicht mehr weiterweißt, gründe einen Arbeitskreis. – Ich möchte an der Stelle vielleicht ergänzen: Wenn du gar nicht mehr weiterweißt, dann nenne deinen Arbeitskreis doch Taskforce.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie schreiben, Sie wollten gemeinsam mit den Kommunen einen Plan für die Personalgewinnung vorlegen. Das soll bis Mitte der Legislaturperiode geschehen. Das heißt übersetzt: Jetzt wird erst einmal zweieinhalb Jahre lang geplant. Wahrscheinlich gibt es dafür wieder einen Arbeitskreis. Dann wird eventuell irgendetwas umgesetzt werden.

Ich komme noch einmal auf die Wahlplakate zurück. Auf ihnen stand, es ist Zeit für 25.000 neue Pflegekräfte. Ich Dummerchen dachte damals, es wäre jetzt Zeit für 25.000 neue Pflegekräfte. Da habe ich mich wohl geirrt. Wahrscheinlich heißt das in Wahrheit, dass noch ganz viel Zeit für viele neue Fachkräfte ist.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alsbald!)

– „Alsbald“, so ist es.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In ihrem Vertrag benennt die Landesregierung viele der zentralen Herausforderungen. Ich sage ausdrücklich, dass ich das teile. Sie bietet aber kaum Lösungsansätze.

Ein Beispiel möchte ich nennen. Sie benennen zwar die hohe Zahl der Menschen, die ihre Ausbildung in der Pflege abbrechen. Der einzige Lösungsvorschlag dafür sind aber „gezielte Maßnahmen“, um das zu reduzieren. Welche das genau sein sollen, erfahren wir auf über 200 Seiten nicht.

Außerdem haben Sie aufgeschrieben, die Anerkennung der ausländischen Abschlüsse müsse schneller geschehen. Das ist völlig richtig. Aber die einzige konkrete Maßnahme dafür ist, dass das Pflegequalifizierungszentrum, das es schon gibt, fortgeführt werden soll. Das ist natürlich richtig und wichtig. Das ist aber absolut nichts Neues.

Dieses Prinzip zieht sich durch den ganzen Koalitionsvertrag. Sie wollen „Pflege in Hessen integriert“ fortsetzen. Das hat die alte Regierung erfunden. Sie wollen die Förderung der bezahlten Erzieherausbildung ausweiten. Wir haben damit angefangen. Sie wollen das Integrationsförderprogramm WIR fortsetzen. Wir haben es erfunden. Sie wollen die Stabsstelle Fachkräftesicherung ausbauen. Wir haben sie geschaffen. Liebe Frau Gersberg, Sie haben eben gesagt, die alte Regierung hätte im Prinzip nichts gemacht. Dafür übernehmen Sie auffällig viele unserer Ideen.

(Beifall Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die CDU hat bereits in ihrem Wahlprogramm eine „Fast Lane“ für ausländische Fachkräfte angekündigt. Sie fordern also einerseits weniger Bürokratie für ausländische Fachkräfte, aber gleichzeitig ist es doch die CDU, die jahrelang verhindert hat, dass Deutschland ein Einwanderungsgesetz bekommt.

(Stephan Grüger (SPD): Hört, hört!)

Ich mache einmal einen Autovergleich, weil „Fast Lane“ so schön nach Beschleunigungsstreifen klingt: Die CDU fordert also für ausländische Fachkräfte den Beschleunigungsstreifen, hat aber jahrelang verhindert, dass überhaupt die Straße gebaut wird.

(Stephan Grüger (SPD): Und mit denen habt ihr koalitiert! – Weitere Zurufe)

– Ich merke schon, „Straße“ ist ein Triggerwort. – Aber was bräuchte es tatsächlich, um die sozialen Berufe zu stärken? Es bräuchte einerseits zusätzliche Ausbildungs-

plätze, die bezahlt sind. Wir wollen die Erzieherausbildung ausweiten. Ich freue mich, zu hören, dass das auch Ihr Ziel ist. Ich warte dann noch auf die konkrete Zahl – wir wünschen uns mindestens 1.000 Plätze pro Jahr.

(Lisa Gnadl (SPD): Ach, deswegen stehen 400 im Haushalt! – Heiterkeit und Zurufe)

Zweitens braucht es eine Entlastung für überlastete Fachkräfte. Erzieherinnen und Erzieher können beispielsweise durch zusätzliche Verwaltungskräfte entlastet werden oder durch Menschen, die sie in ihrer alltäglichen Aufgabe unterstützen, damit sich diejenigen mit pädagogischer Ausbildung auch auf die pädagogische Arbeit konzentrieren können.

Drittens braucht es unbefristete Jobs. Deshalb wollen wir erfolgreiche Projekte planungssicher verstetigen, damit sie sich nicht von einem Förderantrag zum nächsten hangeln müssen. Dafür wollen wir das Sozialbudget auf mindestens 200 Millionen Euro pro Jahr erhöhen. – Das sind einige konkrete Vorschläge, die ich mir auch im Koalitionsvertrag gewünscht hätte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte dazu sagen, dass Frau Kollegin Gersberg vorhin natürlich auch einige Dinge genannt hat, die unsere ausdrückliche Unterstützung finden, so zum Beispiel die Abschaffung der Schulgelder, die Ausweitung der Ausbildungsplätze in sozialen Berufen sowie die angedachten Maßnahmen für mehr Fachkräfte in der Jugendhilfe und in der Heilerziehungspflege. Insgesamt muss ich aber feststellen, dass die neue Landesregierung vieles fortführen will – was natürlich gut und richtig ist –, aber wenige eigene Ideen einbringt.

Noch ein abschließendes Wort zur AfD: Einmal abgesehen davon, dass eben natürlich schon wieder keine einzige Idee kam, was man denn tun könnte, um mehr Fachkräfte zu gewinnen,

(Volker Richter (AfD): Transformationsstopp!)

will ich – weil Sie sich vorhin ein bisschen brüskiert haben, dass ich eine Ferne zwischen der AfD und den Gewerkschaften unterstellt habe, woraufhin ich kurz googelt habe – auf einen Artikel des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 24. Januar 2024 hinweisen. Ich lese nur die Überschrift vor, weil ich keine Zeit mehr habe: „AfD – Der Feind der Beschäftigten“. Nicht meine Worte, sondern die der Gewerkschaften.

(Zurufe AfD)

Also, Sie sind auf jeden Fall nicht die Vertreter der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land, und das sagen Ihnen die Gewerkschaften auch ganz direkt selbst.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD – Widerspruch AfD)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als nächster Redner hat sich der Abgeordnete Schad von der CDU gemeldet.

(Beifall CDU)

Max Schad (CDU):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Fachkräftemangel ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Dies gilt gerade auch für die sozialen Berufe in unserem Land.

Die Beschreibung des Problems, so, wie wir sie auch heute wieder gehört haben, klingt für mich ein wenig wie ein alter Evergreen, bei dem schon keiner mehr so richtig mitsingen mag. Dabei muss ich mit Blick auf den Kollegen Richter einschränken, dass Ihnen nicht einmal die Problembeschreibung gelingt: Wie auch in der vorherigen Legislaturperiode bleiben Sie sich wirklich treu. Mit dem, was Sie hier erzählen, sind Sie wirklich wieder jwd aus jeder Debatte gewesen – Gratulation.

(Beifall CDU, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe AfD)

Deshalb haben wir uns schon in der zurückliegenden Legislaturperiode intensiv auf den Weg gemacht, das Problem nicht nur zu beschreiben, sondern mit konkret wirkenden Maßnahmen dagegenzuhalten, und dies über die verschiedenen sozialen Berufe hinweg.

In den Koalitionsverhandlungen, gerade im sozialen Bereich, hat die Fachkräftesicherung eine zentrale Rolle gespielt, und das Thema hat sich wie ein roter Faden über die einzelnen Themenfelder gespannt. Ich finde, das Ergebnis kann sich sehen lassen. Gerade beim Thema Fachkräftesicherung bauen wir in Hessen auf soliden Grundlagen auf. Wenn ich die Kollegen von der FDP sehe: Wenn Ihr Beitrag im Wirken der Kollegin Stark-Watzinger im Bundestag besteht, muss ich wirklich fragen, woher Sie eigentlich die Chuzpe nehmen, hier so breitbeinig aufzutreten. Das erschließt sich mir nicht.

(Beifall CDU und SPD – Zurufe Freie Demokraten)

Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung engagiert sich bereits heute im Bündnis Fachkräftesicherung, um mehr Menschen für die Pflegeberufe zu gewinnen. Unter anderem übernimmt das Land das Schulgeld für Auszubildende in den Gesundheitsfachberufen. Auch im wichtigen Bereich der Kinderbetreuung hat sich einiges getan: Die Regierung unterstützt die Kommunen und Träger von Kindertageseinrichtungen mit dem Landesprogramm „Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher“. Wir haben die Fachschulplätze in den Erzieherfachschulen auf Rekordniveau ausgeweitet. Wir haben das Studium der Kinderpädagogik, außerdem haben wir die sehr attraktive und erfolgreiche praxisintegrierte vergütete Ausbildung, PivA, in unseren Kitas etabliert. Darüber hinaus wurde auch der Fachkräftecatalog sehr pragmatisch erweitert, um weiteren Berufen den Einstieg in die Kinderbetreuung zu ermöglichen – dies, um nur einige Maßnahmen zu nennen.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

An diese Erfolge knüpft die neue Hessenkoalition nahtlos an. Ich bin der Überzeugung, dass sich das Vereinbarte auch im bundesweiten Maßstab sehen lassen kann.

Ein Kommentar noch zum Kollegen Martin, der dann sicherlich bei weiteren Themen im Koalitionsvertrag zu den gleichen Ergebnissen kommt: Angesichts dessen, was Sie so gesagt haben, wäre wahrscheinlich sogar Franz von Assisi über diese 180-Grad-Wende geplättet gewesen; das war schon ziemlich weit.

Einen Schwerpunkt legen wir dieses Mal auch auf die Erzieherausbildung. Dazu werden wir das Erfolgsmodell der praxisintegrierten vergüteten Ausbildung weiterentwickeln und auf hohem Niveau ausbauen. Wir steigern die Zahl der Ausbildungsplätze an den Erzieherfachschulen. Wir schaffen die Schulgelder auch an den privaten Fachschulen ab, und wir intensivieren die Anwerbung von Erzieherinnen und Erziehern auch aus dem Ausland.

(Beifall CDU und SPD – Unruhe – Glockenzeichen)

– Jetzt wurde ein bisschen Stimmung eingeläutet. – Gleichzeitig wollen wir die Rahmenbedingungen für die Fachkräfte in den Kitas durch eine weitgehende Freistellung der Kita-Leitungen von administrativen Aufgaben verbessern. Hinzu kommen zusätzliche Verwaltungs- und Hilfskräfte. Insgesamt werden die Fachkräfte in Kitas bessere Bedingungen erhalten. Dies ist ein großer politischer Erfolg bei einem Thema, das uns allen am Herzen liegt.

(Beifall CDU und SPD)

Zentrale Bedeutung wird auch dem Ausbau der Stabsstelle Fachkräftesicherung zukommen, die zu einem echten Kraftzentrum der Fachkräftesicherung in unserem Land werden wird. Auch die Weiterentwicklung der Fachkräftecamps, wo wir einen besonderen Fokus eben auf soziale Berufe legen, bietet großes Potenzial, junge Menschen für soziale Berufe zu interessieren und Möglichkeiten aufzuzeigen.

Das Thema Schulgeldfreiheit wollen wir weiter angehen, mit dem Ziel, in allen sozialen Ausbildungsberufen eine umfassende Kostenfreiheit zu etablieren. Auch im Bereich der Heilerziehungspflege werden wir aktiv. Das ist ein Bereich, der, wie wir aus der letzten Koalition noch wissen, unsere Hinwendung ganz dringend benötigt. Hier ist ein umfangreiches Maßnahmenpaket geplant.

(Beifall CDU und SPD)

Dazu zählen unter anderem eine Verkürzung der beruflichen Vorerfahrung sowie die Einführung einer praxisintegrierten vergüteten Ausbildung auch in diesem Zweig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der ambitionierte Koalitionsvertrag im Bereich der Fachkräftesicherung macht deutlich, dass wir in den nächsten fünf Jahren bei diesem Thema Vollgas geben werden. Wir belassen es eben nicht beim Lamentieren und Beschreiben von Problemen, sondern wir packen an. Ich lade alle ein, tatkräftig daran mitzuwirken, und freue mich schon auf die Umsetzung der vielfältigen Maßnahmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und SPD)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als Nächste spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Hofmann. Bitte.

Heike Hofmann, Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin der SPD-Landtagsfraktion sehr dankbar, dass sie dieses wichtige Thema – wie können wir die sozialen Berufe im Sinne der Fachkräftesicherung stärken, um dem Fachkräftemangel zu begegnen? – aufgerufen hat und sich dieses Hohe Haus erneut diesem wichtigen Thema widmet.

Sie wissen, dass in allen Branchen und in allen Bereichen Fachkräfte fehlen. Allein in Hessen sind es bis zum Jahr 2028 ca. 200.000 Fachkräfte. Das heißt, es braucht ein beherztes Zupacken, was wir als neue Landesregierung auch tun werden, und zwar mit der Wirtschaft, mit der Arbeitswelt, mit den Gewerkschaften. Diese Aufgabe ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, die wir noch beherzter angehen werden, um dem Fachkräftemangel in allen Bereichen zu begegnen – heute im Speziellen bei den sozialen Berufen.

(Beifall CDU und SPD)

Wir knüpfen an schon bestehende Erfolge an – Herr Martin, deshalb hat mich Ihr Redebeitrag ein bisschen irritiert –, aber wir setzen auch ganz bewusst neue Akzente, indem wir auch hier die Potenziale an Fach- und Arbeitskräften aus dem In- und Ausland ausschöpfen, eine Offensive für Fach- und Arbeitskräftezuwanderung einleiten und Hessen zu einer attraktiven Zielregion weiterentwickeln.

Gerade auf die Sozialberufe gilt es hier ein bisschen anderes Augenmerk zu legen. Sie leisten insgesamt einen wichtigen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Die Leistungsträger in diesem Bereich, ob das beispielsweise die Pflegerinnen und Pfleger, die Erzieherinnen und Erzieher oder diejenigen in den Heilberufen sind, leisten einen wichtigen Beitrag für uns alle. So wird auch soziale Teilhabe gewährleistet und sozialer Frieden gestiftet. Deshalb sage ich für die Landesregierung all denjenigen, die in diesen schwierigen Berufsfeldern tätig sind, größten Dank. Ihnen gebührt unser aller Respekt.

(Beifall CDU und SPD)

Herr Kollege Schad, Sie haben schon angesprochen, dass wir die Stabsstelle Fachkräftesicherung in Hessen zu einem Kraftzentrum, wie Sie es ausgedrückt haben, weiterentwickeln werden. Wir übernehmen damit eine ressortübergreifende Koordinierungsfunktion für das gesamte Land und werden dabei, es ist schon angesprochen worden, alle relevanten Player in diesem Segment einbeziehen – zum Beispiel die Arbeitgeber, die Unternehmen, Betriebe und Verwaltungen, die Gewerkschaften, aber auch die Kommunen, um in einem Gesamtpaket dem zunehmenden Fach- und Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken.

Ja, wir müssen auch im Bereich der Erzieherinnen und Erzieher ganz konkrete Maßnahmen ergreifen, und das werden wir auch tun. Hier gilt es, ein Maßnahmenbündel auf den Tisch zu legen. Es ist schon angesprochen worden, dass wir mit der Stärkung der PivA-Stellen hier voranschreiten wollen. Ich will noch einmal unterstreichen, dass das wirklich ein Erfolgsmodell ist. Die Trägerinnen und Träger haben Fördermittel für über 2.650 Studierende erhalten. Die Ausbildungszahlen sind um 5,8 % gestiegen und haben damit das hohe Niveau von 9.000 Personen erreicht. Ich sage Ihnen: Noch nie haben so viele Menschen in diesem Land eine Erzieherausbildung ergriffen. Das müssen wir weiter fördern und vorantreiben, und das werden wir auch tun.

(Beifall CDU und SPD)

Ich möchte einen weiteren Bereich der sozialen Berufe bewusst herausgreifen – alle Bereiche kann ich in fünf Minuten nicht benennen –, das ist die Eingliederungshilfe. Sie wissen, dass der Fachkräftemangel auch dort leider nicht haltmacht. Es fehlen Kräfte in der Heilerziehungspflege und damit für die Arbeit mit Menschen mit Behinderun-

gen. Seit dem zweiten Quartal 2023 arbeiten wir daher mit den Akteuren in der Arbeitsgruppe „Fachkräftesicherung in der Eingliederungshilfe“ an der Gewinnung und Bindung von Fachkräften.

Mit dem Förderangebot „Sozialwirtschaft integriert“ im Rahmen des Ausbildungs- und Qualifizierungsbudgets der hessischen Arbeitsmarktförderung, aber auch mit weiteren Maßnahmen, beispielsweise bei der Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt, sind wir an der richtigen Stelle unterwegs. Allein mit „Sozialwirtschaft integriert“ konnten bereits rund 2.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Geflüchtete mit guter Bleibeperspektive sowie Migrantinnen und Migranten, Maßnahmen durchlaufen. Zwei Drittel sind danach in Arbeit oder Ausbildung gekommen oder haben eine Qualifizierung erhalten. Das sind doch nennenswerte Zahlen, die wir weiter forcieren werden, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und SPD)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Frau Ministerin, ich möchte nur den zarten Hinweis geben, dass die unter den Fraktionen vereinbarte Redezeit erreicht wäre.

Heike Hofmann, Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales:

Ich nenne zum Schluss nur noch einige wichtige Maßnahmen. Wir prüfen die Verringerung von Zugangshürden. Die Schulgeldfreiheit ist schon genannt worden. Die Erhöhung des Höchstalters für die Ausbildung im Bereich Sozialassistenten werden wir überprüfen, auch die Quereinstiege in entsprechende Berufe, und wir werden eine Werbe- und Anerkennungskampagne für diese Berufe starten.

(Beifall Stephan Grüger (SPD))

– Vielen Dank. – Ich sage Ihnen deutlich: Diese Landesregierung wird das Thema Fach- und Arbeitskräftegewinnung und -sicherung weiter beherzt anpacken. Insofern denke ich, dass wir da noch erfolgreicher für unser Land Hessen und übrigens auch zur Sicherung unseres Wohlstands und unserer Wirtschaft und Verwaltung tätig sind.

(Beifall CDU und SPD)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Damit ist die Aktuelle Stunde der SPD-Fraktion abgehalten.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, zum letzten Tagesordnungspunkt des heutigen Tages, **Tagesordnungspunkt 25:**

Antrag Aktuelle Stunde

Fraktion der Freien Demokraten

Krise im hessischen Wohnungsbau – die Wohnungswirtschaft von staatlichen Fesseln befreien!

– Drucks. 21/71 –

Ich gebe dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Naas, das Wort.

Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Halb sieben im Hessischen Landtag, aber wir kommen zu einem Thema, das uns Freien Demokraten besonders am Herzen liegt. Es geht um Freiheit, es geht um Eigentum, und es geht um die Zukunft von Hessen. Es geht um die eigenen vier Wände. Sie werden es erahnen: Es geht um den Wohnungsbau in Hessen. Da sind die Zahlen leider schon in der alten Regierung schlecht gewesen. Sie wollten 30.000 Wohnungen pro Jahr bauen, haben aber in der Spitze in den letzten fünf Jahren nur 20.000 erreicht, ein Drittel hat Ihnen gefehlt. Auch beim staatlich geförderten Wohnungsbau, einem Lieblingsprojekt der alten Regierung, sind Sie nicht wirklich vorangekommen. Sie haben gerade einmal 50 % der 20.000 Wohnungen erreicht, die Sie sich vorgenommen hatten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zahlen sind dramatisch. Deswegen müssen wir über den Wohnungsbau in Hessen sprechen. Denn die Zahlen brechen im Moment ein, die Baugenehmigungen gehen um ein Drittel zurück. Was das für die Zukunft bedeutet, das weiß jeder. Das heißt, es werden zukünftig weniger – noch weniger, muss man sagen – Wohnungen zur Verfügung stehen.

Meine Damen und Herren, das hat viele Gründe. Ich will drei herausgreifen, zunächst einmal die gestiegenen Zinsen, eine Verdreifachung in den letzten zwei, drei Jahren. Dafür können Sie nichts, das ist Sache der Märkte. Aber wofür Sie etwas können, das sind die teuren Baumaterialien. Deren Preise sind um 25 % gestiegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierung, die Verantwortung haben Sie jetzt: Die Genehmigungsverfahren sind in Hessen deutlich zu lang. Deswegen brauchen wir einen Aufbruch in der Baupolitik. Die Baupolitik in Hessen muss absolute Priorität bekommen.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir wollen die Baupolitik in Hessen von den staatlichen Fesseln befreien. Ich will Ihnen das an drei Themen deutlich machen:

Erstens. Wir brauchen mehr Bauland. Mit „mehr Bauland“ ist nicht gemeint, dass es das 25. Förderprogramm für Planungen der Kommunen gibt, sondern damit ist gemeint, dass die Kommunen, die neues Bauland schaffen, auch im KFA begünstigt werden. Das ist notwendig. Wir müssen auch darüber reden, dass die Ausweisung von Bauland deutlich schneller werden muss. Das sage ich als Regionalpolitiker, der seit ein paar Jahren auch in der RVS und im Regionalverband tätig ist. Das muss durch die Rahmengesetzgebung des Landes deutlich beschleunigt werden.

Ich will Ihnen ein zweites Thema nennen, und das ist das Thema Deponiekosten. Auch die sind in den letzten Jahren um über 20 %, beispielsweise in Flörsheim-Wicker, einer bedeutenden Deponie im Rhein-Main-Gebiet, gestiegen. Auch da müssen Sie ran, weil die letzte Landesregierung, insbesondere der grüne Teil, auf der Bremse stand und systematisch neue Deponiekapazitäten verhindert hat. Wenn wir darüber reden, dann reden wir auch über die Preise für Sand und Kies und Holz. Auch die sind gestiegen, weil die Abbaugenehmigungen künstlich verknappt wurden.

Ich will aber auch noch ein drittes Thema nennen, und das ist die überbordende Bürokratie. Damit meine ich nicht – auf das Thema werden wir auch noch kommen – Mietpreisbremse, Kappungsgrenze usw. DIE LINKE ist

aus dem Hessischen Landtag geflogen, aber manchmal hat man den Eindruck, sie ist direkt in die Regierung gekommen.

(Beifall Freie Demokraten)

Denn das, was wir jetzt im Koalitionsvertrag lesen – Sozialbauquote, Leerstandsverbot –, ist die Steigerung von allem. Deswegen sagen wir, an dieser Stelle mag die CDU die grüne Bauruine rot angestrichen haben. Wir brauchen an der Stelle deutliche Fortschritte, wir brauchen weniger Bürokratie und nicht mehr.

(Beifall Freie Demokraten)

Deswegen sage ich Ihnen: Zusätzlich zum Mietrecht und zum hessischen Sonderweg im Mietrecht, den Sie weiter fröhlich einschlagen und weiter verschärfen, brauchen wir vor allem weniger Vorschriften in der HBO.

Ich verstehe nicht, warum die Brandschutzfenster in Hessen doppelt so groß sein müssen wie die in Bayern. Sind die Hessen doppelt so dick? Ich weiß es nicht.

(Heiterkeit Freie Demokraten, AfD und SPD)

Ich weiß auch nicht, warum die Verwaltungsvorschriften für die technische Baubewertung rund 230 Seiten und 15 Anhänge stärker sind, als es das Deutsche Institut für Bautechnik vorsieht und empfiehlt. Deswegen gibt es an dieser Stelle eine Menge zu tun.

Meine Damen und Herren, wir sind zu teuer, wir sind zu langsam, und beim Bau in Hessen ist alles zu kompliziert. Deswegen brennt es beim Wohnungsbau. Deswegen brauchen wir einen Wohnungsbaugipfel in Hessen, und zwar dringend;

(Beifall Freie Demokraten – Zurufe SPD)

denn es geht am Ende um den Traum von den eigenen vier Wänden. Den wollen wir für alle Hessinnen und Hessen erhalten. Deswegen muss die Landesregierung an dieser Stelle etwas tun. Werden Sie tätig. Berufen Sie einen Gipfel ein. Bringen Sie alle Akteure an einen Tisch. Sie haben die Zeit; die ersten 100 Tage laufen. – Herzlichen Dank.

(Beifall Freie Demokraten – Zuruf J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als nächste Rednerin hat sich Frau Abgeordnete Barth von der SPD gemeldet.

Elke Barth (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist absolut richtig, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Wir müssen die Wohnungswirtschaft von Fesseln befreien. Was das Land hierzu beitragen kann, wird die neue Koalition aus CDU und SPD tun.

(Beifall SPD und CDU)

Einige der Fesseln kommen aber auch aus Brüssel oder Berlin. In Berlin tragen wir, liebe FDP, gemeinsam Verantwortung.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Tja!)

Bundesjustizminister Marco Buschmann ist federführend für Bürokratieabbau, Digitalisierungsprojekte

(Stephan Grüger (SPD): Hört, hört! – Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Er hat schon vieles getan!)

– wer hat eigentlich das Wort hier? –, Maßnahmen für schnellere Genehmigungsverfahren verantwortlich. Ich bin sehr zuversichtlich, was den Erfolg seiner Bemühungen angeht, liebe FDP.

(Beifall SPD – Stephan Grüger (SPD): Der Marco macht das schon! – Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Aber selbstverständlich ist das eine Aufgabe, die sich auch die neue Koalition in Hessen vorgenommen hat. Gerade diesen Bereich haben wir sehr ernsthaft verhandelt.

Ich habe eben übrigens zugehört, Herr Kollege Naas: Deponiekapazitäten, Unterstützung von Kommunen, die Bauland ausweisen – man hätte fast meinen können, Sie hätten bei unseren Verhandlungen mit am Tisch gesessen; denn all dies steht selbstverständlich auch in unserem Koalitionsvertrag.

(Beifall SPD und CDU)

Wir wollen eine umfassende Überprüfung aller Regelwerke. Wir wollen Planungs- und Genehmigungsprozesse vereinfachen und wesentlich beschleunigen. Dazu gehört natürlich zuvorderst die Novelle der Hessischen Bauordnung – natürlich auch mit Innovations- und Experimentierklauseln des Gebäudetyps E, über den wir in der vergangenen Legislaturperiode schon viel gesprochen haben. Wir wollen auch die Umnutzung von Gewerbeflächen fürs Wohnen erleichtern.

(Unruhe)

Mein Lieblingsbeispiel ist § 41 HBO, wo die Höhe von Geländern festgelegt wird. Bei Wohngebäuden sind das 90 Zentimeter, bei Arbeitsstätten ist das 1 Meter. Handelt es sich um Gebäude, in denen in der Regel mit Kindern gerechnet werden muss, dürfen Öffnungen nicht breiter als 12 Zentimeter sein. Hierbei sollte man zum Beispiel Höhen und Öffnungen vereinheitlichen. Das erspart teure Umbauten bei Nutzungsänderungen.

Ich sage Ihnen: Die Bauordnung ist voll mit solchen Beispielen, die viel zu detailliert, zu teuer und zu wenig pragmatisch sind.

(Beifall SPD und CDU – Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Frau Abgeordnete Barth, darf ich Sie kurz unterbrechen? – Ich möchte das Haus bitten, ein wenig ruhiger zu sein. Es murmelt eine ganze Menge Abgeordnete, und es ist ziemlich laut. Insofern bitte ich, der Rednerin besser zuzuhören. – Danke schön.

Elke Barth (SPD):

Danke für den Hinweis; das ist mir auch aufgefallen.

(Beifall J. Michael Müller (Lahn-Dill) (CDU))

Niedersachsen ist übrigens gerade dabei, seine Bauordnung dahin gehend zu novellieren, dass kein Gebäude nach einem Umbau mehr Anforderungen als vor dem Umbau erfüllen muss. So sollen bestehende Decken, Wände, Trep-

pen oder auch der Schallschutz nach einem Umbau nur den Standards des Baujahrs der gesamten Immobilie entsprechen müssen. Das sind Ideen für echte Vereinfachungen, die wir uns sehr genau anschauen werden.

Auch der am vergangenen Donnerstag bei der Jahresauftaktveranstaltung des Verbands der Ingenieure von Staatssekretär Umut Sönmez geäußerte Vorschlag, einen runden Tisch von Fachleuten aus der Praxis einzuberufen, um Vorschläge für Vereinfachungen im Bausektor zu sammeln, wurde von der Branche erfreut zur Kenntnis genommen.

(Beifall SPD und CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein runder Tisch!)

Was es mit uns allerdings nicht geben wird, weil es den Wohnungsbau nicht fesselt, gar nicht fesseln kann und auch keine privaten Investitionen hemmt,

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Doch!)

zumal das den Neubau gar nicht betrifft, sind Regelungen zur Mietpreisgrenze und zur Kappungsgrenzenverordnung. Deshalb hat die Koalition beschlossen, die Geltungsdauer dieser Rechtsverordnungen weiter zu verlängern, weil sie sinnvoller Mieterschutz sind.

(Beifall SPD und CDU – Widerspruch Oliver Stirböck (Freie Demokraten))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Sie können versichert sein, dass wir das Thema „Die Bremse beim Wohnungsbau lösen“ ganz oben auf der Agenda haben. Wir sind sehr zuversichtlich, dass das zuständige Ministerium unter Bauminister Kaweh Mansoori schon bald mit einer entsprechenden Roadmap den Weg, den wir dafür einschlagen möchten, vorstellt. – Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und CDU)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als nächste Rednerin hat sich die Abgeordnete Martina Feldmayer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gemeldet.

Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde der FDP zur Baukrise spricht tatsächlich ein wichtiges Thema an: Wir brauchen in Hessen weiterhin bezahlbaren Wohnungsbau; denn der ist nicht nur durch die steigenden Baupreise, sondern vor allem durch das schnelle Ansteigen der Zinsen gefährdet. Leider greift die Analyse der FDP etwas kurz; denn allein mit Senkung von Standards und Abschaffen von Regeln kommen wir nicht weiter. Wir werden dadurch auch nicht schneller.

Selbstverständlich sind auch wir mit sinnvollen Vereinfachungen und mit kluger Entbürokratisierung einverstanden. Das haben wir in den letzten Jahren bei etlichen Änderungen der Hessischen Bauordnung schon gezeigt. Der Verzicht auf Abstandsflächen bei Neubauten auf Bestandsgrundstücken, geringere Abstände von Solaranlagen oder Wärmepumpen zu den Nachbargrundstücken sowie größerer Spielraum bei der Dämmung sind nur einige Stichpunkte, die ich nennen möchte.

Natürlich – das wurde schon angesprochen – treiben auch die Deponiekosten die Preise in die Höhe. Aber hierzu

gibt es gute Vorschläge aus dem Hause der Bundesumweltministerin, die Nutzung von Recyclingbaustoffen zu erleichtern, womit einerseits Ressourcen und andererseits gleichzeitig Kosten gespart werden. Wir finden, das ist ein sehr guter Vorschlag. Dafür sind wir sehr offen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber nicht alles kann über die Bauordnung in Hessen geregelt werden. Wir verfolgen die Debatten über einen neuen Gebäudetyp E wie „experimentell“ oder „einfach“. Wir haben bisher von Bundesjustizminister Buschmann noch keine Lösung für die Frage bekommen, wie bei Einführung dieses neuen Gebäudetyps das Problem von privatrechtlichen Ansprüchen auf die genormten Standards gelöst werden kann.

(Stephan Grüger (SPD): Kommt alsbald!)

Herr Buschmann weiß, dass manche Fragen in der Realität tiefergründiger als in einfachen Presseerklärungen von Stefan Naas sind.

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt AfD und Turgut Yüksel (SPD))

Richtig ist: Die Vereinfachung von Prozessen liegt im Interesse aller. Da gebe ich Ihnen recht.

Allerdings fehlt bei der FDP auch der Blick auf eine weitere wichtige Aufgabe, die wir hier in Hessen haben. Wir brauchen weiterhin eine gute finanzielle Ausstattung der Wohnungsbauförderung.

(Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weiterhin!)

Wir haben es in Hessen geschafft, dass hier eine Trendwende gelungen ist. Dazu hat auch beigetragen, dass im Zeitraum von 2019 bis 2024 2,7 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau bereitgestanden haben.

Gerade der schnelle Zinsanstieg hat den geförderten Wohnungsbau mit Nullzinsen für Darlehen und mit Zuschüssen für Investorinnen und Investoren deutlich attraktiver gemacht. Genau deswegen ist der soziale Wohnungsbau in Hessen so attraktiv; denn hier gibt es Nullzinsen. Deswegen müssen wir da weiter dranbleiben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Oliver Stirböck (Freie Demokraten))

Da sehe ich es schon als Versäumnis an, wenn ich mir den Koalitionsvertrag der Regierung anschau und feststelle, dass dort überhaupt keine konkreten Zusagen gemacht werden. Wie viel Geld ist denn jetzt überhaupt für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt? Hier fehlen wirklich Zahlen, Daten, Fakten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Koalition bleibt, wie bei vielem, auch beim Wohnungsbau im Vagen. Es ist nicht klar, wie hoch die Finanzmittel für die Wohnraumförderung sein sollen. Welche Pläne hat die Landesregierung hier? Ich bin jetzt auch nicht schlauer geworden durch den Redebeitrag von Frau Barth. Vielleicht kommt noch was vom Minister.

(Tobias Eckert (SPD): Der war gut, der Redebeitrag!)

Neben dem dringend nötigen Bau neuer bezahlbarer Wohnungen müssen wir weiterhin Mieterinnen und Mieter vor horrenden Mieten und Verdrängungen schützen. Hier ist

der Vorschlag der neuen Regierung, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu erleichtern, völlig kontraproduktiv, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein schlechter Vorschlag, und ich hoffe, dass er so nicht realisiert wird. Es ist gerade für die Stadt Frankfurt – der Minister kommt aus der Stadt Frankfurt – wirklich sehr schlecht, wenn das wirklich realisiert wird und diese Verordnung auslaufen soll.

Meine Damen und Herren, die Bauwirtschaft leistet wirklich einen großen Beitrag zur Transformation unserer Wirtschaft, auch in Richtung Klimaneutralität. Deshalb ist sie auch wichtig. Deshalb ist es sinnvoll, ihr in Hessen auch sehr gute Rahmenbedingungen zu bieten. Daran arbeiten wir als GRÜNE gerne mit.

Von der Landesregierung erwarten wir, dass sie erklärt, wie hoch die Finanzmittel für den sozialen Wohnungsbau denn sein sollen und wie es mit den Förderkonditionen tatsächlich und konkret weitergeht, damit dort Planungssicherheit herrscht. Denn das A und O beim Thema Bauen ist doch, dass es Planungssicherheit gibt. Hier fehlen bislang konkrete Vorschläge, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem fordern wir Wohnungsbauminister Mansoori auf, Mieterinnen und Mieter nicht im Stich zu lassen, das unselige Vorhaben sein zu lassen und den Genehmigungsvorbehalt bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen nicht auslaufen zu lassen. Das wäre wirklich grottenfalsch, meine Damen und Herren. Das dürfen wir nicht zulassen. Wir dürfen die Mieterinnen und Mieter hier nicht im Stich lassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Frau Abgeordnete Feldmayer, Sie müssen zum Schluss kommen.

Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Schluss. – Wir brauchen wirklich einen konkreten Plan. Ein weiterer runder Tisch hilft uns hier nicht weiter. Wir brauchen Fakten und eine wirkliche Strategie der Landesregierung. Die habe ich bisher vermisst. Mal sehen, was jetzt noch kommt. – Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als nächster Redner hat sich Herr Abgeordneter Schulz von der AfD zu Wort gemeldet.

Dimitri Schulz (AfD):

Wertes Präsidium, werte Kollegen! Die neue Landesregierung ist seit zwei Wochen im Amt. Die Situation auf dem hessischen Wohnungsmarkt ist so dramatisch wie vielleicht nie zuvor. Erst letzte Woche wurde eine Umfrage des Hessischen Rundfunks unter unseren größten Wohnbaugesellschaften veröffentlicht. Die Umfrage hat ergeben, dass die

durchschnittliche Kaltmiete bei Neubauwohnungen allein in diesem Kalenderjahr um noch einmal 30 % steigen wird.

Was tut die Landesregierung angesichts dieser Zahlen? Ministerpräsident Rhein hat im Wahlkampf den Freiheitlich-Konservativen raushängen lassen.

(Stephan Grüger (SPD): Unparlamentarisch!)

Er hat die grünen und roten Utopisten kritisiert; aber wenn man sich den Koalitionsvertrag einmal anschaut, dann sieht man, dass dies alles nur Show war. Die Politik der Landesregierung wird genauso grün-links bleiben wie zuvor.

(Beifall AfD)

Das zeigt vor allem die vorgesehene, völlig irre Erhöhung der Kündigungssperre beim Neuerwerb. Mit drei Jahren war die Kündigungssperre in Hessen sowieso schon eine der höheren bundesweit. Diese Landesregierung will nun die Sperre auf sechs Jahre erhöhen und damit den Erwerb von Eigentum noch unattraktiver machen. Eben den günstigsten Weg zum Eigentum erschweren Sie damit enorm. Ich frage mich: Haben derart große Parteien wie Union und SPD denn keine Experten, die ihnen von so etwas abraten? Oder wollen sie vielleicht bewusst keine Erhöhung der Eigentumsquote, um die Bevölkerung immer mehr von sich abhängig zu machen?

(Beifall AfD – Stephan Grüger (SPD): Verschwörungsmärchen!)

Da muss ich dem Kollegen Dr. Naas recht geben. Genau bei diesem Thema Kündigungssperrfrist könnte man meinen, die LINKEN sitzen mit in der Landesregierung.

(Beifall AfD – Stephan Grüger (SPD): Wenn man weit genug rechts ist, sind alle links!)

Nun zu einem weiteren Punkt im Koalitionsvertrag. Es geht um die dringend benötigte Entbürokratisierung bei Neubauten. Immerhin kommt sie sehr vage im Koalitionsvertrag vor. Es waren aber wir als AfD, die letztes Jahr die Einführung des Gebäudetyps E vorgeschlagen haben.

(Beifall AfD)

Es war ein Vorschlag zur Entbürokratisierung und Vergünstigung von Neubau. Es war ein längst überfälliger Vorschlag; denn wir Deutsche haben im europäischen Vergleich die krassesten und unpraktischsten Bauvorschriften: „Um Gebäude einfach und preiswert zu bauen, sollte es erlaubt sein, die optionalen Normen zu verlassen, um Freiheit zu haben und bei der technischen Ausrüstung selbst Ziele festlegen zu können“. So habe ich damals unseren Vorschlag begründet. Unser Vorschlag wurde von kundiger Seite positiv aufgenommen. Die Architektenkammer Hessen hat auf unseren Antrag hingewiesen und ihn gelobt.

(Beifall AfD)

Die übrigen Parteien hier im Plenum haben unseren Vorschlag hingegen schlechtgeredet.

(Zuruf AfD: Wie immer! – Volker Richter (AfD): Aber ohne Lösung!)

Dafür hat die Architektenkammer kein bisschen Verständnis. Die Lösung wurde dem Landtag auf dem Silbertablett serviert. Auch die FDP, welche die heutige Aktuelle Stunde eingebracht hat, hat hier die Möglichkeit, die Verschlan-
kung der Bauvorschriften mit voranzutreiben. Doch statt-

dessen hat sie bewiesen, dass sie keinen Mut hatte, dem Antrag der AfD zuzustimmen. Die Schlappe hat die FDP bei der zurückliegenden Landtagswahl kassiert.

(Beifall AfD)

Denn echte Freiheit gibt es nur mit der AfD.

(Beifall AfD – Widerspruch CDU – Zuruf Tobias Eckert (SPD))

Da bringt es auch nichts, die Schuld der Verteuerung im Ukraine-Krieg zu suchen.

(Unruhe)

Die wahren Kostentreiber sind keineswegs Tausende Kilometer entfernt, sondern sie liegen hier direkt vor unserer Nase; denn der größte Kostentreiber ist der irre Klimawahn der GRÜNEN, dem leider auch SPD, FDP und CDU zum Opfer gefallen sind.

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Herr Abgeordneter Schulz, Sie müssen zum Schluss kommen.

Dimitri Schulz (AfD):

Ich komme zum Schluss. – Wir als AfD sagen: raus aus dem klimaideologischen Korsett, hin zu einer pragmatischen Vergünstigung und Entbürokratisierung von dringend benötigtem Neubau. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Angela Dorn:

Als nächster Redner hat sich Herr Abgeordneter Kasseckert von der CDU gemeldet.

Heiko Kasseckert (CDU):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! So, wie es in der letzten Legislaturperiode geendet hat, so beginnt es auch hier. Das Thema Wohnungsbau wird uns wahrscheinlich in jeder Plenardebatte wieder erreichen. Es hat natürlich einen Grund, weil es eines der drängenden Probleme ist, die wir in dieser Zeit lösen müssen.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Das ist schon einmal gut! Da haben wir Einigkeit!)

Ich habe jetzt interessanterweise die Situation: Auf der einen Seite ist meine Kollegin Barth, die heute unseren Koalitionspartner vertritt und in der Vergangenheit immer die Koalition kritisiert hat, und auf der anderen Seite ist die Rede der Kollegin Feldmayer, die unser Koalitionspartner war und heute das Papier der neuen Landesregierung, der neuen Koalition kritisiert.

(Tobias Eckert (SPD): Jetzt wird es interessant, was die Konstante ist!)

In beiden Fällen gibt es gute Gründe dafür, dass die Politik, die wir in den vergangenen fünf Jahren gemacht haben, unter dem Strich für den Wohnungsbau eine gute Politik war.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Echte Realpolitik!)

Wir haben vieles erreicht, Herr Al-Wazir. Das ist gar keine Frage. Wir haben 2,5 Milliarden Euro für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. In den vergangenen fünf Jahren mussten wir trotzdem einige Kompromisse schließen, weil CDU und GRÜNE nicht immer einer Meinung waren. Letztlich waren und sind Kompromisse immer auch Teil der Koalitionsarbeit, und das wird auch künftig so sein.

Deshalb haben wir in den Koalitionsverhandlungen einige Punkte mit unserem Koalitionspartner SPD verhandelt, die wir in den vergangenen fünf Jahren nicht umsetzen konnten. Wir glauben aber, dass sie in den nächsten fünf Jahren für die Wohnungsbaupolitik von großer Bedeutung sind. Im Ziel sind wir uns einig: Wir brauchen mehr Wohnungsbau. Wir brauchen mehr Wohnungen. Da will ich gar nicht differenzieren zwischen Eigentumswohnungen, eigengenutzten Wohnungen und Mietwohnungen. Wir brauchen jeden Wohnungsbau. Daher ist es wichtig, dass wir an den richtigen Stellschrauben drehen.

(Beifall CDU und SPD)

Die HBO ist hier schon mehrfach genannt worden. Gleiches gilt für Planungs- und Genehmigungsbeschleunigungen. Das sind wichtige Schlüssel auf dem Weg dorthin. Das ist überhaupt keine Frage. Wenn wir es ernst meinen, müssen wir es wirklich angehen und die Fesseln lösen, wie es auch in dem Antrag steht, und zwar auch die Fesseln in unserem Kopf. Den Knoten in unserem Kopf müssen wir lösen. Wir müssen genau hinschauen und uns fragen, was wirklich sein muss, um vernünftig und sicher zu bauen, und was auf der anderen Seite gestrichen werden kann. Mit diesem Ansatz wollen wir gemeinsam die HBO angehen. Der Gebäudetyp E, wer auch immer ihn erfunden hat, ist ein solcher Weg dorthin, um Dinge einfach zu machen. Ich glaube, dass wir an vielen Stellen das Motto haben müssen: einfach, einfach, einfach. Das ist der Geist, der diese Koalitionsvereinbarung trägt und in diesem Sinne auch zur Umsetzung kommt.

(Beifall CDU und SPD)

Ein weiteres Thema ist zum Beispiel das Thema Rohstoffe. Außerdem haben wir das Thema Recycling auf den Weg gebracht. Das ist völlig richtig, Frau Feldmayer. Recyclingbaustoffe sind aber nur ein ganz kleiner Teil dessen, was wir benötigen. Deshalb müssen wir uns darüber im Klaren sein: Wenn wir bauen wollen, wenn wir kostengünstig bauen wollen, dann müssen wir Rohstoffe zur Verfügung stellen, und zwar nicht über 100 Kilometer Entfernung, sondern auch die Rohstoffe in unserem Land müssen wir nutzen. Dazu hatten wir zum Teil unterschiedliche Auffassungen. Das wollen wir auflösen. Wir wollen den Abbau von Rohstoffen auch in Hessen zulassen, insbesondere auch im Ballungsraum. Auch hierzu wird es entsprechende Vorhaben geben.

(Beifall CDU und SPD)

Ich will im Stakkato noch ein paar Begriffe nennen; denn meine Redezeit läuft ab. Stefan Naas hat den Kommunalen Finanzausgleich angesprochen. Wir sind beide regionale und kommunale Vertreter. Wir haben viele Angebotsflächen in dieser Region. Im alten Plan waren es etwa 2.500 Hektar, von denen die Aktivierungsquote nur bei 0,4, eher bei 0,3 liegt. Deshalb müssen wir darüber nachdenken, warum Kommunen diese Bauflächen nicht aktivieren, die wir dringend benötigen. Dabei sind die Folgekosten eines Baugebiets ein wichtiges Thema. Das kann man nur über den KFA regeln. Das heißt, den Kommunen, die bereit

sind, in Wohnungsbauflächen zu investieren, muss eine Erleichterung, ein Zuschuss gewährt werden.

(Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten): Also!)

– Stefan, ich habe aufmerksam verfolgt, dass du unseren Koalitionsvertrag wirklich en détail gelesen hast.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Du warst das!)

Alle Maßnahmen, die du zitiert hast, stehen in unserem Koalitionsvertrag.

(Beifall CDU und SPD – Zuruf Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten))

Das gilt sowohl für den KFA als auch für die Schaffung von Deponieraum, als auch für den Abbau von Rohstoffen.

Ich sehe, die Zeit ist abgelaufen. Einen letzten Punkt möchte ich noch ansprechen. Wir wollen Eigentum fördern. Deshalb haben wir das Hessengeld in diesem Koalitionsvertrag verankert als Vorstufe dessen, was wir umsetzen wollen, nämlich den Wegfall der Grunderwerbsteuer für den ersten selbst genutzten Wohnungsbau. Das ist ein Beitrag, um Familien zu entlasten. Das ist ein Beitrag, um Eigentum zu schaffen.

Lasst uns gemeinsam diesen Weg gehen. Ich sehe an vielen Stellen Übereinstimmung. Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit mit Herrn Mansoori, mit dem Ministerium, und ich bin sicher, dass wir einen Aufbruch schaffen für den Wohnungsbau, ohne – das möchte ich in Richtung von Herrn Al-Wazir sagen – dass ich das schlechtreden will, was wir in den vergangenen fünf Jahren gemacht haben. Auch das war eine gute Wohnungsbaupolitik. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und SPD)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. – Ich darf nun Herrn Staatsminister Mansoori das Wort geben.

Kaweh Mansoori, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, meine Damen und Herren! Menschen in Hessen müssen sich das Wohnen leisten können. Steigen die Baukosten weiter, können das Menschen mit ganz normalem Einkommen nicht. Dem entgegenzuwirken, ist eine zentrale Frage der Gerechtigkeit und des Respekts gegenüber den Hessinnen und Hessen, die fleißig sind, die jeden Tag arbeiten gehen, die stolz auf ihre Arbeit sind, aber am Ende keine Reichtümer mit nach Hause nehmen, gegenüber Erziehern, Polizeibeamten, Krankenpflegern, Kassiererinnen, Feuerwehrmännern usw. Für diese Menschen macht diese Koalition Wohnungsbaupolitik.

(Beifall CDU und SPD)

Die Krise im Wohnungsbau ist nicht allein ein hessisches Phänomen, sondern ein gesamtdeutsches Phänomen. Massiv gestiegene Bau- und Finanzierungskosten belasten die Wohnungswirtschaft enorm und haben dafür gesorgt, dass sich viele Bauprojekte nicht mehr rechnen. Bereits im Bau befindliche Vorhaben werden zwar zu Ende gebracht, viele neue Projekte dagegen nicht angegangen. Das ist eine Si-

tuation, die uns Sorgen macht; denn gestoppte Bauprojekte von heute sind fehlende Fertigstellungen von morgen. Wir brauchen dringend neuen Wohnraum, insbesondere in den Ballungsgebieten, um Hessinnen und Hessen vor steigenden Preisen zu schützen. Ich sage für die Koalition: Die stärkste Bremse gegen steigende Mieten und Eigentumspreise besteht aus Holz, Stein, Stahl und Beton. Deswegen wollen wir bauen, bauen, bauen.

(Beifall CDU und SPD)

Es gibt da auch kein Allheilmittel. Für die Koalition kann ich aber versprechen, dass wir gemeinsam alle Vorschriften für den Wohnungsbau auf den Prüfstand stellen. Kein Zögern, kein Zaudern. Jeder Stein wird umgedreht. Die Regeln müssen einfacher werden, damit sicher und gut, am Ende aber auch schnell und preisgünstig gebaut werden kann für die Menschen in Hessen.

(Beifall CDU und SPD – Zurufe AfD)

Die Allianz für Wohnen werden wir daher mit Frau Staatssekretärin Messari-Becker zu einem echten Bündnis weiterentwickeln, um gemeinsam Prozesse zu beschleunigen, Standards zu überprüfen und den Wohnungsbau anzukurbeln. Auch mit Bund und Ländern wollen wir die Regeln mit Blick auf die Erleichterung des Wohnungsbaus vereinfachen. Mit Blick auf eine erleichterte Aufstockung ist schon einiges vereinbart worden. Hierbei sollte eine länderübergreifende, möglichst einheitliche Umsetzung gewährleistet sein. Für entsprechende Änderungen der Musterbauordnung hat sich die Vorgängerregierung bereits starkgemacht. Diesen Weg werden wir als neue Koalition weitergehen.

(Beifall CDU und SPD)

Die Musterbauordnung dient dabei als gemeinsame Grundlage der landesrechtlichen Vorschriften. Regeln bundesweit anzugleichen ist dabei einer der sehr konkreten Schritte, um das Bauen für die Bauwirtschaft einfacher zu machen. Dabei fordert Hessen beispielsweise das serielle Bauen durch die Typgenehmigung.

Einfach und digital, Herr Abgeordneter Naas, sind zwei Seiten einer Medaille. Das von meinem Vorgänger in Auftrag gegebene Bauportal DigiBauG leistet einen wesentlichen Beitrag zur Vereinfachung des Wohnungsbaus. Erste Bauaufsichtsbehörden sind bereits in Feldversuchen oder wenden das Portal bereits an. Weitere Bauaufsichten werden sich dem im Laufe des Jahres 2024 anschließen. Dieses Projekt wollen wir weiterführen und optimieren; denn der digitale Bauantrag schafft konkrete Möglichkeiten für schnelle Prüfungen und schnelle Genehmigungen, damit wir dem Ziel näherkommen, spätestens in drei Monaten zur Genehmigung oder zur Genehmigungsfiktion zu kommen. Das ist unser Ziel.

(Beifall CDU und SPD)

Es braucht aber auch den Wohnungsbau für diejenigen – ich habe es angesprochen –, die sich aufgrund ihrer Einkommenssituation auf dem frei finanzierten Wohnungsmarkt keine Wohnung organisieren können. Die ungebremst hohe Nachfrage nach den Mitteln der sozialen Wohnraumförderung ist auch ein Zeichen dafür, dass sie gebraucht wird und dass sie gerade in wirtschaftlich stürmischen Zeiten attraktiv ist für Investorinnen und Investoren aller Art.

Daher wird der soziale Wohnungsbau bei dieser Landesregierung den Stellenwert bekommen, den er braucht. Wir wollen die Investitionen in den geförderten Wohnungsbau erhöhen. Der Bund unterstützt uns bei dieser Aufgabe mit umfangreichen Mitteln. Diesen Weg werden wir weitergehen.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Ich will aber auch sagen: Wer den gesetzlichen Mieterschutz infrage stellt, der wird hier immer unseren Widerspruch ernten. Die Mietpreisbremse bremst nämlich, wie Frau Abgeordnete Barth gesagt hat, keine privaten Investitionen aus; denn sie gilt gerade nicht für Neubauten und für umfassend modernisierte Wohnungen. Die neue Landesregierung wird daher auf regulierende Instrumente nicht verzichten, um die Preisentwicklung in Ballungsräumen zu dämpfen. Zugleich ist uns bewusst: Der beste Schritt, um Wohnraum zu schaffen, ist, ihn tatsächlich zu bauen. Deswegen setzen wir auf den Neubau von Wohnungen.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Ich will zum Abschluss einen kurzen Ausblick wagen. Die Preissteigerungsrate beim Neubau von Wohngebäuden ist glücklicherweise wieder rückläufig. Für dieses Jahr geht der Bauindustrieverband sogar von einem Preisrückgang aus. Auch bei den Finanzierungskosten deutet sich eine leichte Entspannung an. Wichtig ist, dass wir als Regierung das Signal aussenden: Wir stehen zum Wohnungsbau. – Nur dann wird die Bauwirtschaft in diesem Land die notwendigen Baukapazitäten bereithalten. Unter anderem deswegen bringen wir zügig das Hessengeld auf den Weg.

(Beifall SPD und vereinzelt CDU)

Ganz sicher ist, dass diese Entwicklungen die Delle bei den Baufertigstellungen nicht verhindern werden, die Baukonjunktur aber stützen und die Krise somit hoffentlich verkürzen. Deswegen sind wir als Koalition zuversichtlich, dass der Großteil der aktuell gestoppten Bauvorhaben in den nächsten Jahren doch umgesetzt wird und sich das Wohnungsangebot nachhaltig erhöht. Unser gemeinsames Ziel muss es nämlich sein, allen Hessinnen und Hessen ein schönes und bezahlbares Zuhause in unserem Bundesland zu organisieren. Ich finde, dieses Ziel lohnt sich, und daher lohnt es sich, dem alles unterzuordnen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU und SPD)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit ist die Aktuelle Stunde, Tagesordnungspunkt 25, abgehalten.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich darf fragen: Wer stimmt dem Antrag zu?

(Zurufe: Welchem Antrag?)

– Wir stimmen natürlich über nichts ab. Es tut mir herzlich leid.

(Heiterkeit)

Das war ein Test.

(Heiterkeit)

Ich bitte noch kurz um Aufmerksamkeit. Wir sind fast am Ende der Sitzung angekommen. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass im Anschluss an die Plenarsitzung der Ältestenrat in Raum 501 A tagt und dass ab 19:30 Uhr im Restaurant des Landtages der parlamentarische Abend der Arbeitsgemeinschaft der Wohnungs- und Immobilienverbände Hessen stattfindet.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 19:14 Uhr)

Anlage (Fragestunde – Drucks. 21/29)**Frage 14 – Kathrin Anders (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

Welchem Haus wurde die Landesbeauftragte für Kinderrechte zugeordnet?

Antwort Heike Hofmann, Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales:

Hierzu werden derzeit Abstimmungsgespräche in der Landesregierung geführt. Erklärtes Ziel ist es, die Aufgaben der Landesbeauftragten auch in dieser Legislaturperiode in der Regierung fortzuführen.

(zurück zum Text auf [Seite 78](#))